

W. J. GULIJEW

Das bürgerliche politische System in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus

1. Zum Wesen der politischen Macht im staatsmonopolistischen Kapitalismus

Das zweihundertjährige Jubiläum der Vereinigten Staaten von Amerika ist ein Ereignis von nicht geringer Bedeutung. Für die verschiedenen Klassen und gesellschaftlichen Gruppen, sowohl in den USA selbst als auch außerhalb ihrer Grenzen, ist dieses Ereignis allerdings nicht von gleicher Relevanz. Die Geschichte der USA ist die Geschichte des sozialen Kampfes. Deshalb schließt ihre Beurteilung unweigerlich eine klassenmäßige und parteiliche Wertung ein. Besonders deutlich zeigt sich dies hinsichtlich der politischen Geschichte, d. h. der Geschichte des amerikanischen *Staates* und des gesamten politischen Systems der USA.

Für die offiziellen Propagandisten ist das Jubiläum Anlaß, die USA als „vorbildliche Demokratie“ zu preisen. Der bürgerlichen und kleinbürgerlichen kritischen Literatur gibt das Jubiläum Gelegenheit, eine begrenzte Kritik „einzelner Mängel“ der angeblich insgesamt demokratischen Regierungsform vorzutragen. Den ultralinken Ideologen bietet es eine neue Möglichkeit, die Zerstörung von „allem und jeglichem“ zu proklamieren. Für die Marxisten-Leninisten ist das Jubiläum Grundlage für eine abgewogene Analyse und Beurteilung sowohl der keineswegs geringen Siege der Arbeiterklasse und der Werktätigen der USA bei der Eroberung, Verteidigung und dem Schutz bestimmter sozialer Positionen, staatsbürgerlicher, politischer Rechte und Freiheiten als auch der zweifellos tiefen Krise der Institutionen der Macht, der Institutionen der bürgerlichen Demokratie, die von der monopolistischen „Elite“ der Finanzoligarchie beherrscht werden.

Die USA sind eines der Zentren des Weltkapitalismus, seiner Ökonomie, seines sozialen und geistigen Lebens und seines politischen Systems. Bei gewissen spezifischen Merkmalen wird das politische System der USA wie das eines jeden kapitalistischen Landes von den allgemeinen Tendenzen geprägt, die den bürgerlichen politischen [10] Institutionen insgesamt und der gesamten Staatlichkeit des entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus eigen sind (obgleich die Erscheinungsformen dieser Tendenzen in den verschiedenen Ländern und Regionen nicht völlig gleich sind).

Im Gegensatz zu den Apologeten des Kapitalismus, die die amerikanische Demokratie als nachahmenswertes Vorbild empfehlen, gehen die marxistisch-leninistischen Kräfte von der Einschätzung aus, daß die bürgerlich-demokratische Ordnung in den USA durch die allgemeine Krise des Kapitalismus und seines politischen Systems zutiefst erschüttert ist.

Das Jubiläum der USA ist in gewissem Sinne ein „rundes Datum“ für die bürgerliche Demokratie; denn gerade in Nordamerika erzielte die Klasse der Bourgeoisie zum ersten Mal die ungeteilte ökonomische, politische und geistige Herrschaft über die Gesellschaft.

Unter dem Einfluß des revolutionären Weltprozesses und der gegenwärtig vor sich gehenden wissenschaftlich-technischen Revolution macht der Kapitalismus wesentliche Veränderungen durch. Diese Veränderungen zeigen sich auf allen Lebensgebieten der bürgerlichen Gesellschaft, im ökonomischen und sozialen, politischen und geistigen Bereich. Die Besonderheiten des gegenwärtigen Kapitalismus erklären sich in bedeutendem Maße dadurch, daß er gezwungen ist, sich an die neue Situation in der Welt anzupassen. Jedoch bedeutet die Anpassung an die neuen Bedingungen „nicht die Stabilisierung des Kapitalismus als System. *Die allgemeine Krise des Kapitalismus vertieft sich weiter.*“¹

¹ XXIV. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Referent: L. I. Breschnew, Moskau/Berlin 1971, S. 21.

Nicht unwesentliche Veränderungen vollziehen sich im gesamten System der politischen Herrschaft der Monopole. Die Charakterisierung dieser Veränderungen in der staatlich-politischen Sphäre ist aus einer Reihe von Gründen besonders wichtig.

Erstens stellt die gegenwärtige bürgerliche Gesellschaft in den industriell entwickelten Ländern nichts anderes dar als den ausgereiften staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Bedeutung des Staates ist in diesem System außerordentlich groß und nimmt in der Tendenz weiter zu.

Zweitens haben der kapitalistische Staat, aber auch einige andere Glieder des bürgerlichen politischen Mechanismus (insbesondere die Verbände der mächtigsten monopolistischen Unternehmer) in bedeutendem Maße die Anpassung des gegenwärtigen Kapitalismus an die neuen Bedingungen seiner Existenz auf sich genommen.

Drittens spüren die politischen Hauptinstitutionen des heutigen Kapitalismus den wachsenden Einfluß sowohl der inneren als auch [11] der internationalen antikapitalistischen, demokratischen und progressiven Kräfte. Das ruft bestimmte Veränderungen in der politischen Organisation des staatsmonopolistischen Kapitalismus und im Mechanismus der Macht der Monopole hervor.

Viertens führten die Auswirkungen der jüngsten Weltwirtschaftskrise des Kapitalismus zu Veränderungen im System der politischen Herrschaft der Monopole. Obgleich der Kapitalismus alles tat, „um mit der Zeit Schritt zu halten und verschiedene Methoden zur Regulierung der Wirtschaft anzuwenden“², erschüttert dessen ungeachtet eine Krise gewaltigen Ausmaßes die Wirtschaft und die gesamte soziale Organisation des staatsmonopolistischen Kapitalismus. „Jetzt sehen alle: Einer der Hauptmythen, die von den Reformisten und bürgerlichen Ideologen in die Welt gesetzt wurden, der Mythos, daß sich der heutige Kapitalismus von Krisen frei halten könne, ist widerlegt.“³

Bekanntlich herrscht der Kapitalismus noch immer in einem bedeutenden Teil der Welt. In solch industriell entwickelten Ländern wie den USA, Japan, der BRD, Großbritannien, Frankreich, Italien und in einer Reihe kleinerer Länder bewahrt das politische System Merkmale begrenzter bürgerlicher Demokratie. Die Existenz des allgemeinen Wahlrechts, des Parlaments und anderer Vertretungseinrichtungen, die Verkündung einer Reihe politischer Rechte und Freiheiten in den Verfassungen wird von der imperialistischen Propaganda zur Verbreitung von Illusionen in bezug auf eine „reine“, außerhalb der Klassen bestehende Demokratie in den Ländern der „freien Welt“ benutzt.

Im Bewußtsein eines bedeutenden Teils der Bevölkerung existieren noch völlig falsche Vorstellungen über den Charakter des politischen Systems in den Ländern des „Westens“. Dies betrifft vor allem die Idee des „Pluralismus“ der Macht und das angebliche Fehlen eines Herrschaftsmonopols der besitzenden Klassen über die Werktätigen. Verfälscht werden auch die sozialpolitischen Folgen der wissenschaftlich-technischen Revolution.

Bürgerliche Ideologen sprechen davon, daß in der kapitalistischen Gesellschaft eine „Revolution der Regierenden“ vor sich geht, daß die Klassen und die Klassenantagonismen verschwinden, daß sich der Staat allmählich in eine Institution der „allgemeinen Wohlfahrt“ verwandelt. Verschiedene Theorien und Konzeptionen für die weitere Entwicklung und das Funktionieren der kapitalistischen Gesellschaft werden ausgearbeitet. Bei aller Vielfalt dieser Theorien ist ihr Wesen ein und dasselbe; es besteht darin, die Ewigkeit der Existenz des [12] Kapitalismus zu beweisen und die Aufmerksamkeit der Werktätigen von der Notwendigkeit der revolutionären Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus abzulenken.

Unter diesen Bedingungen ist eine marxistisch-leninistische Analyse der gesellschaftlichen Erscheinungen besonders notwendig. Hinter der Reklamefassade der „freien Welt“ gilt es, ihre wirkliche soziale Natur, das Klassenwesen des bürgerlichen Staates und der politischen Macht in den Ländern des Kapitals zu erkennen.

² XXV. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berichterstatter: L. I. Breschnew, Berlin 1976, S. 35.

³ Ebenda, S. 36.

Die Leninsche Theorie des Monopolkapitalismus und das tiefgründige Studium der ihm in der gegenwärtigen Etappe eigenen Prozesse und Widersprüche ermöglichten der kommunistischen Weltbewegung und der internationalen marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft den Beweis, daß auch gegenwärtig in vollem Maße der volksfeindliche Charakter des Kapitalismus und seiner politischen Macht beibehalten bleibt.

„Was aber stellt diese Macht dar, eine Macht, die bis heute über ganze Kontinente und über Hunderte Millionen von Menschen herrscht, die die sogenannte „freie Welt“ bevölkern?

Die politische Geschichte der neuen und neuesten Zeit bestätigt die Richtigkeit der Antwort, die von den Begründern des wissenschaftlichen Kommunismus auf diese Frage gegeben wurde. Die Macht unter den Bedingungen des Kapitalismus, sagte Karl Marx, ist die Diktatur der Bourgeoisie.⁴ W. I. Lenin unterstrich, daß unter den Bedingungen des Kapitalismus „... die Demokratie zwar mehr oder weniger breite, zivilisierte usw. Formen annehmen kann, in Wirklichkeit aber eine bürgerliche Diktatur bestehenbleibt. ...“⁵

Die Klassendiktatur, insbesondere die bürgerliche, ist eine komplizierte und vielschichtige Erscheinung des politischen Lebens. Ihre Erforschung entspricht den dringenden Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätiger; denn gerade die Klassendiktatur stellt das Wesen und gleichzeitig damit das gehütete Geheimnis eines beliebigen bürgerlichen Staates dar, sei er ein faschistisches Regime, ein Militär- und Polizeistaat, ein halbfaschistischer Staat, eine parlamentarische Monarchie oder eine beliebige bürgerlich-demokratische Republik. Wie auch jede andere politische Form ist die bürgerliche Demokratie, wenn auch auf ihre Weise, eine Organisationsform (und eine Tarnung) der kapitalistischen Diktatur. Lenin unterstrich: „Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*.“⁶

Die Klassiker des Marxismus-Leninismus widmeten besonders der [13] Analyse der Klassendiktatur in den Perioden eines revolutionären Aufschwungs ihre Aufmerksamkeit. Es ist kein Zufall, daß sie diesen wissenschaftlichen Begriff während der bürgerlichen Revolutionen von 1848 bis 1851 formulierten, als das Proletariat zum ersten Mal als selbständige politische Kraft die Weltarena betreten hatte. Es ist auch kein Zufall, daß sich Lenin gerade in der Epoche großer revolutionärer Kämpfe diesem Begriff mehrfach zuwandte und seinen Inhalt allseitig aufdeckte.

Die Leninschen Erkenntnisse hinsichtlich der Klassendiktatur überhaupt, der Diktatur der Ausbeuterklassen, vor allem der Kapitalistenklasse, und ganz besonders der Diktatur des Proletariats, haben eine unvergängliche Bedeutung als theoretische Basis für das Studium des gegenwärtigen bürgerlichen Staates und der bürgerlichen Demokratie.

Die Diktatur der Bourgeoisie ist eine bestimmte, für alle kapitalistischen Staaten unvermeidliche historische Etappe der politischen Entwicklung, eine Etappe, die zwischen dem Feudalismus (der Diktatur der Feudalherren) und der sozialistischen Revolution (der Diktatur des Proletariats) liegt.⁷

Vom ökonomischen Gesichtspunkt aus war die Diktatur der Bourgeoisie die politische Institution der „treibhausmäßigen Förderung“ (Marx) der kapitalistischen Produktionsweise, der politische Wächter des Systems der Ausbeutung der Lohnarbeit.

Vom Gesichtspunkt des Klassenwesens aus war und bleibt die Diktatur der Bourgeoisie die Herrschaft einer Klasse – der ausbeutenden Minderheit – über die gesamte Gesellschaft, vor allem über die Arbeiterklasse, aber auch über die werktätige Bauernschaft, die Mittelschichten und die werktätige Intelligenz.

⁴ Vgl. Marx/Engels, Werke (im folgenden: MEW), Bd. 7, Berlin 1964, S. 33.

⁵ Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1972, S. 428.

⁶ Lenin, Werke, Bd. 25, Berlin 1974, S. 425.

⁷ Für Kolonien, Halbkolonien und abhängige Länder ist die Diktatur der Bourgeoisie erstens die Herrschaft fremder Kolonisatoren, zweitens (in Ländern, in denen die Bourgeoisie zur Macht gelangt ist) die Herrschaft der „eigenen“ kompradorischen und (oder) nationalen Bourgeoisie.

Diktatur der Bourgeoisie in ihrer reifsten Ausprägung bedeutet zugleich, daß die herrschende Klasse mit niemandem ihre monopolistische Macht teilt. In den Ländern mit Überbleibseln des Feudalismus muß die Bourgeoisie Kompromisse und Bündnisse mit den Gutsbesitzern eingehen.

In den entwickelten Ländern ordnet sich die Kapitalistenklasse, ohne auch nur auf einen kleinen Teil der Macht zu verzichten, die Mittelschichten, einen Teil der Intelligenz und die Bauernschaft unter, herrscht über sie und ist gleichzeitig bestrebt, sie auf ihre Seite zu ziehen, um die Diktatur über die Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.⁸

Die Diktatur der Bourgeoisie schließt weiterhin einen andauernden Klassenkampf der herrschenden Klasse gegen die unterdrückten Klassen, das heißt die organisierte, systematische Unterdrückung des Klassenwiderstandes des Proletariats und seiner Verbündeten durch die Bourgeoisie ein.⁹

Schließlich ist es unerlässlich, die Diktatur der Bourgeoisie hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Recht und zur Gesetzgebung zu charakterisieren. Lenin gab eine klassische Definition dieses Verhältnisses: „Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keine Gesetze gebunden ist.“¹⁰ Dies bedeutet, so versteht sich, keine unbedingte Gesetzlosigkeit, keine Willkür und keine Anarchie im politischen Leben kapitalistischer Länder.

Im Gegenteil, diese oder jene Organe der Klassendiktatur der Bourgeoisie, wie staatliche Einrichtungen und ihre Beamten, handeln (unter den Bedingungen der bürgerlichen Demokratie) vorwiegend im Rahmen der Gesetzlichkeit. Aber die Macht einer Klasse, ihre Diktatur insgesamt, ist nicht nur juristische Herrschaft (und nicht einmal in erster Linie). Sie ist politische Herrschaft im umfassenden Sinne des Wortes. Diese Herrschaft ist nicht an das Gesetz gebunden, denn dieses ist selbst eines der Machtwerkzeuge. Die Macht der Klasse und die Tätigkeit des bürgerlichen Staates wird sowohl in juristischen als auch in nichtjuristischen (faktischen) und schließlich in verfassungswidrigen Formen verwirklicht. In Perioden der Verschärfung des Klassenkampfes rücken letztere im Zusammenhang mit der offenen Unterdrückung des Widerstandes der Werktätigen in den Vordergrund. Tausende von Fakten bezeugen „... die Wahrheit, die zu verdecken die Bourgeoisie sich vergeblich bemüht, nämlich, daß in den demokratischsten Republiken in Wirklichkeit der Terror und die Diktatur der Bourgeoisie herrschen und jedesmal offen zutage treten, wenn den Ausbeutern die Macht des Kapitals ins Wanken zu geraten scheint“.¹¹

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in sein höchstes, monopolistisches (und staatsmonopolistisches) Entwicklungsstadium machen der bürgerliche Staat und der gesamte Machtmechanismus eine ganze Reihe miteinander verbundener Veränderungen durch. Befassen wir uns mit einigen von ihnen.

Der Staat der Bourgeoisie verlor in dieser Periode Züge der Progressivität, die er in der Epoche des vormonopolistischen Kapitalismus trug.

Der immer reaktionärer werdende Charakter des imperialistischen Staates ist mit solchen Erscheinungen verbunden wie dem Zusammenwachsen des Staates mit den Monopolen, dem Anwachsen der Entfremdung des Staates von der Mehrheit der Gesellschaft und der relativen Selbständigkeit des Staates, der antidemokratischen [15] Entartung der staatlichen (und anderer politischer) Institutionen der Bourgeoisie, den Tendenzen zur Untergrabung oder Aushöhlung der bürgerlichen Gesetzlichkeit.

Mehr noch, unter den Bedingungen des entwickelten Kapitalismus mit der dieser Gesellschaft eigenen starken Glut des Klassenkampfes verstärkt sich das Heranreifen nicht nur der „materiellen, sondern auch (der) sozialen und politischen Voraussetzungen der revolutionären Ablösung des Kapitalismus durch eine neue Gesellschaftsordnung ...“¹² Anders kann es auch deshalb nicht sein, weil der Imperialismus im ganzen den Bedürfnissen der progressiven Entwicklung der Menschheit nicht

⁸ Vgl. MEW, Bd. 8, S. 198-203; vgl. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 420.

⁹ MEW, Bd. 22, Berlin 1970, S. 198 f.; vgl. Lenin, Werke, Bd. 28, S. 472. Dieser Kampf und die Unterdrückung werden durch verschiedene Methoden verwirklicht, durch militärische, administrative, „erzieherische“ u. a.

¹⁰ Lenin, Werke, Bd. 28, S. 234.

¹¹ Ebenda, S. 476.

¹² Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien, Moskau 1969, Berlin 1969, S. 189.

entspricht und einen Teil dieser Gesellschaft zu Hunger, Entbehrungen, Arbeitslosigkeit und blutigen Kriegen verurteilt.

Dabei muß bemerkt werden, daß alle diese sozialen, politischen und juristischen Kennzeichen des Alterns und Faulens des Kapitalismus nicht den Umstand beseitigen, daß der monopolistische und besonders der staatsmonopolistische Kapitalismus auf einer höheren Stufe der historischen Leiter stehen als der vormonopolistische Kapitalismus; denn er ist die materielle Vorbereitung des Sozialismus.¹³

Sehr wichtig bei der Analyse des gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus ist die Frage des gegenseitigen Verhältnisses zwischen dem bürgerlichen Staat und den Monopolen. Lenin charakterisierte es als das Verhältnis „zwischen zwei Abteilungschefs in ein und derselben Kanzlei“.¹⁴

„Eine Kanzlei“, das ist die Verwaltung der Angelegenheiten der herrschenden Klasse. Die allgemeinen Interessen und der Wille der herrschenden Klasse stellen jenes dritte Element der Wechselwirkung dar, das integrierenden Einfluß auf die beiden anderen (die Monopole und den Staat) hat. Dabei werden mittels der Unterordnung aller Funktionen der herrschenden Klasse unter die monopolistische Finanzoligarchie deren Bedürfnisse in der Hauptsache insoweit realisiert, wie sie mit den Bedürfnissen der monopolistischen Fraktion zusammenfallen oder ihnen untergeordnet sind (gleichzeitig drücken auch die Interessen der mittleren und teilweise der kleinen Bourgeoisie der staatlichen Politik, besonders auf der mittleren und örtlichen Ebene, in den Organen der Einzelstaaten, Grafschaften, Präfekturen, Kommunen usw., ihren Stempel auf).

Die Analyse der Beziehungen zwischen Staatsapparat und privaten Monopolen erschöpft keineswegs vollständig das Problem des Wesens der politischen Macht im staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Beherrschung bestimmter Organe, das Zusammenwachsen [16] des Staates mit den Organisationen des Monopolkapitals, die Unterordnung der Interessen der Mittel- und Kleinbourgeoisie unter die Interessen der Monopole ist die eine Seite. Außerdem wird die Macht der Finanzoligarchie über die Gesellschaft auch mit Hilfe einer Vielzahl anderer staatlicher und außerstaatlicher Institutionen und Methoden realisiert. Schule, Massenmedien, Propaganda, Einwirkung auf die Wirtschaftskonjunktur, Einfluß auf die Verbraucheransprüche der Bevölkerung, private und staatliche Spionage, soziale Teilzugeständnisse und dergleichen mehr, all dies bestimmt letztendlich die Macht der Finanzoligarchie. Diese wird nicht nur auf direktem Wege realisiert (hier gerade wirkt das Monopolkapital auf sehr vielschichtige Weise mit dem Staatsapparat zusammen), sondern auch über zahlreiche mittelbare Abhängigkeitsverhältnisse. Die ganze Vielfalt dieses dominierenden Einflusses im Auge habend, schrieb Lenin: Indem die „Finanzoligarchie ... ein dichtes Netz von Abhängigkeitsverhältnissen über ausnahmslos alle ökonomischen und politischen Institutionen der modernen bürgerlichen Gesellschaft spannt“, ist sie „die krasseste Erscheinungsform dieses Monopols“.¹⁵

2. Das politische System des Imperialismus unter dem Druck der Veränderung im inneren und internationalen Kräfteverhältnis der Klassen

Jede politische Macht wird durch eine Reihe von staatlichen, halbstaatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen verwirklicht. In ihrer Gesamtheit bilden diese den Mechanismus (das System) der Diktatur der herrschenden Klasse. Aber am politischen Leben sind auch andere Klassen und soziale Gruppen beteiligt. Ihre Vereinigungen befinden sich jedoch außerhalb des Machtmechanismus.

Die politische Organisation der antagonistischen Klassengesellschaft umfaßt in ihren allgemeinsten Zügen die sich gegenseitig bekämpfenden Systeme der herrschenden Klasse und des Klassenwiderstandes der Werktätigen und der ausgebeuteten Klassen (in erster Linie des Proletariats).

Die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft ist eine vielgliedrige soziale Erscheinung, die sich durch die Formierung der Monopole, die Entwicklung des staatsmonopolistischen

¹³ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 25, S. 370.

¹⁴ Lenin, Werke, Bd. 22, Berlin 1974, S. 221.

¹⁵ Ebenda, S. 305. – In diesem Zusammenhang ist die Beurteilung des Begründers der Italienischen Kommunistischen Partei A. Gramsci aktuell, der hervorhob, daß sich die Hegemonie einer sozialen Gruppe in zwei Formen offenbart, nämlich in der Form der „Herrschaft“, d. h. des Diktats, des Kommandos, der Unterdrückung, und in der Form der geistigen, ideologischen „Führung“. (Siehe A. Gramsci, Ausgew. Werke in drei Bänden, Bd. 3, Moskau 1959, S. 345)

Kapitalismus und durch die Verschärfung des Klassenkampfes kompliziert hat.¹⁶ Der Imperialismus – das höchste und letzte Stadium des Kapitalismus – erfährt auf dem Gebiet der politischen Organisation der [17] Gesellschaft im Vergleich zum vormonopolistischen Kapitalismus nicht weniger Veränderungen als in der ökonomischen Sphäre.

Die Komplizierung der politischen Organisation der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft ist jedoch nicht nur das Produkt des Imperialismus und der ihm eigenen immanenten Gesetzmäßigkeiten und Merkmale.

Seit der Entstehung des sozialistischen Weltsystems und besonders mit dessen Entwicklung zur entscheidenden Kraft der gesamten Weltentwicklung reflektiert die politische Organisation der bürgerlichen Gesellschaft immer augenscheinlicher die Einwirkung aller Hauptfaktoren, die die heutige historische Epoche charakterisieren. Zu den Faktoren, die auf die politische Organisation des Imperialismus einwirken, gehören:

- a) die ökonomischen Entwicklungsprozesse im Imperialismus, das Anwachsen der Widersprüche zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privatkapitalistischen Form der Aneignung; die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus, die Vertiefung der Ausbeuterrolle des bürgerlichen Staates, die Vereinigung der Macht des Staates mit der Macht der Monopole;
- b) die Verschärfung des Klassenantagonismus und des Kampfes zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie, zwischen den Monopolen und den Werktätigen;
- c) die zunehmende Differenzierung der Bourgeoisie, die Verschärfung ihrer inneren Widersprüche; das Anwachsen des Konkurrenzkampfes zwischen den Monopolverbänden bei gleichzeitiger Unterordnung oder Vernichtung der kleinen und mittleren Unternehmer durch die Monopole; die Einengung der sozialen Basis des imperialistischen Staates;
- d) das Anwachsen der Macht und des Einflusses des sozialistischen Weltsystems, die Erfolge der Länder des Sozialismus auf ökonomischem, sozialem und kulturellem Gebiet, bei der Entfaltung der Demokratie und im Kampf um den Frieden;
- e) der allgemeine Aufschwung des Kampfes der Völker um Frieden, Demokratie, nationale Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt.

Diese und eine Reihe anderer Umstände führten in den Ländern des Imperialismus – besonders in den Nachkriegsjahrzehnten – zu einer stürmischen Entwicklung und Komplizierung der politischen Organisationen der sich gegenüberstehenden Klassen, des Proletariats und der Bourgeoisie. Große Aufmerksamkeit verdient auch die Analyse des Klassenwesens und der sozialen Funktion der Organisationen der sogenannten Mittelschichten.

[18] Die herrschende Oligarchie beeinflusst die Organisationen der Intelligenz, die kleinbürgerlichen und bäuerlichen Parteien und bemüht sich, über sie ihre Politik in den entsprechenden Gesellschaftsgruppen durchzusetzen und setzt sie auch tatsächlich in großem Maße durch.

Die eigenen, objektiven Interessen dieser Gruppen sind jedoch äußerst weit von den Zielsetzungen der Monopolbourgeoisie entfernt. Damit besteht die potentielle Möglichkeit, diese Gruppen für eine antimonopolistische, demokratische Politik, für ein Bündnis mit den konsequenten antimonopolistischen Klassen und ihren Organisationen zu gewinnen.

Weiterhin ist es notwendig, die Widersprüchlichkeit der verschiedenen Schichten der Bourgeoisie, die Unterschiede in ihren ökonomischen, politischen und ideologischen Bestrebungen hervorzuheben und deren Wunsch zu berücksichtigen, die Staatsmaschine zu sehr eigennützigen Zwecken zu benutzen. Die Vielfalt organisatorischer Formen des bürgerlichen Einflusses auf die parlamentarischen Einrichtungen und den Regierungsapparat findet ihren Ausdruck besonders in der Theorie und Praxis des Lobbyismus.

¹⁶ Grundlage des dualistischen und widersprüchlichen Charakters der politischen Organisation des Kapitalismus ist die innerlich antagonistische Natur der kapitalistischen Produktionsweise und der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und der dadurch bedingte Gegensatz der Klasseninteressen.

Das Monopolkapital (die Konzerne, die Finanz- und Industriegruppen und schließlich die regionalen und zentralen Verbände der Unternehmer) übt den entscheidenden Einfluß auf die Tätigkeit des Staatsapparates hauptsächlich über die bürgerlichen politischen Parteien, aber auch unmittelbar durch ihre Vertreter im Regierungs- und Verwaltungsapparat aus, über die Lobbyisten und auf anderen Wegen. Seine Einflußnahme reduziert sich keineswegs nur auf „Druck“. Dieser Terminus ist sogar dann ausgesprochen heuchlerisch, wenn von den Verbindungen der Kapitalistenorganisationen mit der Regierungsmaschine die Rede ist. Der Regierungsapparat schafft selbst verschiedene konsultative Organe (zum Beispiel die Leitungen der nationalisierten Zweige der Wirtschaft), in denen auf paritätischer Grundlage Staatsbeamte und „Industriekapitäne“ vertreten sind. Außerdem verfügen die Unternehmerverbände und die führenden Konzerne über Dutzende von Komitees, in denen Gesetzesentwürfe und Forderungen an die Regierung ausgearbeitet werden, die von dieser, von den Positionen der „Meistbegünstigung ausgehend, gewöhnlich akzeptiert werden. Somit werden von beiden Seiten Kanäle für den Einfluß der „Wirtschaft“ auf den Staatsapparat gelegt.

Unmittelbaren Einfluß auf den Staatsapparat haben auch die großen bürgerlichen politischen Parteien. Die Differenzierung der Bourgeoisie, das Vorhandensein verschiedener Gruppen und Schichten in ihr mit nicht völlig identischen Interessen führte zum Entstehen und [19] bedingt die Erhaltung eines Vielparteiensystems in den wichtigsten kapitalistischen Ländern. (Dessen Vorhandensein ist im bedeutenden Maße auch durch die politische Aktivität der Werktätigen und die Existenz der kommunistischen und Arbeiterparteien bedingt.)

Natürlich wirken auf die wichtigsten politischen Parteien der Bourgeoisie viele Organisationen ein, die verschiedene Bevölkerungsschichten vertreten. Besonders geschieht dies während der Wahlkampagnen. Da die bürgerlichen Parteiführer und Funktionäre, aber auch die Führung rechtssozialistischer Parteien von den Wählern abhängen, biedern sie sich bei den Werktätigen an und machen großzügige Wahlversprechungen. Den entscheidenden Einfluß auf die Politik dieser Parteien übt allerdings die herrschende Klasse und in erster Linie deren Oberschicht aus.

Die demagogischen Losungen der Parteien sollen die Wähler anlocken. Zugleich ist ihre innere Disziplin, die gerade für die Abgeordneten obligatorisch ist, ein wirksames Instrument in den Händen der Bourgeoisie. Deshalb stellen die bürgerlichen Parteien, obwohl sie die Gruppeninteressen verschiedener Fraktionen der Kapitalistenklasse ausdrücken, für die Arbeiterklasse und die Werktätigen in der Regel eine den proletarischen Organisationen gegenüber feindliche Kraft dar.

Spezifisch ist die Rolle rechtssozialistischer Parteien, die objektiv darin besteht, bürgerliche Politik zu betreiben. Dies geschieht allerdings nicht ohne wesentliche Besonderheiten, deren Fehlen die Massenbasis der sozialdemokratischen Bewegung gefährden würde. Ihrer Zusammensetzung nach sind rechtssozialistische reformistische Parteien vor allem Arbeiterparteien. Sie werden jedoch von der „Arbeiteraristokratie“, von jener Oberschicht des Proletariats beherrscht, die von der Bourgeoisie „ausgehalten“ und von der bürgerlichen, genauer gesagt, von der kleinbürgerlichen Weltanschauung angesteckt worden ist.¹⁷ Kompromisse auf dem Gebiet der Ideologie ablehnend, kämpfen die Kommunisten für die Einheit der politischen Aktionen der Parteien der Arbeiterklasse im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, die Monopolbourgeoisie, für Frieden, internationale Entspannung und für Demokratie für das Volk. [20]

3. Der Charakter der Tätigkeit des bürgerlichen Staates in der Ökonomie

Das mächtigste und wirksamste Werkzeug der Klassenherrschaft in den Händen der herrschenden Bourgeoisie bleibt der kapitalistische Staat.

In völligem Gegensatz zu bürgerlichen Theorien und Ansichten der Sozialreformisten und Revisio-nisten, die diesen Staat als eine „über den Klassen stehende“ Organisation beurteilen, der sich deshalb in einer Reihe von Ländern angeblich in einen „Wohlfahrtsstaat“ verwandelt hat, ist er in Wirklichkeit

¹⁷ Ausführlicher über die theoretische Plattform und die politische Praxis der gegenwärtigen rechten Sozialdemokratie siehe: [Karl-Heinz Röder, Die Formel von der „sozialen Demokratie“. Staat und Demokratie in der Ideologie des Sozialreformismus, Berlin 1975](#) (Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. von M. Buhr, Bd. 58).

eine Organisation der Kapitalistenklasse. Als solche handelt er vor allem im Interesse des Monopolkapitals.

Bekanntlich berufen sich die bürgerlich-reformistischen Theoretiker bei der „Bestätigung“ der Veränderung des Klassenwesens des Staates vor allem auf dessen „neue“ sozialökonomische Tätigkeit.

Gemäß dieser Konzeption ist der Staat ein Mechanismus, der imstande ist, die Bedrohung vorzusehen, die der unbegrenzte Egozentrismus der Monopole darstellt, und der deshalb fähig ist, Maßnahmen zur Bändigung „unheilvoller Kräfte“ zu treffen und ein Regime der Vormundschaft und des Schutzes der Interessen der ganzen Gesellschaft zu errichten. Dabei wird die Sache so dargestellt, als würde der Komplex von Maßnahmen staatlicher Einwirkung, mit deren Hilfe die Monopole hoffen, den zerstörerischen, die Grundlagen des Kapitalismus unabwendbar untergrabenden Kräften entgegenzutreten, nicht im Interesse der Kapitalisten (oder nicht nur in ihrem Interesse) verwirklicht, sondern im Interesse der gesamten Gesellschaft. Darin eben offenbare sich angeblich der soziale Charakter des „Neokapitalismus“.

Natürlich wäre unter den gegenwärtigen Bedingungen ein offener staatlicher Zwang, der nicht mit „positiven“ staatlichen Maßnahmen in der sozialökonomischen Sphäre verknüpft wäre, einfach unreal. Diese Tätigkeit des bürgerlichen Staates, die den Anschein der Sorge um die gesamte Bevölkerung hat, geben die bürgerlich-reformistischen Autoren entgegen den Tatsachen als Hauptinhalt seiner ökonomischen Tätigkeit aus.

Daß die Monopole mit Hilfe des Staates bemüht sind, nicht nur Maximalprofite zu gewährleisten, sondern auch gleichzeitig den Kräften entgegenzutreten~ die ihre eigenen Positionen erschüttern, ist eine unbestreitbare Tatsache. Die kapitalistischen Monopole sind bestrebt, mit Hilfe des Mechanismus der staatsmonopolistischen Macht die [21] inneren Widersprüche des Kapitalismus zu glätten und ihn vor seiner unvermeidlichen Niederlage zu retten.¹⁸ Ein wichtiger Platz bei der Erreichung dieses Zieles wird der Ausnutzung der Ergebnisse der wissenschaftlich-technischen Revolution zugeteilt.

Der heutige kapitalistische Staat wirkt ganz entscheidend auf den technischen Fortschritt ein: durch die Finanzierung von Entwicklungsprogrammen in Industrie und Forschung, aber auch über verschiedene rechtliche Verbote, Begrenzungen und Förderungsmaßnahmen.

Auf den ersten Blick könnte eine solche Politik des Staates, die vorgibt, nur den wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu stimulieren, als nützlich für die gesamte Gesellschaft erscheinen. In Wirklichkeit aber ist das Streben nach einem Anwachsen der Profite der führenden Konzerne das bewegende Motiv dieser Politik.

Das Profitstreben verlangt eine maximale Rationalisierung der Produktion. Gleichzeitig wird auch ein anderes, nicht weniger wichtiges Ziel erreicht, nämlich der Sieg im Konkurrenzkampf über weniger große, in technischer Beziehung relativ schwach ausgerüstete Unternehmen. Schließlich wird die Konkurrenzfähigkeit der Waren auf den internationalen Märkten erhöht. Der wichtigste Faktor, der die Notwendigkeit einer Nutzung der Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution diktiert, ist der Wettkampf der beiden entgegengesetzten gesellschaftlichen Systeme. Mit einem Wort: diese Politik des imperialistischen Staates ist Ausdruck einer politischen Linie, die für das Monopolkapital vorteilhaft ist.

Die Apologeten des „gewandelten“ Staates unternehmen nicht geringe Anstrengungen, um die Budgetmaßnahmen des Staates als effektives Mittel zur „Korrektur der Verteilung des Reichtums“ darzustellen. Tatsächlich ist für die ökonomische Tätigkeit des gegenwärtigen imperialistischen Staates die Umverteilung des Nationaleinkommens mit Hilfe der Budgetregulierung charakteristisch. Aber das Wesen der Sache besteht darin, in wessen Interessen eine solche Regulierung vorgenommen wird. Entgegen dem idyllischen Bild, das von den modernen Reformisten gezeichnet wird, führt eine solche Umverteilung zu einer Vergrößerung der Profite der Monopole durch Übergabe eines immer höheren Anteils des Nationaleinkommens an diese durch den Staat.

¹⁸ Siehe Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969, Berlin 1969, S. 21 f.

Zum System indirekter, aber äußerst effektiver Formen der Staatshilfe an die Monopole gehört die Nationalisierung, genauer gesagt, die Verstaatlichung einiger Industriezweige, die die Verteidiger des Kapitalismus häufig auch als wichtigstes Mittel einer „Sozialisierung“ der kapitalistischen Gesellschaft ausgeben.

[22] Eine solche Interpretation der kapitalistischen Nationalisierung hält keiner Kritik stand. Dieses äußerst einseitige Herangehen führt zur völligen Trennung der äußeren Form der Verstaatlichung (das heißt im bestimmten Maße der Vergesellschaftung) von deren sozialem Inhalt, nämlich dem Streben des Staates, Maximalprofite der Monopole zu sichern und jene Wirtschaftszweige in die Hände zu nehmen, die aus einer Reihe von Ursachen unrentabel werden.

Es gibt keinen Zweifel, daß im streng ökonomischen Sinne die Nationalisierung, die ohne Berücksichtigung der Interessen der Werktätigen verwirklicht wird, nicht nur nicht den Interessen des Privatkapitals widersprechen kann, sondern im Gegenteil voll und ganz diesen entspricht.

Eine Analyse der direkten und indirekten Maßnahmen der staatlichen ökonomischen „Einmischung“ zeugt davon, daß, unabhängig von den Formen, in denen sie verwirklicht wird, diese Hilfe das Ziel verfolgt, die Einnahmen der Monopole zu vergrößern oder (in bestimmten Fällen) auf dem früheren Niveau zu halten. Dies ist das primäre Ziel der staatlichen Finanzhilfe, obwohl sie zweifellos auch eine Bedeutung als Mittel des indirekten Einflusses auf die Entwicklung dieser oder jener Zweige der Wirtschaft hat, vor allem in dem Rahmen, der durch die Interessen der größten Monopole bestimmt wird.

Die staatsmonopolistische Regulierung veränderte nicht die Wirkung der ökonomischen Gesetze des Kapitalismus. Und wenn sie auf den Verlauf des ökonomischen Zyklus in bestimmtem Maße Einfluß hatte, so beseitigt sie trotzdem nicht die sich immer mehr vertiefende Unbeständigkeit der kapitalistischen Wirtschaft. Die gegenwärtige ökonomische Krise ist ein anschaulicher Beweis dafür. „Sie breitete sich gleichzeitig über alle Zentren der kapitalistischen Weltwirtschaft aus. Bezeichnenderweise traf eine Krise von derartiger Wucht die hochentwickelte staatsmonopolistische Wirtschaft, die in der Nachkriegszeit entstanden war.“¹⁹

Die Theoretiker der reformistischen Richtung gehen nicht auf die Frage ein, was die Quellen zur Bildung von Ressourcen sind, über die der Staat im Zusammenhang mit der ökonomischen Regulierung verfügt. Diese Bildung erfolgt über direkte und indirekte Steuern der Werktätigen, die dann vom Staat umverteilt werden (mehr als zwei Drittel der Steuereinkünfte machen zum Beispiel in einem Land wie den USA die direkten und indirekten Steuern der Bevölkerung aus). So werden die Mittel aus der Tasche der Werktätigen in die Safes des Staates und durch diesen zu den Monopolen gepumpt. Darin liegt der Kern der Budgetmaßnahmen des Staates.

[23] Somit wächst infolge der staatlichen Regulierung die Ausbeutung der Arbeiterklasse erheblich. Die Disproportion zwischen dem Anwachsen der Profite der Monopole und den Einnahmen der Werktätigen verstärkt sich.

Folglich ist die Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus von einer Verstärkung der Ausbeutung der Werktätigen begleitet, wobei der „Wohlfahrtsstaat“ nicht nur das System der Ausbeutung bewahrt, sondern selbst unmittelbar immer mehr als monopolistischer Gesamtkapitalist auftritt.

4. Die bürgerliche Demokratie: Mythos und Realität

„Jede Demokratie, wie überhaupt jeder politische Überbau ... dient in letzter Instanz der Produktion und wird in letzter Instanz durch die Produktionsverhältnisse der jeweiligen Gesellschaft bestimmt.“²⁰ Unter den Bedingungen des Kapitalismus ist, selbst wenn die Bourgeoisie demokratische Herrschaftsformen benutzt, der Widerspruch zwischen der ökonomischen Ordnung und dem politischen Überbau nicht zu beseitigen. „Die demokratische Republik“, bemerkte Lenin, „widerspricht ‚logisch‘ dem Kapitalismus, da sie ‚offiziell‘ den Reichen und den Armen gleichsetzt.“²¹

¹⁹ XXV. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berichterstatter: L. I. Breschnew, Berlin 1976, S. 35.

²⁰ Lenin, Werke, Bd. 32, Berlin 1970, S. 70.

²¹ Lenin, Werke, Bd. 23, Berlin 1960, S. 38.

In der Periode des Imperialismus verschärft sich dieser Widerspruch und zeigt sich als ein „Widerspruch zwischen der Ökonomik des neuesten Kapitalismus (nämlich des monopolistischen Kapitalismus) und der politischen Demokratie schlechthin“.²²

Dem Imperialismus ist vom ökonomischen Standpunkt aus insbesondere eine ungeheure Konzentration des Eigentums und der Finanzmacht in den Händen weniger Kapitalisten, Bankiers und des kapitalistischen Staates selbst eigen.

So erzeugen in den USA 500 der größten Monopole mehr als die Hälfte der Industrieproduktion des Landes und eignen sich mehr als 70% der gesamten Industrieprofiten an.

In Großunternehmen mit tausend Beschäftigten und mehr arbeitet fast ein Drittel aller in der Verarbeitungsindustrie der USA Beschäftigten. In England produzieren 180 der größten Industriegesellschaften, in deren Unternehmen ein Drittel aller Industriearbeiter arbeitet, etwa zwei Fünftel der Industrieproduktion des Landes. 500 der größten französischen Gesellschaften erzeugen den dritten Teil der gesamten Industrieproduktion. In der BRD sind in 10 Gesellschaften 57,8% der Produktion der Schwarzmetallurgie, 69% des [24] Schiffbaus, 67% der Auto-, 40,6% der Chemie- und 38% der Elektroindustrie konzentriert.

Einen großen Umfang erreicht die ökonomische Macht einzelner Finanz- und Industriegruppen. So gehörten der Rockefeller-Gruppe zu Beginn der 70er Jahre ein Drittel der erforschten Vorräte und ein Viertel der Förderung, des Transports, der Verarbeitung und des Verkaufs von Erdöl in der kapitalistischen Welt. Unternehmen, die vom Kapital der Morgan-Gruppe kontrolliert werden, befinden sich in Dutzenden von fremden Ländern. Einen gewaltigen Einfluß haben auch die anderen großen Finanzgruppen der USA und anderer kapitalistischer Länder.

Die besitzende Minderheit, die die kapitalistische Welt regiert, hat die Interessen der Nation ihren engen Kasteninteressen untergeordnet. Die persönlichen Einnahmen dieser Gruppe sind außerordentlich hoch. So kamen in den USA auf ein Prozent der erwachsenen Bevölkerung im Jahre 1949 20,8% und 1971 30% des nationalen Reichtums. Die Gruppe besitzt 80% der gesamten Aktien. Auf der anderen Seite sind Armut und selbst Bettelei anzutreffen.

So sieht die Verteilung des Reichtums und der ökonomischen Macht in den Ländern des Kapitals aus. Dies sind auch die sozialökonomischen Grundlagen für die tiefe Krise der bürgerlichen Demokratie und ihren unvermeidlichen Untergang. Die Ursachen dieser Krise wurden von Lenin aufgedeckt, der im einzelnen schrieb: „Wenn sich aber die politische Macht in den Händen einer Klasse befindet, deren Interessen mit denen der Mehrheit auseinandergehen, dann verwandelt sich jedes Regieren entsprechend der Mehrheit unvermeidlich in einen Betrug an der Mehrheit oder in die Unterdrückung dieser Mehrheit. Jede bürgerliche Republik liefert uns dafür Hunderte und Tausende von Beispielen.“²³

Aber je tiefer die Krise in der gegenwärtigen bürgerlichen Wirklichkeit, um so intensiver arbeitet die Propagandamaschine. Diese ist bestrebt, das Nichtbeweisbare zu beweisen: der Kapitalismus, das ist die „freie Welt“, die Zitadelle der Demokratie.

Wer redet und schreibt nicht alles zur Zeit in den kapitalistischen Ländern über Demokratie? Die Parlamentarier sind besorgt um das Schicksal der „parlamentarischen Demokratie“. Die Parteiführer sind besorgt um die Demokratie insgesamt. Die Gewerkschaftsbosse kämpfen für die Demokratisierung der Unternehmensleitungen. Politologen, Juristen, Soziologen veröffentlichen umfangreiche Werke über den Wandel demokratischer Ideale im Zeitalter des wissenschaftlich-technischen Umchwungs.

[25] Aber die Vielfalt des Herangehens und der Urteile geht mit der tatsächlichen Interessiertheit absolut nicht konform. Es gibt weitaus tiefere und einflußreichere Interessen: die Ansprüche der verschiedenen Klassen und gesellschaftlichen Gruppen. Die multinationalen Monopole halten die Ordnung für wahrhaft demokratisch, die eine ungehinderte Bewegung des Kapitals, eine totale Verfügung

²² Ebenda, S. 37.

²³ Lenin, Werke, Bd. 25, S. 199.

über die Arbeitskraft, die Freiheit, Unternehmen zu gründen oder sie zu schließen, unbehinderte Preismanipulationen und Maximalprofite für das eingebrachte Kapital sichert. Staatliche Souveränität, Forderungen der Gewerkschaften, Streikaktionen der Arbeiter und Angestellten, die Verteidigung der nationalen Ressourcen – all das sind „Hindernisse für die Demokratie“, „Schmälerungen der unternehmerischen Freiheit“. Die wirklich demokratischen Kräfte, in erster Linie die Arbeiterklasse, nehmen natürlich einen völlig entgegengesetzten Standpunkt zu all diesen Fragen ein. Die Freiheit der Unternehmer – das ist für sie: Willkür des Arbeitgebers, Unbeständigkeit ihrer materiellen Lage, Unsicherheit darüber, was der morgige Tag bringt. Mit einem Wort: Unfreiheit und Antidemokratie.

Dem analog ruft die freie Willensentscheidung junger Entwicklungsstaaten, die natürlichen Reichtümer ihres Landes zu nationalisieren und die Tätigkeit ausländischer Banken zu kontrollieren, einen Sturm von Protesten hervor mit der Beschuldigung, willkürlich Privateigentum anzutasten und den Fortschritt zu behindern. Beunruhigt über die „undemokratische Handlungsweise“ der Regierung ist der Stammesadel der Entwicklungsländer des tropischen Afrikas; denn diesem nimmt man durch Jahrhunderte geheiligte Privilegien; erregt sind die indischen Maharadschas, ihnen entzog man Einkünfte in Millionenhöhe, die nicht durch Arbeit erworben waren. Die Dreigroschenjungen der „Italienischen Sozialbewegung“ protestieren heftig gegen die die „verfassungsmäßige Gesetzlichkeit zerstörenden“ Verbote neofaschistischer Zusammenrottungen.

Der Prestigeverlust der Parlamente, ihre Unterordnung unter die Regierungsmacht und die Bürokratie erklärt man mit der Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Eine Reihe westlicher Soziologen hat den Glauben an die Demokratie verloren. Sie prophezeien pessimistisch ihren Untergang als Konsequenz der „technokratischen Gesellschaft“. Cassandra, die einst den Fall Trojas voraussagte, findet heute zahllose Nachahmer. Es gibt jedoch auch Menschen, die von der Zukunft der Demokratie überzeugt sind. Der historische Optimismus ist für sie kein religiöses Kredo, sondern wissenschaftlich begründete Voraussicht. Und jegliche Voraussicht der Zukunft stützt [26] sich bekanntlich auf die Analyse der Gegenwart und auf das Studium der Vergangenheit, auf das Wissen und das Verständnis der Geschichte. Gerade die Geschichte bezeugt, daß die Demokratie seit langer Zeit ein Weggefährte der Menschheit ist. Sie wurde an den rauchigen Lagerstätten der Urstämme geboren. Das Menschengeschlecht schuf in seiner Kindheit bereits Organe der Selbstverwaltung. Soziale Angelegenheiten wurden gemeinsam und im Interesse aller gelöst. Die Legenden über das goldene Zeitalter idealisieren allerdings die Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit dieser Urgesellschaft. Allgemeine Armut, Furcht vor den Naturgewalten, Machtlosigkeit eines jeden – dies alles vereinigte die Menschen, machte sie gleichberechtigt auf dem gemeinsamen Hintergrund der Unfreiheit und gegenseitigen Abhängigkeit.

Die politische Demokratie erblühte in den Städten des antiken Griechenlands. Mit ihr war der Fortschritt des Handwerks, das Erblühen von Kunst und Wissenschaft verbunden. Aber es war eine Demokratie für die Freien, deren vollständige Verneinung für die Sklaven, das heißt für neun Zehntel der Bevölkerung.

Die Losung der Demokratie stand auf den Bannern von Wat Tyler, der Jacquerie, der Taboriten und anderer Führer der Bauernkriege. „Als Adam grub und Eva spann, wo war denn da der Edelmann?“; in diesem Aphorismus des Mittelalters drückt sich der jahrhundertalte Traum von der freien, freiwilligen Arbeit für sich und nicht für einen Herren aus. Aber die Ritter zerstörten das Banner der Freiheit und übergaben die Aufständischen einer qualvollen Folter.

Leibeigenschaft, Feudaladel und Absolutismus hatten sich überlebt. Mit der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 entstand die „erste Erklärung der Menschenrechte“.²⁴ Die Sansculotten von Paris stürmten die Bastille. Ihren Fall bereiteten die Aufklärer Voltaire, Diderot und Holbach vor. Der revolutionäre Demokratismus Robespierres wurde von den Ideen Rousseaus über die Souveränität des Volkes beflügelt. Aber das Direktorium und Bonaparte mißachteten die Prinzipien der Freiheit und Gleichheit. Jahre und Jahrzehnte des Kampfes waren erforderlich – die Chartisten in England, die Barrikadenkämpfe von 1830 in Frankreich, der revolutionäre Sturm von 1848 –, bevor die Demokratie als Verfassungsprinzip des bürgerlichen Staates und der Gesellschaft anerkannt

²⁴ MEW, Bd. 16, Berlin 1964, S. 18.

wurde. Das allgemeine Wahlrecht, die Gesetzlichkeit in Verwaltung und Justiz, die Präsuumtion der Unschuld, gewerkschaftliche Freiheiten und Legalisierung der Arbeiterparteien – all das kam nicht von selbst. Es wurde [27] reichlich durch die Opfer der „unteren“ Schichten bezahlt und von den werktätigen Klassen erkämpft.

Und auch in den Jahren der Blüte der westlichen Demokratie war diese niemals „rein“, das heißt allgemein und gleich für alle. Die Eigentumsverhältnisse und der durch diese im allgemeinen bedingte soziale Status bestimmen das „Maß“ der Freiheit und der Abhängigkeit, die Unabhängigkeit bzw. Unfreiheit der Persönlichkeit.

Die gesellschaftliche Praxis und die Erfahrung der Geschichte sind das Kriterium für die Wahrheit oder Unrichtigkeit beliebiger sozialer und politischer Lehren. Das System des privaten Unternehmertums, der Kapitalismus, existiert schon Jahrhunderte. Wenn man die amerikanische Revolution und den Unabhängigkeitskrieg als Ausgangspunkt nimmt, so ist die bürgerliche Demokratie schon zwei Jahrhunderte alt.

Das reicht zwar nicht an das Alter der ägyptischen Pyramiden heran, ist aber doch schon ein solides Alter.

Wie aber stellt sich uns die „freie Welt“ dar?

An ihrer Peripherie besteht eine Vielzahl von Polizeiregimen. Somoza, der Unterdrücker des Volkes von Nicaragua, hat es sogar verstanden, sich an den Opfern von Erdbebenkatastrophen zu bereichern, indem er diesen die Mittel wegnahm, die aus dem Ausland geschickt worden waren. Die räuberischen Cliques um Duvalier den Jüngeren und den Henker Strössner saugen gleich Vampiren dem Volk von Haiti und Paraguay das Blut aus den Adern. Vielleicht sagt man uns, spricht nicht von Peripherie, seht aufs „Zentrum“.

Sehen wir dorthin! In einem Land (USA) ermordet man ungestraft Präsidenten, für deren Wahl man vorher Hunderte von Millionen Dollar ausgibt. In einem anderen (BRD) verbietet man, Mitglieder der Kommunistischen Partei und andere engagierte Demokraten in den Staatsdienst aufzunehmen; verhängt Berufsverbote, bedroht mit diesen die Existenz Tausender und schafft durch Gesinnungsschnüffelei ein Klima der ständigen potentiellen Bedrohung; den Neofaschisten jedoch gewährt man Freiheit und staatlichen Schutz. In den kapitalistischen Ländern wird der Arbeitslohn „eingefroren“, aber man ist nicht in der Lage, das rapide Anwachsen der Konsumgüterpreise aufzuhalten.

Aber das ist noch nicht alles. Hinzu kommen: religiöse Zerwürfnisse, die von außen geschürt werden, die Diskriminierung der „Farbigen“, die nichtgleichberechtigte Lage der Frauen (ihnen zahlt man gewöhnlich weniger als den Männern für dieselbe Arbeit); Begrenzungen der gewerkschaftlichen Freiheiten, Bestechung, Korruption, [28] das Wüten des organisierten Verbrechertums, das ununterbrochene Wettrüsten, die unkontrollierte totale Überwachung der Bürger des eigenen Landes durch die imperialistischen Geheimdienste und deren Wühlarbeit in anderen Ländern.

Die sich an fremder Arbeit Bereichernden scheuen sich niemals, Freiheit und Demokratie beiseite zu schieben, wenn dies die Interessen der privaten Wirtschaft diktieren. Um ihr Eigentum und die Macht zu erhalten, ist die Bourgeoisie zu beliebigen Verbrechen fähig. 30000 Proletarier der Pariser Kommune fielen den Henkern zum Opfer, 30000 chilenische Demokraten wurden von der Junta des Generals Pinochet tierisch umgebracht.

Ein deutlicher Gradmesser für die Demokratie eines jeden modernen Staates ist die Art der Entstehung und die Zusammensetzung der Machtorgane. In jenen kapitalistischen Ländern, in denen die Wahl dieser Organe zur Tradition geworden und durch die Gesetzgebung gefestigt ist, hat die herrschende Klasse ein ganzes Arsenal raffinierter Verfahren zur Verfälschung des Wählerwillens geschaffen.

Unter den zahlreichen amerikanischen Redewendungen existiert eine, die das „Demokratische“ der Verfassungsinstitutionen der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt und der Vereinigten Staaten im besonderen treffend charakterisiert. Sie lautet: Das Beste, was man für Geld kaufen kann, ist der Kongreß.

Der beißende Sarkasmus, der in diesen Worten enthalten ist, ist völlig berechtigt. Die gesetzgebenden Organe der kapitalistischen Länder, die „Volksvertretungen“ genannt werden, spiegeln in Wirklichkeit die Interessen des wohlhabendsten Teils der Bevölkerung wider. Seinerzeit hat der ehemalige amerikanische Senator Boyes Panrows in einem Augenblick der Aufrichtigkeit ein recht deutliches Bild der amerikanischen Demokratie gezeichnet. Bezüglich der großen Monopole sagte er: „Ihr schickt uns in den Kongreß. Wir nehmen die Gesetze an, die euch die Möglichkeit geben, Geld zu machen. Aus den vereinnahmten Profiten leistet ihr neue Beiträge für unsere Wahlfonds, um uns wieder in den Kongreß zu schicken, damit wir Gesetze annehmen, die euch erlauben, noch mehr Geld zu machen.“

Offenkundig wird hier das direkte Abhängigkeitsverhältnis zwischen demjenigen, der für dieses oder jenes gesetzgebende Machtorgan kandidiert und jenen Kreisen, die Unterstützung zusagen, die dann natürlich abgearbeitet werden muß. Formal wird dieser oder jener Kandidat von einem bestimmten Teil der Bevölkerung gewählt, obwohl tatsächlich die Kräfte hinter den Kulissen die Hauptrolle spielen.

[29] Es ist deshalb kein Zufall, daß bei einer Meinungsumfrage, die vor einigen Jahren in den USA durchgeführt wurde, mehr als die Hälfte der befragten Amerikaner nicht auf die Frage antworten konnte, welcher Senator oder welches Mitglied des Repräsentantenhauses sie im Kongreß vertritt. Diese Tatsache ist äußerst symptomatisch. Sie zeugt davon, wie weit die „vom Volk Erwählten vom Volk entfernt sind.

Kann man eine solche Situation für seltsam halten? Keineswegs. Das politische System der USA ist so konstruiert, daß hohe Wahlposten vor allem solchen Leuten vorbehalten sind, die großes Eigentum besitzen; denn diese verfügen über eine solide finanzielle Basis. Und es ist kein Zufall, daß, wie die amerikanische Presse feststellt, etwa zwei Drittel der Kongreßmitglieder Vertreter des Big Business sind. Der Druck der „Geldsäcke“ und verschiedene Methoden der offiziellen wie der hinter den Kulissen vor sich gehenden Einflußnahme machen es weitgehend unmöglich, Menschen in die höchsten parlamentarischen Organe zu wählen, die nichts besitzen oder die zu den unterdrückten ethnischen Minderheiten gehören. Es stimmt, daß manchmal auch solche Personen in den Kongreß gewählt werden. Das wird aber hauptsächlich deswegen getan, um den „demokratischen“ Charakter des Kongresses „unter Beweis“ stellen zu können.

Folgerichtig ist auch das Ergebnis, zu dem Mark J. Green, James M. Fallows und David R. Zwick gelangen, wenn sie in ihrem Buch „Who Runs Congress? The President, Big Business, or You?“ (New York 1972) feststellen, daß die 535 Kongreßmitglieder bei der übergroßen Mehrheit des amerikanischen Volkes, das sie ja im gesetzgebenden Organ vertreten sollen, keinerlei Interesse hervorrufen und – im Gegensatz zur Lobby – keine auf Resonanz beruhenden Beziehungen entwickeln.

Das Bild, das für die USA charakteristisch ist, gilt auch für andere kapitalistische Staaten.

Für die Wahlen werden gewaltige Geldmittel aufgewandt. So kostete die Wahlkampagne 1969 bis 1970 der Konservativen Partei in Großbritannien 1 Milliarde, 400 Millionen Pfund Sterling (400 Millionen Pfund „teurer“ als die Wahlen von 1964).

In der BRD warfen die CDU und die CSU im Laufe der in der Geschichte der BRD kürzesten Wahlkampagne des Jahres 1972 über 100 Millionen Mark in die „Wahlwaagschale“. Diese gewaltigen Mittel werden für Fernseh- und Radiopropaganda, für die Bezahlung der Dienste von Reklameagenturen und in einigen Ländern auch für Wahlkautionen ausgegeben. Das Wesen dieser Kau-[30]tionen besteht darin, daß ein Kandidat nur dann registriert werden kann, wenn er eine bedeutende Summe aufbringt, die im Falle seiner Nichtwahl einbehalten wird.

Es versteht sich, vor welchen Schwierigkeiten kommunistische Parteien und andere demokratische Organisationen bei Wahlen stehen. Denn die Wahlkampagnen der bürgerlichen Parteien bezahlen die Monopole. Der „Preis der Wahlen“ ist so gewaltig, daß sogar einige bürgerliche Autoren, wie der französische Politikwissenschaftler M. Duverger, gezwungen sind, die Ungerechtigkeit des bestehenden Wahlmechanismus anzuerkennen. Duverger schreibt: „Die Gleichheit der Kandidaten ist illusorisch, die moderne Propaganda erfordert bedeutende Mittel. Formelle Begrenzungen, wenn sie

existieren, werden leicht umgangen. Die Macht des Geldes bewirkt ungleiche Bedingungen für die Kandidaten.“

Die propagandistische Einflußnahme auf die Wähler wird äußerst geschickt aufgebaut. Seit der Zeit, in der die Bourgeoisie an der Macht ist, hat sie ein vielgestaltiges Arsenal raffinierter Methoden zur Bearbeitung der Wähler geschaffen. Das sind vor allem lärmende und spektakuläre Kampagnen vor den Wahlen unter Einsatz der Massenmedien, also der Presse, des Fernsehens und des Hörfunks, die sich entweder unter der Kontrolle der Monopole oder des Staates selbst befinden. Von einer Gleichheit der Wahl kann keine Rede sein. Die Wahlkreise sind oft so „zugeschnitten“, daß Bezirke im Vorteil sind, in denen die Mehrheit oder ein bedeutender Teil der Wähler offenkundig mit dem bürgerlichen Kandidaten sympathisiert. Legale Vorteile für die besitzenden Klassen der Bevölkerung bietet auch das sogenannte Mehrheitswahlsystem, das unter Mißachtung des Prinzips der proportionalen Vertreterschaft in einer Reihe von Ländern eingeführt worden ist. Ein Ergebnis dieses Wahlsystems ist es – und das nicht selten –, daß die Partei die meisten Abgeordnetensitze erhält, die weniger Stimmen auf sich vereinigt hat als ihre Gegner.

Wahlzensi (Besitz, Ansässigkeit, Bildung usw.), die Diskriminierung nationaler Minderheiten, verschiedene offizielle und nichtoffizielle Bedingungen für die Durchführung der Wahlkampagnen und der Wahlen selbst führen dazu, daß in den meisten bürgerlichen Parlamenten wenige oder überhaupt keine Vertreter der Arbeiterklasse, der Bauernschaft (der kleinen Farmer), der einfachen Angestellten und der unteren Schichten der Intelligenz vertreten sind. Dafür sitzen dort in der Mehrzahl Vertreter der Konzerne und Berufspolitiker. Die Parlamente und örtlichen Verwaltungsorgane widerspiegeln somit nicht die reale soziale Struktur der Gesellschaft und drücken [31] folglich überhaupt nicht oder nur sehr begrenzt die Interessen und den Willen der Mehrheit der Bevölkerung aus.

Ein bedeutender Teil der Wähler enthält sich der Stimmabgabe und protestiert so gegen die „Wahlen ohne Wahl“ und das ungerechte Wahlsystem. Dieser Wahlabsentismus erreicht zeitweise solche Ausmaße, daß die „Vertretungseinrichtungen“ nur von 15 bis 20% der Bürger gewählt werden, die das Stimmrecht haben (zum Beispiel die Grafschaftsräte in England von 1945 bis 1964). Ihr Anspruch, „Vertretungen“ zu sein, ist vor allem hinsichtlich der großen Bankkonten gegeben; ihre Interessen haben mit denen der werktätigen Massen nichts gemein.

So ist zum Beispiel bekannt, daß im Kongreß der USA kein einziger Arbeiter, kein kleiner Farmer oder kein kleiner Angestellter ist. Dafür sind 35% der Kongreßmitglieder Businessmen. Unter den Mitgliedern des britischen Unterhauses sind gewöhnlich 130 bis 170 Personen Direktoren von Gesellschaften und 30 bis 40 Arbeitervertreter. Nicht weniger aufschlußreich sind die Zahlen für die BRD. Obwohl die Arbeiter die Hälfte der Bevölkerung des Landes bilden, sind unter den Bundestagsabgeordneten nur 7 Arbeiter.

Die bürgerlichen Parlamente sind auch wegen der Diskriminierung der ethnischen Minderheiten keine echten Vertretungseinrichtungen. Im Repräsentantenhaus des amerikanischen Kongresses sind nur einige wenige Afroamerikaner (etwa ein Prozent) vertreten, während die Afroamerikaner etwa 11 Prozent der Bevölkerung der USA ausmachen.

Der Diskriminierung unterliegen auch die Frauen: ihre Zahl ist in den Parlamenten bürgerlicher Staaten sehr gering.

Propagandistische Beteuerungen bürgerlicher Ideologen hinsichtlich der „Unerschütterlichkeit“ der Demokratie in den Ländern des Kapitals, in bezug auf „freie und demokratische Wahlen im Westen“ haben so wenig mit der Realität zu tun.

In den letzten Jahren gingen jedoch unter dem Einfluß einer Reihe von Faktoren (vor allem des Kampfes der demokratischen und progressiven Kräfte) einige positive Veränderungen sowohl hinsichtlich der Wahlsysteme einiger führender kapitalistischer Länder als auch hinsichtlich des parlamentarischen Kräfteverhältnisses vor sich. Immer mehr Parlamentarier bürgerlicher Länder sind gezwungen, mit der realen internationalen Lage zu rechnen und die Stimmungen der Wähler zu berücksichtigen, die gegen die Überbleibsel des kalten Krieges und für die ökonomischen und sozialen Rechte eintreten.

Ungeachtet aller Behinderungen sind die demokratischen Kräfte [32] in unseren Tagen bei den Wahlen häufig erfolgreich. Dies zeigte sich insbesondere im Verlauf der letzten Präsidentschaftswahlen in Frankreich, als die überwältigende Mehrheit der werktätigen Bevölkerung des Landes ihre Sympathie für die Linkunion ausdrückte und diese mehr als 49% der Wählerstimmen erhielt.

Wenn auf der Grundlage der existierenden Wahlgesetze Kräfte an die Macht gelangen, die die Interessen der Werktätigen zum Ausdruck bringen, läßt die Bourgeoisie nichts unversucht, um diese Situation zu ändern.

Gerade davon zeugen die Ereignisse in Chile, wo die Regierung der Unidad Popular mit Hilfe der Militärmacht 1973 gestürzt und durch ein faschistisches Regime ersetzt wurde. Wie wir sehen, ist die Bourgeoisie lediglich bereit, die eigene Verfassung so lange zu dulden, so lange sie ihr nützlich ist und ihre Herrschaft gewährleistet. Das ist noch eine Seite der Demokratie der „freien Welt“.

Natürlich beschränken sich die Krisenerscheinungen in der bürgerlichen Demokratie nicht auf die Krise der Wahlsysteme und des Parlamentarismus. Nicht weniger auffallend ist die Überhandnahme des Militarismus auf dem Gebiet der staatlichen Lenkung. Zum Schaden der sozialen Bedürfnisse der Bevölkerung werden riesige Mittel für das fortlaufende Wettrüsten ausgegeben. Während des 25jährigen Bestehens der NATO überstiegen die militärischen Ausgaben der Mitgliedstaaten dieses Blocks eine Billion (tausend Milliarden) Dollar, und das Militärbudget der USA machte im Jahre 1976 mehr als 100 Milliarden Dollar aus, und dies bei ständig wachsendem Mangel an Mitteln für den Gesundheitsschutz, die Altersversorgung und Volksbildung. Das Verhältnis zwischen den sozialen und den offen antisozialen Aufwendungen der imperialistischen Staaten ist eine äußerst anschauliche Bestätigung der Tatsache, daß die Werktätigen dieser Länder von der Teilnahme an der Staatsmacht ausgeschlossen sind. Mit anderen Worten: die bürgerliche Demokratie ist formell, eingeschränkt und heuchlerisch.

Ständigen Angriffen sind die politischen Rechte und Freiheiten der Bürger ausgesetzt. Die deklarierten Rechte wie Vereinigungsfreiheit, Streikrecht, Meinungs- und Pressefreiheit sowie andere Freiheiten sind begrenzt und werden in einer Reihe von Fällen schamlos verletzt. Der imperialistische Staat ist bemüht, das Denken seiner Bürger zu kontrollieren und zu beherrschen.

Die Presse und andere Massenmedien unterliegen der Kontrolle dieser Mächte, unabhängig davon, ob in dem betreffenden Land eine offizielle Zensur existiert oder formell nicht existiert.

[33] Immer offener mischt sich der imperialistische Staat in die Sphäre des persönlichen Lebens ein, wobei er sich auf die „nationale Sicherheit“ beruft oder es vorzieht, sich auf nichts zu berufen.

Das massenweise Registrieren von Fingerabdrücken und Anlegen von Personalakten, das Abhören von Telefongesprächen, die Kontrolle des privaten Briefwechsels, all das wird allmählich zur Norm des gesellschaftlichen Seins in den Ländern der „freien Welt“.

In den Dokumenten der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien von 1969 wird hervorgehoben: Wo immer es dem Imperialismus gelingt, „eröffnet er die Offensive gegen die demokratischen Rechte und Freiheiten, tritt er die Menschenwürde mit Füßen und fördert den Rassismus“.²⁵

Es muß jedoch festgestellt werden, daß die Methoden der offenen Unterdrückung, der Kontrolle und des Verbots immer häufiger versagen. Deshalb werden sie mit scheinbar entgegengesetzten, aber in Wirklichkeit gleichgeordneten Maßnahmen kombiniert. Man bemüht sich, die soziale Unzufriedenheit in Kanäle zu lenken, die für die „Grundfesten“ des Staates ungefährlich sind. Der Staat läßt die Verbreitung der Pornographie zu, führt keinen effektiven Kampf gegen den Drogenmißbrauch, fördert niveaulose Fernsehsendungen, mit einem Wort: bei allen (oder bei fast allen) Mitteln zur Demoralisierung der Bevölkerung drückt er ein Auge zu. Angestrebt wird, das Volk, besonders die Jugend, von den Problemen der Politik, der Arbeitslosigkeit, der Gefährdung des Friedens um jeden Preis (sei es auch unter Opferung der traditionell-bürgerlichen puritanischen Moral) abzulenken.

²⁵ Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969, Berlin 1969, S. 24.

Daher auch die Abschwächung oder die vollständige Aufhebung von Verboten auf – vom Standpunkt der Existenz der kapitalistischen Gesellschaft – „ungefährlichen“ Gebieten. So wurden Ende 1969 in Dänemark die Reste der Begrenzung für die Produktion, Verbreitung und Vorführung jeder Art von Pornographie endgültig aufgehoben. In der Tat: ein Triumph der „Freiheit und Demokratie“!

5. Die Entfaltung des Widerspruchs zwischen der Demokratiefeindlichkeit der Monopole und dem Demokratiestreben der Massen

Es versteht sich, daß alles oben Gesagte keineswegs unbehindert verwirklicht wird: den antidemokratischen Bestrebungen der Diktatur der Bourgeoisie wirken andere Faktoren immer intensiver und mit [34] steigender Wirksamkeit entgegen. Zu diesen gehören: die wachsende Bewußtheit und Organisiertheit der Arbeiter, das Bündnis der demokratischen Kräfte, die Stärkung der Avantgarde der Werktätigen und ihre wachsende Verantwortung für das Schicksal der Gesellschaft.

Die bürgerliche Demokratie hat sich historisch überlebt, aber politisch ist sie immer noch eine Realität. Ähnlich wie sich der gegenwärtige Kapitalismus – wenn auch in begrenztem Maße – an die in der Welt bestehende Situation anpaßt, so passen sich teilweise auch sein Staatsaufbau und sein politisches System an. Dem Verhältnis der Kommunisten zur bürgerlichen Demokratie sind sowohl Glorifizierung und Fetischisierung als auch Nihilismus und geistlose Negation fremd. Bei sonst gleichen Bedingungen sind bürgerlich-demokratische Ordnungen unvergleichlich günstiger für die Entwicklung des Klassenkampfes gegen die Monopole als offen tyrannische profaschistische Regimes.

Die marxistisch-leninistische Kritik am Kapitalismus und am bürgerlichen Staat trägt einen progressiven und konstruktiven Charakter.²⁶ Die kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder lösen die Aufgaben der Verteidigung der Demokratie gegen rechte, reaktionäre Kräfte mit dem Ziel, eine radikale Erneuerung der Demokratie auf einer neuen sozialen Grundlage durchzusetzen. Die grundlegende revolutionäre Erneuerung der bestehenden politischen Ordnung, die Herausbildung von wirklich repräsentativen Machtorganen, die Nationalisierung der Monopole, die reale Sicherung der Rechte und Freiheiten der Bürger ist jener Weg, der über die Grenzen des staatsmonopolistischen Kapitalismus hinausführt. Dies ist ein Weg, der in der Perspektive zu einer Demokratie höheren historischen Typs, nämlich zur sozialistischen Demokratie führt.

Die Kommunisten betrachten alle gesellschaftlichen Erscheinungen der Gegenwart in ihrer Gesamtheit und Wechselwirkung.

Der Zustand der Demokratie in der kapitalistischen Gesellschaft ist in den vergangenen 60 Jahren unverkennbar von der neuen Entwicklungsetappe der menschlichen Gesellschaft, der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab, geprägt.

Mit der Spaltung der Welt in zwei entgegengesetzte Systeme –den Kapitalismus und den Sozialismus – verengt sich der Wirkungsbereich des Kapitalismus, seine Gesetzmäßigkeiten hinsichtlich der Wirtschaft, der sozialen Beziehungen, des politischen Systems und der Ideologie werden begrenzt. Der gegenwärtige Kapitalismus ist bestrebt, sich an die Bedingungen des Kampfes um die Koexistenz [35] entgegengesetzter sozialer Systeme anzupassen und paßt sich auch teilweise an.

Der Imperialismus ändert dabei, das versteht sich, natürlich nicht seinen Charakter.

Das Streben nach Ablösung der Demokratie durch „Reaktion auf der ganzen Linie“ (Lenin) bleibt bestehen. Aber in der antagonistischen Klassengesellschaft vollzieht sich kein Prozeß – sei es in der Wirtschaft oder in der Politik – in irgendeiner „reinen“ Form. Im Gegenteil, jeder beliebige Prozeß, jede beliebige gesellschaftliche Gesetzmäßigkeit tritt nur als Tendenz auf, die ständig auf die Gegenwirkung anderer, zum Teil sogar diametral entgegengesetzter Prozesse und Gesetzmäßigkeiten stößt, die sich in der gegenwärtigen historischen Epoche besonders verstärken.

Dies trifft in vollem Maße auf die Tendenz der imperialistischen Bourgeoisie zur Reaktion zu, die die Demokratie und die Gesetzlichkeit untergräbt. Obgleich „der Imperialismus bestrebt ist, die

²⁶ Siehe Gus Hall, *The Crisis of U.S. Capitalism and the Fight-Back*, New York 1975.

Demokratie überhaupt durch die Oligarchie zu ersetzen“,²⁷ hält er jedoch nicht „die Entwicklung des Kapitalismus und das Wachstum der demokratischen Tendenzen in der Masse der Bevölkerung“ auf, sondern verschärft „den Antagonismus zwischen diesen demokratischen Bestrebungen und der anti-demokratischen Tendenz der Trusts“.²⁸

Umreißen wir die Hauptfaktoren, die in der modernen Welt wirksam sind und die die Demokratiefeindlichkeit der Monopole begrenzen.

Der Imperialismus ist ökonomisch nicht in der Lage, die mittlere und kleine kapitalistische Produktion mit der für diese (obzwar in begrenztem Rahmen) charakteristischen freien Konkurrenz²⁹ und den damit verbundenen Bestrebungen nach politischer Freiheit und Gleichberechtigung (im Sinne der Bourgeoisie) vollständig zu verdrängen.

Der Imperialismus und der für ihn charakteristische Kolonialismus und Neokolonialismus stoßen mit dem Befreiungskampf der kolonialen und abhängigen Völker zusammen, mit ihrem Streben nach politischer und ökonomischer Unabhängigkeit von den imperialistischen Monopolen. Die antiimperialistische nationale Befreiungsbewegung ist eine demokratische Bewegung, weil sie die breitesten Massen der Bevölkerung in den politischen Kampf führt. Außerdem nehmen in den Grundfragen der internationalen Beziehungen solche Entwicklungsländer zumeist demokratische, antikolonialistische und antiimperialistische Positionen ein. Einen noch größeren Faktor der Demo-[36]kratie stellen jene jungen Staaten dar, die den Weg radikaler progressiver Umgestaltungen betreten und den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg gewählt haben.

Die Arbeiterklasse und die nichtproletarischen werktätigen Massen, die die Träger demokratischer Ideen sind, behindern die imperialistische Reaktion, ihre Politik durchzuführen. Das Proletariat und die anderen Werktätigen verteidigen nicht die *bürgerliche* Demokratie als Ganzes, mit allen ihren Schwächen, mit ihrer Heuchelei und Inkonsequenz. Sie verteidigen die demokratischen Rechte und Freiheiten, die von den Werktätigen errungen wurden und die zu Fesseln für die reaktionären monopolistischen Gruppierungen geworden sind. Mehr noch, die Arbeiterklasse kämpft nicht nur für die Erhaltung, sondern auch für die Erweiterung der Rechte und Freiheiten, wobei sie in diesem Kampf Verbündete gewinnt: die nichtproletarischen werktätigen Schichten, die progressive demokratische Intelligenz und schließlich einzelne Gruppen der Bourgeoisie selbst, nämlich viele kleine und einen Teil der mittleren Unternehmer, die unter dem ökonomischen und politischen Druck der Monopole leiden. Die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse gehen weit über den engen Rahmen der bürgerlichen Demokratie hinaus.

Fundamentale Unterstützung finden die demokratischen Bewegungen der Gegenwart in den Staaten der sozialistischen Staatengemeinschaft. Diese verteidigen die Demokratie und die Gesetzlichkeit in den internationalen und zwischenstaatlichen Beziehungen. Sie demonstrieren die großen Vorzüge und Errungenschaften der sozialistischen Demokratie. Sie unterstützen alle demokratischen Kräfte innerhalb des imperialistischen Lagers, vor allem die konsequentesten Demokraten: die Kommunisten und die von ihnen geführten Klassen und sozialen Gruppen.

Die größte demokratische Bewegung der Gegenwart³⁰ ist die Weltfriedensbewegung. Obgleich sie eine „parteilose“ Bewegung im buchstäblichen Sinne des Wortes ist, ist der Kampf um den Frieden keine unpolitische Bewegung. Ihr Wesen besteht in der Einbeziehung breiter Volksmassen zur Lösung von Fragen des Krieges und Friedens. Sie ist folglich undenkbar ohne Einflußnahme der Völker auf die Außen- und Innenpolitik der herrschenden Ausbeuterklassen, der bürgerlichen Parteien und Regierungen.

Die Frage Krieg oder Frieden ist eine politische Frage. Deshalb ist auch der Kampf um den Frieden, gegen imperialistische Kriege die breiteste politische Bewegung der Gegenwart.

²⁷ Lenin, Werke, Bd. 23, S. 36.

²⁸ Vgl. ebenda, S. 43.

²⁹ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 24, S. 466.

³⁰ „Die Demokratie kommt am stärksten in der Grundfrage Krieg und Frieden zum Ausdruck.“ (Lenin, Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 309.

Bei der Verwirklichung des Friedensprogramms, das von der [37] Kommunistischen Partei der Sowjetunion erarbeitet worden ist, ist auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen eine grundlegende Wende vom „kalten Krieg“ zur Entspannung und zur Respektierung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz zwischen den sozialistischen und den kapitalistischen Staaten erzielt worden. „Kraft und Friedenspolitik der Sowjetunion haben entscheidend zur Herausbildung einer neuen Weltlage geführt.“³¹ Die Realisierung des Friedensprogramms, die Erfolge der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Staaten, die Vertiefung der Entspannung in den internationalen Beziehungen – all dies sind Faktoren der Demokratie.

Die gegenwärtige Epoche wird dadurch charakterisiert, daß die Volksmassen des gesamten kapitalistischen Systems in bisher nicht gekanntem Umfang in den politischen Kampf einbezogen werden, dessen Ziel größere demokratische Freiheiten und ein größerer Einfluß auf die Ausarbeitung und Durchführung der Staatspolitik ist.

All diese Faktoren bedingten, daß, ungeachtet dessen, daß die herrschende Klasse in den kapitalistischen Ländern ihr reaktionäres Wesen deutlicher offenbart, im allgemeinen und insgesamt die politische Atmosphäre in der Welt durch eine Entwicklung nach links charakterisiert wird. Neben klassenmäßigen Faktoren wird dieser Prozeß auch durch den kulturellen Fortschritt der Menschheit und die wissenschaftlich-technische Revolution bestimmt.

Gleichzeitig wird offensichtlich, daß der Übergang zur wirklichen Demokratie nicht auf evolutionärem Wege realisiert werden kann: dazu war und ist die revolutionäre Beseitigung des Kapitalismus und eine grundlegende Änderung der politischen und staatlichen Macht notwendig. Die Entwicklungsdialektik des politischen Regimes des Kapitalismus ist so beschaffen, daß die demokratische Tendenz entweder durch eine zeitweilige Niederlage der progressiven Kräfte und durch den Übergang zur offenen Reaktion aufgehalten wird oder sich – letztendlich ist das unvermeidlich – in der sozialistischen Revolution und mit der Ablösung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische Demokratie durchsetzt. „Und das kann nicht anders sein, solange der Kapitalismus sich behauptet, da die Entwicklung des Demokratismus den Klassenkampf ... nicht abschwächt, sondern verschärft.“³²

Die politische Atmosphäre des gegenwärtigen Kapitalismus kann nicht eindeutig bewertet werden. Man muß die widersprüchlichen Tendenzen beachten. Imperialismus bedeutet Herrschaft der reaktionären Monopolbourgeoisie (in allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens), einer Bourgeoisie, der jegliche Freiheitsliebe – sogar im be-[38]grenzten bürgerlichen Sinne – fremd ist. Hieraus resultiert das Streben der herrschenden Klasse zur Reaktion auf der ganzen Linie, zur Verletzung der Demokratie und der demokratisch-bürgerlichen Gesetzlichkeit. Gleichzeitig ist der Imperialismus jedoch nicht nur das höchste und letzte Stadium der Herrschaft der Bourgeoisie auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet, sondern das höchste und letzte Stadium in der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt, das heißt auch hinsichtlich der Entwicklung (in den Grenzen des Kapitalismus) der unterdrückten Klassen, ihres Kampfes, ihrer Organisiertheit und Bewußtheit. Diese Situation führt zur Verschärfung des Antagonismus zwischen der Tendenz zur Reaktion und den demokratischen Bestrebungen der Werktätigen.³³

„Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere verwandelt die Demokratie in eine Illusion – und zugleich erzeugt der Kapitalismus demokratische Bestrebungen in den Massen, schafft er demokratische Einrichtungen, verschärft er den Antagonismus zwischen dem die Demokratie negierenden Imperialismus und den zur Demokratie strebenden Massen.“³⁴ Natürlich ist diese Situation sowohl schwierig als auch widersprüchlich.

Der Kapitalismus überhaupt und der Imperialismus insbesondere ist eine Gesellschaftsordnung, die durch die Unterdrückung von Milliarden gekennzeichnet ist, eine in höchster Form labile Ordnung (diese Labilität, Ungleichmäßigkeit und „Konfliktgeladenheit“ schließt jedoch Eroberungskriege ein,

³¹ E. Honecker, Rede auf dem XXV. Parteitag der KPdSU, in: „Neues Deutschland“ vom 26. Februar 1976, S. 1.

³² Lenin, Werke, Bd. 28, S. 477.

³³ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 23, S. 41-47.

³⁴ Ebenda, S. 14.

vermag Katastrophen für die Werktätigen hervorzurufen). Aber nur ein „Utopist ... kann sich darüber hinwegsetzen, daß gerade die ‚Labilität‘ des Kapitalismus ein gewaltiger progressiver Faktor ist, der die gesellschaftliche Entwicklung beschleunigt, immer breitere Bevölkerungsmassen in den Strudel des gesellschaftlichen Lebens zieht und sie zwingt, ... ‚ihr Glück zu schmieden‘“.³⁵ In diesem Sinne erzeugte die höchste Phase des Kapitalismus nicht nur Weltkriege und Faschismus, sie wurde auch gleichzeitig zum Vorabend und zur Epoche proletarischer Revolutionen. Dabei ist äußerst wichtig hervorzuheben, daß die Erringung von früher nicht gekannten Rechten und Freiheiten durch das Proletariat, die Beseitigung von für das vergangene Jahrhundert typischen halbfeudalen Regimen in allen entwickelten Ländern, der Zerfall des Kolonialsystems, das in der Vergangenheit unerschütterlich schien, Ergebnisse nicht nur des Kampfes der Werktätigen innerhalb des bürgerlichen Systems selbst, sondern auch das Ergebnis des Hinüberwachsens des Imperialismus in die Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im Weltmaßstab sind.

[39] Wichtigster Faktor für die Vertiefung demokratischer Tendenzen in der gegenwärtigen kapitalistischen Gesellschaft ist die Entwicklung der Arbeiterklasse; ihre politisch-moralische Autorität hat sich in der Gesellschaft ganz wesentlich erhöht. Dies ist auch die Basis für eine weitere grundlegende Demokratisierung aller Seiten des gesellschaftlichen Lebens.

Im Kampf um die Erweiterung der Demokratie nutzen die progressiven Kräfte auch den widersprüchlichen Charakter der bürgerlichen Demokratie selbst aus: sie ist nicht nur eine Form der kapitalistischen Diktatur, sondern auch (im Vergleich zu den offen terroristischen Regimen) ein für die Werktätigen relativ vorteilhaftes Feld des Kampfes gegen die Bourgeoisie.³⁶ Unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus erweitert sich dieses Feld in verschiedener Hinsicht.

Lenin lehrte, daß man nicht die „dem Imperialismus im allgemeinen und dem Opportunismus im besonderen entgegenwirkenden Kräfte“ vergessen darf.³⁷ Aber diese Kräfte führen einen Kampf gegen die kapitalistische Reaktion, bei dem sie nicht nur außerparlamentarische Formen des Kampfes, die am meisten die Massen ergreifen, nicht nur die traditionellen Möglichkeiten der parlamentarischen Tribüne ausnutzen, sondern auch in das „Allerheiligste“ der Bourgeoisie, in deren Staatsapparat, eindringen und auch ihn in eine Arena des Klassenkampfes verwandeln. So wenden auch die Staatsangestellten, manchmal sogar die unteren Ränge der Polizei, in zunehmendem Maße proletarische Kampfformen, zum Beispiel Streiks, an.

Die teilweise Einbeziehung der werktätigen Intelligenz in die staatliche Verwaltungstätigkeit – obgleich nicht in den höchsten Etagen des Staatsmechanismus – und deren Annäherung an die Arbeiterklasse, die Proletarisierung der unteren und mittleren Angestellten führen zur Erweiterung der Möglichkeiten der Werktätigen, den bürgerlichen Staat als wichtiges Feld des Klassenkampfes auszunutzen.

Angesichts dieser Entwicklung sind verfassungsrechtliche Bestimmungen, die den Staatsangestellten untersagen, sich politisch zu betätigen, wie sie in einer Reihe von Ländern wirksam sind (England, Japan u. a.), nicht nur ein Propagandatricks (Maskierung der Klassen des Staatsapparates), sondern auch eine Methode, das Anwachsen der gesellschaftlichen Aktivität der unteren Schichten der Angestellten zu behindern.

Die äußerst widersprüchliche Entwicklung des politischen Lebens im gegenwärtigen Imperialismus führt, wie bereits erwähnt, zu einer Situation, in der zwei Tendenzen aufeinandertreffen: die anti-demo-[40]kratische Tendenz des Anwachsens der Macht der Finanzoligarchie über das Leben der Gesellschaft und die demokratische Tendenz der Teilnahme immer breiterer Schichten des Volkes am politischen Leben.

³⁵ Lenin, Werke, Bd. 2, Berlin 1966, S. 211. – Deswegen hat Lenin, als er den Imperialismus als Unterdrückungs- und Antivolkordnung entlarvte, gleichzeitig hervorgehoben, daß der Sozialismus bereits jetzt „durch alle Fenster des modernen Kapitalismus“ auf uns schaut. (Lenin, Werke, Bd. 25, S. 370).

³⁶ Vgl. MEW, Bd. 7, S. 42 f.; Lenin, Werke, Bd. 25, S. 458 f.

³⁷ Lenin, Werke, Bd. 22, S. 286.

Unter diesen Bedingungen bemüht sich die herrschende Klasse, ohne sich auf die Verzerrung und Entmündigung der demokratischen Elemente der offiziellen politischen Institutionen zu beschränken, eine Pseudodemokratie zu schaffen und schafft diese auch, in der die demokratischen Elemente sozusagen ins Gegenteil verkehrt werden.

Anschauliches Beispiel dafür sind die Wahlkampagnen. In ihnen aktivieren die bürgerlichen Parteien scheinbar die politische Tätigkeit der Bevölkerung, wobei sie unter anderen auch die staatlichen Informationsmittel einsetzen. Aber in Wirklichkeit sind sie bestrebt, die Bevölkerung zum Statisten im politischen Spiel der herrschenden Klasse zu machen. Analoge Ziele verfolgt die bürgerliche Presse mit ihren den Spießbürger erregenden politischen Sensationen. Sie beschäftigt sich mit der Fabrikation einer für die Macht der Besitzenden vorteilhaften „öffentlichen Meinung“, die entweder nur geringe Ähnlichkeit mit einer echten Willenserklärung des Volkes hat oder deren direkte Verfälschung ist.

Der bürgerlichen Pseudodemokratie ähnlich ist auch jenes System ideologischer Mythen, das auf die Verdummung der Massen und die Abstumpfung ihres gesellschaftlichen Bewußtseins zugeschnitten ist. Kürzer gesagt, „die Bourgeoisie möchte, daß das politische Leben auf den Kampf zwischen den verschiedenen Gruppen von Besitzenden beschränkt bleibt und nicht zu einem Kampf zwischen den Besitzenden und den Nichtbesitzenden erweitert wird“.³⁸

Die Arbeiterklasse jedoch und die von ihr geführten werktätigen Massen vertreten im gesellschafts-politischen Leben immer klarer ihre eigenen Ziele. Das politische Regime der heutigen bürgerlichen Gesellschaft beschränkt sich schon nicht mehr lediglich auf das staatliche Regime. Gegenwärtig ist das politische Regime eine eigenartige Resultante sich einander bekämpfender Tendenzen, nämlich des Angriffs der imperialistischen Reaktion und des sich verstärkenden Kampfes des werktätigen Volkes, aller linken progressiven Kräfte, vor allem der bewußtesten Schichten der Arbeiterklasse, für die radikale Ausweitung und Erneuerung der Demokratie auf einer neuen sozialen, ökonomischen und politischen Grundlage.

Im Verlauf der einheitlichen antimonopolistischen und antiimperialistischen Aktionen werden günstige Voraussetzungen für ein Bündnis aller demokratischen Strömungen geschaffen, das fähig ist, auf [41] entscheidende Weise die Rolle der Monopole in der Wirtschaft des Landes zu begrenzen und auf dieser Grundlage der politischen Macht des Großkapitals ein Ende zu setzen. Dadurch können grundlegende politische und ökonomische Umgestaltungen für die Fortsetzung des Kampfes um den Sozialismus gesichert werden.

„Die Hauptkraft dieses demokratischen Bündnisses ist die Arbeiterklasse. Die Erreichung dieser Ziele wird vor allem gefördert durch machtvolle Massenaktionen der Arbeiterklasse und breitester Volksmassen, die in verschiedenen Formen verwirklicht werden. Die Kommunisten, die alle Möglichkeiten parlamentarischer Tätigkeit ausnutzen, unterstreichen gleichzeitig, daß die Entfaltung der Massenbewegung der Arbeiterklasse und aller Werktätigen das Entscheidende im Kampf für Demokratie und Sozialismus ist.“³⁹

6. Die Instabilität des politischen Systems des Imperialismus

Wie ist der gegenwärtige Zustand des politischen Systems des Kapitalismus insgesamt zu bewerten?

Diese Frage ist recht schwierig zu beantworten, da das allgemeine Bild des politischen Lebens des nichtsozialistischen Teils der gegenwärtigen Welt äußerst kompliziert ist. Tatsächlich nehmen am Leben der Menschheit, an der Lösung ihres Schicksals jetzt Länder, Völker und Staaten aktiven Anteil, die sich auf den unterschiedlichsten historischen Entwicklungsstufen befinden, angefangen von vorkapitalistischen Lebensformen bis zum Stadium des hochentwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus. Die Buntheit der ökonomischen und sozial-klassenmäßigen Strukturen, der ethnischen Zusammensetzung, der Beziehungen zwischen den Klassen, der sozialen Orientierungen und Typen des gesellschaftlich-politischen Bewußtseins – diese und eine Vielzahl anderer Faktoren schaffen ein sehr verwirrendes Bild des politischen Lebens und der politischen Systeme.

³⁸ Herbert Aptheker, Über die Natur der Demokratie, der Freiheit und der Revolution, Moskau 1970, S. 32 f.

³⁹ Internationale Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien. Moskau 1969, Berlin 1969, S. 31 f.

Gleichzeitig kann man und muß man bestimmte stabile und typische Züge definieren. Ein solcher wesentlicher Charakterzug für alle Sphären des gesellschaftlichen Lebens der kapitalistischen Gesellschaft ist deren Instabilität.

Allein die einfache Aufzählung der „Plagen“, die auf die „freie Welt“ herabgestürzt sind, schafft ein sehr eindrucksvolles Bild.

Die Weltpresse – die marxistische, nichtmarxistische und auch die antimarxistische – ist voll von Materialien über jene „Kaskade von Krisen“, die die „Konsumgesellschaft“ heimgesucht hat.

[42] Dazu gehören: die Wirtschafts-, Energie- und Rohstoffkrisen, die Währungs- und Finanzkrisen, die Ökologie-, Lebensmittel- und Demographie-Krisen. Ergebnis all dieser Krisen ist eine allgemeine „Krise des Vertrauens“, das heißt das Anwachsen des Mißtrauens der Massen gegenüber dem Gesellschaftssystem, seiner ökonomischen und staatlichen Organisation, gegenüber dem herrschenden System geistiger Werte und sozialer Orientierungspunkte.

Die Labilität des Kapitalismus hat ein globales Ausmaß und einen universellen Charakter angenommen. Global insofern, als die sozialen Erschütterungen an keinem einzigen Land vorübergegangen sind, universell deshalb, weil sich, beginnend am empfindlichsten Punkt des gesellschaftlichen Organismus (für die einen Länder ist dies das Energieproblem, für andere das Rassen- oder Religionsproblem, für dritte die eigentlich politische Sphäre), die Instabilität, die Konflikte und Erschütterungen heute auf alle Gebiete der gesellschaftlichen Lebenstätigkeit des Kapitalismus erstrecken.

Es versteht sich, daß die sozialen Katastrophen in vollem Maße auf das politische System, die staatliche Organisation, die Machtinstitutionen und die Leitungsorgane einwirken – ist noch gerade der Staat, nach einem bildhaften Ausdruck von Marx, ein Inhaltsverzeichnis der praktischen Kämpfe der Menschheit⁴⁰.

Einen besonderen Sinn erhält dieses Urteil unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus deshalb, weil der Staat, der sich an die gegenwärtige Epoche anzupassen sucht, zu einem der Hauptinstrumente dieser Anpassung geworden ist. Die Regulierung der Wirtschaft, der Sozialgesetzgebung, die Finanzierung der entscheidenden wissenschaftlichen Programme, die außenpolitische Tätigkeit unter den Bedingungen der Existenz zweier Gesellschaftssysteme, die staatsmonopolistische internationale Integration und andere vielfältige Maßnahmen, die das umfassen, was die Marxisten die Anpassung des staatsmonopolistischen Kapitalismus an das neue internationale Kräfteverhältnis und die wissenschaftlich-technische Revolution nennen – all dies sind in erster Linie (unmittelbar oder zumindest mittelbar) staatliche Maßnahmen.

Erschütterungen in der staatlich-politischen Sphäre sind deshalb für das kapitalistische System als Ganzes besonders schmerzhaft und gefährlich. Sie bedrohen seine lebenswichtigen Zentren.

Worin liegen die unmittelbaren Ursachen für die soziale und politische Labilität des Kapitalismus?

Bei allem Unterschied der Situationen in den konkreten Ländern und Regionen sind der allgemeine und hauptsächliche Grund soziale [43] Konflikte. Diesen liegt der Antagonismus zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie zugrunde. Diese Grundwahrheit des Marxismus muß man angesichts der ununterbrochenen Versuche der bürgerlichen sozialreformistischen und opportunistischen Propaganda, sie zu widerlegen, immer aufs neue wiederholen.

Sowohl die konservativen als auch die liberalen Kritiker des Marxismus stimmen in einem überein: der Kapitalismus mit seinem Klassenkampf ist angeblich überwunden (oder wird gerade überwunden), und die „industrielle“ oder sogar „postindustrielle“ Gesellschaft ist vollkommen lebensfähig. Zumindest in den letzten zwanzig Jahren war dies das Leitmotiv bürgerlicher Interpretationen des gegenwärtigen staatsmonopolistischen Kapitalismus. Aber jetzt, so sieht es jedenfalls aus, ahnt auch im Milieu bürgerlicher Politologie so mancher, daß der Kapitalismus mit allen seinen Fehlern auch heute noch existiert und daß seine Krankheiten unheilbar sind.

⁴⁰ Vgl. MEW, Bd. 1, Berlin 1976, S. 345.

Die gegenwärtige Etappe seiner Krise und das Anwachsen der Labilität sind das sicherste Zeichen dafür, daß sich die allgemeine Krise des Kapitalismus fortsetzt und daß sie im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsformation objektiv nicht zu beseitigen ist.

Das Anwachsen der Labilität demonstriert äußerst deutlich auch die Begrenztheit und sogar den reversiblen Charakter jener reformistischen Potenzen, die der monopolistische Staatskapitalismus nach der großen Krise der Jahre 1929 bis 1933, aber auch in der Nachkriegsperiode an den Tag legte. Die Krise verschärft sich durch das offensichtliche Streben der regierenden Finanz- und Industriegruppen, sich auf Kosten der Werktätigen aus der Affäre zu ziehen und alle Lasten der heutigen Wirtschafts- und Finanzkrise auf diese abzuwälzen.

Das ist, auf eine knappe Formel gebracht, die gegenwärtige Situation des staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Hinsichtlich des eigentlichen staatspolitischen Gebietes bestehen die Quellen der Instabilität in der zunehmenden Unfähigkeit des bürgerlichen politischen Systems (des Staates, der bürgerlichen Parteien, der bürgerlichen politischen Vereinigungen, einschließlich der Unternehmerverbände), die gesellschaftlichen Angelegenheiten effektiv und rationell zu leiten. Dies äußert sich im Anwachsen der Divergenzen zwischen dem objektiven Verlauf der gesellschaftlichen Entwicklung und jener Richtung, die ihr die Monopole und deren Staat zu geben bestrebt sind. Es wird versucht, die allgemeine soziale Labilität, die politischen Spannungen und die objektiven Antagonismen mit Hilfe organisatorischer Maßnahmen zu überwinden. So können diese Maß-[44]nahmen die unheilbar kranke kapitalistische Gesellschaft nicht retten, allenfalls deren Leben verlängern.

Die bürgerlichen Staaten sind, gemeinsam oder einzeln, noch fähig, diese oder jene „Teilkrise“ (zum Beispiel die Energiekrise) zeitweise zu mildern. Die Ursachen, die eine ganze Kette von Krisen hervorgerufen haben, können jedoch nicht beseitigt werden, ohne die kapitalistische Gesellschaft zu beseitigen.

Die letzten Jahre zeigten den äußerst widersprüchlichen Charakter der politischen Veränderungen in den verschiedenen Ländern und Regionen des nichtsozialistischen Teils der Welt. Es genügt, Portugal, Äthiopien und Griechenland auf der einen und Chile auf der anderen Seite zu nennen. Wodurch aber erklärt sich diese unterschiedliche Richtung der politischen Entwicklung?

Es ist offensichtlich, daß die genannten Ereignisse Ausdruck des durch den Marxismus-Leninismus formulierten Gesetzes der Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus sind.

Es ist bekannt, daß sich diese Ungleichmäßigkeit unter den Bedingungen des Imperialismus verschärft und den Charakter von Sprüngen, Konflikten und Erschütterungen angenommen hat. Lenin nannte die Ungleichmäßigkeit der ökonomischen und politischen Entwicklung ein „unbedingtes Gesetz des Kapitalismus“.⁴¹ In den seitdem vergangenen 60 Jahren hat sich der Monopolkapitalismus nicht von dieser befreit, obwohl er nicht geringe Erfahrungen gesammelt hat, ihr partiell entgegenzuwirken.

Andererseits verengte die Entwicklung des Sozialismus zum Weltsystem das Manövriertfeld des Imperialismus und verschärfte folglich seine allgemeine Krise und natürlich auch die Ungleichmäßigkeit der politischen Entwicklung.

Die politische (wie auch die ökonomische) Ungleichmäßigkeit verstärkt ihrerseits die Labilität des Kapitalismus als System und untergräbt seine sozialen Stützen. Die politische Ungleichmäßigkeit äußerte sich im monopolistischen Stadium am deutlichsten in den Perioden siegreicher sozialistischer Revolutionen (vor allem in der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und später in den volksdemokratischen Revolutionen einer Reihe von Ländern). Sie äußerte sich weiterhin in den Jahren der stürmischen Entkolonialisierung und des Zerfalls der imperialistischen Kolonialepoche. Aber ihre Wirkung ist auch heute unter den Bedingungen einer verhältnismäßig „günstigen“ Existenzweise des Kapitalismus unübersehbar.

⁴¹ Lenin, Werke, Bd. 21, Berlin 1972, S. 345.

Ohne auf strenge Folgerichtigkeit oder gar auf eine erschöpfende [45] Charakteristik Anspruch zu erheben (denn diese Frage bedarf weiterer Diskussionen), sollen hier einige Erscheinungsformen der politischen Ungleichmäßigkeit der bürgerlichen Gesellschaft von heute genannt werden. Bemerkenswert ist die Unbeständigkeit des „Tempos“ der politischen Entwicklung des Kapitalismus insgesamt.

Wir erinnern zum Beispiel an den stürmischen Aufschwung der demokratischen Bewegungen in den Jahren 1945 bis 1947; denen „ruhigere“ Jahre folgten. Zu beachten sind die Unterschiede und die Nichtübereinstimmung dieses Tempos in den europäischen, nordamerikanischen und asiatischen (Japan, die Philippinen und andere) Regionen wie auch der Wechsel dieses Tempos in jedem einzelnen entwickelten kapitalistischen Land (zum Beispiel in den USA im Zusammenhang mit dem Krieg in Vietnam).

Man darf auch die von Zeit zu Zeit deutlich werdende Ungleichmäßigkeit der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung (obgleich letztere die erste letztendlich determiniert) nicht vergessen. Es kam zu revolutionären Eruptionen bei einem scheinbar gewöhnlichen, „normalen“ Verlauf der ökonomischen Prozesse. Derartige Ausbrüche begannen beispielsweise als Demonstrationen der Jugend (zum Beispiel Frankreich im Jahre 1968) oder als religiöse Konflikte (in Nordirland in den Jahren 1970 bis 1972). Ihrem Wesen nach waren sie jedoch die Widerspiegelung der allgemeinen nationalen Krise und der des sich verschärfenden *Klassenkampfes*.

Äußerst bemerkenswert ist gegenwärtig eine wachsende Rolle internationaler Faktoren bei der Bestimmung der politischen Situation innerhalb dieses oder jenes Landes. Unter dem Einfluß internationaler Konflikte, „lokaler“ Aggressionen usw. kommt es zu abrupten Veränderungen der inneren Situation. Im kapitalistischen Weltssystem gehört das Ausbrechen der Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten keineswegs der Vergangenheit an: zwischen den zwischenstaatlichen Gruppierungen und den „Outsidern“, innerhalb der integrierten Gruppierungen (zum Beispiel innerhalb der NATO zwischen Griechenland und der Türkei), zwischen den großen und den kleinen Ländern, den „führenden“ und den „geführten“. Offensichtlich ist auch die Nichtübereinstimmung des Tempos der innerstaatlichen Zentralisation, aber auch der Internationalisierung und besonders der internationalen staatsmonopolistischen Integration (auf dem Gebiet der Wirtschaft, der politischen Strategie, der Leitungsorgane usw.) einerseits und die Entwicklung des politischen Bewußtseins und des nationalen Selbstbewußtseins der Völker andererseits. Daher spitzen sich die internationalen Widersprüche zu, und nationale Bewegungen erfahren in Ländern einen Aufschwung, die scheinbar schon längst die nationale Frage gelöst hatten (zum Beispiel die Anglo- und die Frankokanadier in Kanada, die Flamen und Wallonen in Belgien, die Basken in Spanien).

Einer der kardinalen Prozesse im politischen Leben ist der heftige Zusammenstoß zweier entgegengesetzter Tendenzen, nämlich der reaktionären Bestrebungen der herrschenden Kreise und der allgemindemokratischen Bewegung der Massen, wobei beide Tendenzen zunehmen.

7. Widersprüchlichkeit und Grenzen der Versuche zur Herrschaftsstabilisierung

Es versteht sich, daß all diese Dinge die herrschende Klasse nicht gleichgültig lassen. Reformen verändern den Machtmechanismus der Monopole (auf die Angleichung des politischen Systems an die Erfordernisse der Machtausübung durch die Monopole auf dem Wege ihres Zusammenwachsens mit dem Staatsmechanismus und der autoritären Entartung der bürgerlichen Demokratie wurde bereits verwiesen). Jetzt ist man bestrebt, den Machtapparat auch mit Hilfe eines Komplexes anderer, neuer Mittel zu vervollkommen, die durch die wissenschaftlich-technische Revolution geschaffen worden sind.

Eines dieser Mittel ist der Ausbau des Leitungsapparates, die weitere Differenzierung der Funktionen seiner einzelnen Glieder, aber auch die Verstärkung der Kooperation zwischen ihnen. Die Erweiterung des Staatsapparates und die Schaffung neuer Organe wird so ,durch die Tendenz zur Kooperation und Koordination ihrer Tätigkeit ergänzt. Dies führt zu einer eigenartigen Integration der Machtbefugnisse der verschiedenen Institutionen. Neben den speziellen Organen der ökonomischen Regulierung wirken auf die Ökonomie zum Beispiel folgende Behörden ein: andere administrative

Einrichtungen; das Parlament und – im verstärkten Maße – der Repressiv- und Militärapparat. Andererseits werden strafrechtliche Aufgaben nicht nur vom Justizapparat, sondern auch von anderen Institutionen und sogar durch parlamentarische Organe (über die antidemokratische Gesetzgebung, die „Betriebsjustiz“, über die Untersuchungstätigkeit parlamentarischer Kommissionen und dergleichen mehr) ausgeübt.

Weiterhin nutzt die herrschende Oligarchie bestimmte Errungenschaften des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, um die Orga-[47]nisation und das Funktionieren des Staatsmechanismus zu verbessern. Zum Beispiel dient die Operationsforschung heute nicht nur als Entscheidungshilfe in der Welt des „Big business“. Sie gehört auch zur täglichen Praxis bei der Beschlußfassung auf staatlicher Ebene. Wissenschaftliche Einrichtungen werden so zu Bestandteilen der Leitungsstruktur sowohl der „Wirtschaft“ als auch der Regierung. Deshalb wächst in allen entwickelten Ländern des Kapitalismus kolossal die Rolle der wissenschaftlichen Intelligenz.⁴²

In diesem Zusammenhang muß man eine weitere Aufgabe nennen, die das bürgerliche politische System übernimmt, um die herrschende Klasse zu konsolidieren. Sie besteht in der Formung einer politischen „Verwaltungselite“, die im großen und ganzen im Interesse der herrschenden Oligarchie arbeitet und sich im Rahmen der Arbeitsteilung mit der unmittelbaren Führung der allgemeinen „politischen Angelegenheiten“ der imperialistischen Bourgeoisie beschäftigt. Die Schlüsselpositionen nehmen in ihr die Vertreter des „Big business“, ihre Manager, hochgestellte Militärs und Politiker ein.⁴³ Es gibt unter ihnen auch Abkömmlinge werktätiger Schichten, die durch sorgfältige Auswahl, Ausbildung und Erziehung in die Reihen der bürgerlichen Beamtenschaft gelangen und eine Politik zum Nutzen der herrschenden Klassen unterstützen.

Die bürgerlich-demokratischen Einrichtungen werden zur Stabilisierung des politischen Systems, zur Stärkung seiner Widerstandsfähigkeit und zur Verklärung der volksfeindlichen Machtverhältnisse ausgenutzt. Die herrschende Oligarchie bemüht sich so, dem objektiven Prozeß der Verengung ihrer sozialen Basis entgegenzuwirken.

Diesem Zweck dienen auch die in der politischen Praxis des Imperialismus entwickelten Formen indirekter Herrschaft der besitzenden Klasse wie das Herrschen mit Hilfe „bürgerlicher Arbeiterparteien“ (Lenin). In Westeuropa wurde zum Beispiel die Übernahme der Regierung durch sozialdemokratische Parteien (abwechselnd mit konstruktiv bürgerlichen Parteien oder in Koalition mit diesen) zu einer Art Norm des politischen Lebens des Staates, zu einer Form der Diktatur des Monopolkapitals. Dabei behalten die herrschenden Gruppen, da sie den rechtssozialistischen Parteien die Führung des Landes nicht völlig zutrauen, bestimmte Hauptmachtinstrumente (die Streitkräfte, das Beamtentum und die „Ordnungskräfte“) letzten Endes in ihren Händen.

Eine Erscheinungsform tiefer Widersprüchlichkeit der bürgerlich-demokratischen Institutionen in der gegenwärtigen Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus betrifft das Parlament. So sind die [48] Monopole bestrebt, das Parlament zu „entmachten“, aber die Logik des politischen Lebens verhindert die vollständige und allgemeine Realisierung derartiger Bestrebungen. Mehr noch, die Ereignisse der vergangenen Jahre zeigten ein bestimmtes Anwachsen der politischen Rolle der Parlamente in einer Reihe von Ländern (BRD, USA), obwohl die realen Leitungshebel wie früher der Exekutive zur Verfügung stehen.

Die kapitalistischen Staaten stimulieren nicht nur innerhalb bestimmter Grenzen und in den für die Monopole vorteilhaften Richtungen die wissenschaftlich-technische Entwicklung, sondern treten auch selbst als führende „Verbraucher“ wissenschaftlicher Errungenschaften auf. Der bürgerliche

⁴² Probleme der Arbeiterbewegung, Moskau 1968, S. 240. – Über den Mechanismus der wissenschaftlichen Ausarbeitung der politischen Linie des bürgerlichen Staates siehe: „USA“, Nr. 4/1970, S. 25.

⁴³ Die politische „Elite“ wächst ihrerseits mit den verbürgerlichten Führern der rechten Gewerkschaften und sogar mit den Anführern des organisierten Verbrechertums Zusammen (mit Gangstersyndikaten, Rauschgifthändlern). Die Klaseinheit der herrschenden monopolistischen Gruppierungen und der politischen „Elite“ bedeutet jedoch keineswegs, daß zwischen den konkurrierenden Supermonopolen und innerhalb dieser bzw. zwischen den ökonomisch herrschenden Schichten der Bourgeoisie und der politischen „Elite“ keine Widersprüche vorhanden wären.

Staat rüstet sich gegenwärtig mit einer vom Standpunkt der Wissenschaft aus fortschrittlichen Technik aus, um diese hauptsächlich für sozialreaktionäre Ziele auszunützen.

Die „materiellen Anhängsel“ des Staates (Engels) beeinflussen heutzutage aktiv den Staatsapparat, indem sie in ihm bedeutsame Veränderungen hervorrufen.

Das für den Kapitalismus charakteristische zahlenmäßige Anwachsen des Ausbeuterapparates wird in bestimmtem Maße durch die Mechanisierung und Automatisierung der Verwaltungsarbeit, durch die Einführung neuester elektronischer Datenverarbeitungsanlagen verlangsamt. In der Sprache der politischen Ökonomie heißt dieser Prozeß Anwachsen der organischen Zusammensetzung des Kapitals (der sich in diesem Fall in dem Betrieb, der die Politik „produziert“, das heißt im Staat, vollzieht). Folglich kann man die bekannte Schlußfolgerung über das unvermeidliche Anwachsen des imperialistischen Staatsapparates nicht nur als eine einfache Vergrößerung seiner Mitarbeiter verstehen. Es handelt sich dabei um ein Anwachsen sowohl der lebendigen als auch der vergegenständlichten gesellschaftlichen Arbeit (in Form von Büromaschinen, Computern und dergleichen mehr), die für Verwaltung und Militarisierung aufgewendet wird.

Oben wurde von den grundlegenden „Komponenten“ des Anpassungsprozesses des politischen Systems des staatsmonopolistischen Kapitalismus an die gegenwärtige Situation gesprochen. Welche Ergebnisse hinsichtlich der politischen Stabilisierung des Kapitalismus haben die herrschenden Kreise in den wichtigsten kapitalistischen Ländern vorzuweisen? Will man diese Frage beantworten, muß man die Aufmerksamkeit auf zwei unbestreitbare Seiten der gegenwärtigen politischen Situation in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus richten.

Die erste Seite tritt als zunehmende Labilität des gesamten staats-[49]monopolistischen Systems, einschließlich seines politischen Systems, in Erscheinung. Dafür gibt es eine Vielzahl konkreter Beweise: Wahlen vor Ablauf der Legislaturperiode, das Wüten rechtsextremistischer Organisationen, politische Skandale, ausgedehnte Regierungskrisen, der Fall reaktionärer Regime usw. Alle diese Erscheinungen kann man kurz als „stabile Instabilität“ bezeichnen.

Aber es gibt auch eine andere Seite: ungeachtet zahlreicher Mißerfolge existiert und funktioniert der politische Mechanismus des staatsmonopolistischen Kapitalismus weiterhin. Sein Funktionieren bezieht sich auf die politisch-administrative Sicherung der Lebensfähigkeit des kapitalistischen Systems und der Herrschaft des Monopolkapitalismus über die Gesellschaft.

Tatsächlich kommt der staatspolitische Mechanismus in den wichtigsten kapitalistischen Industrieländern auf diese oder jene Weise mit den Miseren zurecht, die in der letzten Periode auf ihn eingestürzt sind. Zwar haben manche – einzelne Führer, Staatsmänner und einige politische Parteien – Verluste erlitten und wurden zu Opfern dieser Krise, aber das System selbst funktioniert weiterhin.

Anders gesagt, gerade der politische, genauer gesagt, der staatspolitische Mechanismus ist heute der entscheidende Stoßdämpfer, um jene mächtigen Schläge, die auf den Kapitalismus niedergehen, abzufangen. Dieser Mechanismus ist zur Zeit noch fähig, die zerstörerischen Kräfte in bedeutendem Maße zu paralysieren.

Worin besteht die reale Gefahr der Wirtschafts-, Währungs-, Energie- und der übrigen Krisen für die Herrschaft der Monopole? Darin, daß sie Unzufriedenheit unter den Massen hervorrufen, den Willen zum aktiven Schutz ihrer Lebensinteressen, Klassenbewußtsein, Unzufriedenheit mit der existierenden Ordnung und den Willen zum Kampf wecken. Das angestaute moralische und politische Unbehagen äußert sich in massenhaften politischen Aktivitäten, die von den kommunistischen Parteien geleitet werden.

Aber auch die herrschende Klasse ist keineswegs hilflos. Seit Jahrzehnten funktionierende, im politischen Leben fest verankerte Institutionen, wie das bürgerliche Parlament, das Parteiensystem, der Wahlmechanismus und die Organe zur Formung der „öffentlichen Meinung“ (das heißt alle Hebel zur Manipulation der Massen) halten, kombiniert mit repressiven Maßnahmen, den staatsmonopolistischen Kapitalismus lebensfähig.

In den einzelnen Ländern ist die Situation natürlich bei weitem nicht gleich. Dafür gibt es offensichtlich zwei entscheidende Gründe: einerseits die Reife der kommunistischen Parteien, die Organisiert-[50]heit und die Klassenbewußtheit der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte sowie deren realer Einfluß im politischen Leben. Andererseits die noch immer vorhandene Routine, die politische Raffiniertheit der Bourgeoisie, ihre Fähigkeit, sich an die neuen Bedingungen anzupassen, einschließlich des Vermögens, das politische Ansehen historisch überlebter Institutionen aufrechtzuerhalten und für sich zu nutzen. Gleichzeitig ist bemerkenswert, daß in ihrer Rückschrittlichkeit verknöcherte, zur Anpassung unfähige politische Systeme, die sich vollkommen kompromittiert haben, eins nach dem anderen zusammenbrechen (so war es in Griechenland, Portugal und Äthiopien), während in Ländern mit jahrhundertealten Traditionen der bürgerlichen „politischen Kultur“ die sozialen Erschütterungen bisher die Grundlagen des Monopolkapitalismus noch nicht bedrohen.

Hier ist eine höhere Stufe der Bewußtheit, der Organisiertheit und der Einheit aller linken Kräfte erforderlich. Zumindest in Italien und in Frankreich erreichen diese Einheit, Bewußtheit und Organisiertheit ein hohes Niveau. Mehr noch, dort wird im Grunde genommen ein Gleichgewicht der kämpfenden Klassen sichtbar. Aber ein derartiges Gleichgewicht neigt bekanntlich zu abrupten Änderungen. Möglich sind grundlegende demokratische antimonopolistische Umwandlungen oder (was nicht ausgeschlossen ist) ein Abgleiten nach rechts, die Unterdrückung aller demokratischen Bewegungen und die Zerstörung der republikanischen Institutionen.

So ist das politische System des staatsmonopolistischen Kapitalismus zwar erheblich erschüttert, aber bisher noch lebensfähig. Seine „Schutzmechanismen“ sind noch stark. L. I. Breschnew hat im Rechenschaftsbericht des ZK der KPdSU an den XXIV. Parteitag mit Recht hervorgehoben: „Den Kämpfern gegen das kapitalistische Joch steht das letzte, aber mächtigste von allen bisher existenten Ausbeutersystemen gegenüber.“⁴⁴

Die Widersprüchlichkeit und die unterschiedliche Richtung der politischen Veränderungen in den verschiedenen Regionen der nichtsozialistischen Welt heben keineswegs die dominierende Tendenz des wachsenden Einflusses des Sozialismus, der linken, demokratischen und progressiven Kräfte auf das gesamte gesellschaftliche und politische Leben unseres Planeten auf. In der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft, zumindest in jenen Ländern, in denen die Positionen der linken Kräfte stark sind, bildet sich ein politisches System heraus, das den Interessen der herrschenden Klassen oft nicht entspricht (oder nicht vollständig entspricht).

Natürlich nehmen die Monopole und ihre politischen Schützlinge [51] insgesamt in entscheidender Weise auf die bürgerliche Gesellschaft Einfluß und beherrschen diese letztlich. Das entspricht der Natur des Imperialismus. Wir weisen jedoch auf die weitsichtigen Worte Lenins hin, daß es keineswegs Marxismus ist, die „Eigenart der politischen und strategischen Wechselbeziehungen (zu) vergessen und bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit immer wieder das eine auswendig gelernte Wörtchen ‚Imperialismus‘ (zu) wiederholen“.⁴⁵

Anders gesagt, es ist zu beachten, daß das kapitalistische System und sein politischer Überbau jetzt nicht nur funktioniert, indem es sich sozusagen seinen eigenen inneren Gesetzmäßigkeiten unterordnet. Seine Politik (wie auch andere Gebiete) sind einer wachsenden Einwirkung von inneren und internationalen Faktoren mit antikapitalistischer Richtung ausgesetzt.

Daher rührt auch die Komplizierung und Vertiefung der Widersprüchlichkeit des politischen Regimes in den kapitalistischen Ländern. Letztendlich wird die Periode nach der militärischen Zerschlagung des Faschismus und werden besonders die siebziger Jahre (ungeachtet einer Reihe von Teilerfolgen reaktionärer Kräfte in einzelnen Ländern) durch bemerkenswerte Veränderungen nach links im politischen Leben charakterisiert. Merkmale dafür sind der wachsende Einfluß der kommunistischen Parteien und deren Autorität in der Arbeiterklasse, die zunehmende Bewußtheit der Massen, die Zunahme ihrer politischen Aktivität, neue soziale und politisch-rechtliche Erfolge der Werktätigen, die

⁴⁴ XXIV. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Referent: L. I. Breschnew, Moskau/Berlin 1971, S. 24.

⁴⁵ Lenin, Werke, Bd. 23, S. 43.

politisch-moralische Isolation bzw. die Beseitigung offen despotischer Regime, Erfolge bei der Zügelung der Kriegsbrandstifter, die Vertiefung der Entspannung und die Entwicklung der friedlichen Koexistenz von Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme.

Der revolutionäre Prozeß in der Welt untergräbt die politischen Pfeiler des staatsmonopolistischen Kapitalismus, und sein Untergang ist historisch unvermeidlich. „Die Labilität des Kapitalismus wird immer augenfälliger“, unterstrich der XXV. Parteitag der KPdSU. Im Rechenschaftsbericht des ZK an den Parteitag wird gesagt: „Die Kommunisten sind weit davon entfernt, einen ‚automatischen Zusammenbruch‘ des Kapitalismus zu prophezeien. Er verfügt noch über beträchtliche Reserven. Aber die Ereignisse der letzten Jahre bestätigen mit neuem Nachdruck, daß der Kapitalismus eine Gesellschaft ohne Zukunft ist.“⁴⁶

[52]

⁴⁶ XXV. Parteitag der KPdSU, Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU und die nächsten Aufgaben der Partei in der Innen- und Außenpolitik, Berichterstatter: L. I. Breschnew, Berlin 1976, S. 36 f.

BERND P. LÖWE

„System“ und „Handeln“ in der frühen Periode der amerikanischen Politikwissenschaft – Zur theorie- und ideologiegeschichtlichen Bedeutung von Arthur F. Bentley

1. Der politisch-ideologische Ausgangspunkt

Im Jahre 1908 erschien in Chicago von A. F. Bentley die umfangreiche Arbeit „The Process of Government. A Study of Social Pressure“.¹ Zu dieser Zeit hatte Bentley seine wenig erfolgreiche Lehrtätigkeit in Chicago aufgegeben und war als politischer Journalist tätig. Später erlaubten es ihm seine Verhältnisse, sich ganz der Forschung zuzuwenden.² Bentley zeigte sich während seiner Studienzeit wie in den Themen seiner Seminare stark den amerikanischen Traditionen der 70er und 80er Jahre des 18. Jahrhunderts verpflichtet, wo sich republikanische Ideale mit soliden Kenntnissen der politischen Theorien von Locke, Hobbes, Montesquieu und Rousseau verbanden. Dem liberalen Erbe entnahm Bentley vor allem den Gedanken der Ungebundenheit des Bürgers gegenüber der Staatsmacht wie auch die Überzeugung, daß das politisch erfolgreiche Handeln als eine staatsmännische Kunst erlernbar sei. War doch der Enthusiasmus von Adams, des zweiten Präsidenten der USA, noch nicht verflogen, als dieser von der „göttlichen Wissenschaft von der Politik“ sprach.³ Jedoch waren diese Traditionen bereits von der Gegenwart überschattet. Die republikanische Verfassung war nicht erst mit dem heraufziehenden Monopolkapitalismus in ihrem bürgerlich-demokratischen Inhalt abgeschwächt und durch diverse Maßnahmen den Interessen der Bourgeoisie angepaßt worden.⁴ Der abstrakte Idealismus der Gründungsväter des Amerika der Neuzeit wurde von der Macht des Profitgesetzes ausgehöhlt. War doch in der Unabhängigkeitserklärung von 1776 in Philadelphia noch verkündet worden: „Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich daß alle Menschen ... gleich geschaffen sind; daß sie mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind; daß dazu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück gehören; daß zur Sicherung dieser Rechte Regierungen unter den Menschen eingesetzt werden, die ihre rechtmäßige Macht aus der Zustimmung der Regierten herleiten.“⁵

[53] Die progressiven Ideen der bürgerlichen Aufklärung in England und Frankreich, die das politische Denken in den USA noch vor 200 Jahren einen revolutionären Hauch atmen ließen, gerieten im Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen den Unionisten und den Konföderierten an den Rand des politischen Alltags. Denn mit dem Sieg der Nordstaaten im Bürgerkrieg von 1861 bis 1865 waren die politisch-staatlichen Voraussetzungen geschaffen, daß sich das kapitalistische System der Lohnarbeit im wesentlichen ungehindert ausbreiten konnte. Die objektive historische Entwicklung setzte die Bourgeoisie an einen Platz in der Geschichte, von wo aus sie gezwungen war, mit dem kaum 100 Jahre zurückliegenden Recht des Volkes auf Revolution zu brechen. Denn in der Unabhängigkeitserklärung war noch verheißungsvoll verkündet worden: In dem Falle, daß eine Regierung sich für die Verwirklichung der „unveräußerlichen Rechte“ wie Gleichheit, Gerechtigkeit, Freiheit und Glück „als schädlich erweist“, ist „es das Recht des Volkes“, diese Regierung „zu ändern oder abzuschaffen und eine neue Regierung einzusetzen und sie auf solchen Grundsätzen aufzubauen ..., wie es zur Gewährleistung ... (der) Sicherheit und (des) Glücks“ des Volkes erforderlich ist.⁶

¹ A. F. Bentley, *The Process of Government. A Study of Social Pressures*, Chicago 1908. Die Arbeit wurde 1935 und 1939 wiederaufgelegt. Letztmalig erschien ein Neudruck 1958, der als Jubiläumsausgabe von Peter H. Odegard (1950 als erster Behaviorist im Amt des Präsidenten der American Political Science Association) eingeleitet wurde und auf die 1949 in Evanston erschienene Auflage zurückgeht. Alle hier zitierten Textstellen sind aus dieser 1949 erschienenen, zu 1908 unveränderten Auflage entnommen.

² Nähere Angaben in: W. Hirsch-Weber, *Politik als Interessenkonflikt*, Stuttgart 1969.

³ Vgl. E. Krippendorff (Hrsg.), *Political Science*, Tübingen 1966, S. 3.

⁴ Vgl. P. W. Adams, *Republikanische Verfassung und bürgerliche Freiheit. Die Verfassungen und politischen Ideen der amerikanischen Revolution*, Neuwied 1974; besonders: *USA – Aufstieg und Verfall bürgerlicher Demokratie*, Autorenkollektiv unter Leitung von Prof. Dr. Karl-Heinz Röder, Hrsg.: Akademie der Wissenschaften der DDR – Institut für Theorie des Staates und des Rechts, Berlin 1976.

⁵ *Anspruch und Wirklichkeit. Zweihundert Jahre Kampf um Demokratie in den USA: Dokumente und Aussagen*. Hrsg.: Eberhard Brüning, Berlin 1976, S. 16.

⁶ Ebenda.

In der Mitte des vorigen Jahrhunderts bricht sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus in einem Maße Bahn, daß er alle Erscheinungen der alten kapitalistischen Welt in Europa zu übertreffen scheint. Zutreffend bemerkt Lenin in seinem berühmten „Brief an die amerikanischen Arbeiter“: „Die bürgerliche Zivilisation hat all ihre herrlichen Früchte gezeigt. Hinsichtlich des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte der vereinten menschlichen Arbeit, der Anwendung von Maschinen und aller Wunder der modernen Technik hat Amerika unter den freien, zivilisierten Ländern den ersten Platz eingenommen. Aber zugleich rückte Amerika auch hinsichtlich der Tiefe des Abgrunds, der zwischen einer Handvoll skrupelloser, in Laster und Luxus erstickender Milliardäre und den Millionen der ewig an der Grenze des Elends lebenden Werktätigen klafft, mit an die erste Stelle.“⁷

Mit der stürmischen Entwicklung des Monopolkapitalismus wächst zugleich auch die organisierte Arbeiterbewegung. Die Klassenkämpfe verschärfen sich und dehnen sich in einem bislang nicht gekannten Maße aus. Die ökonomische, politische und ideologische Macht der Bourgeoisie wird durch die revolutionäre Arbeiterklasse in Frage gestellt. Für die Bourgeoisie erwächst aus beiden Prozessen die Notwendigkeit, sich auf die veränderten Existenzbedingungen einzustellen. Auf der politischen Ebene versucht sie dies u. a. durch den Ausbau eines ihren Interessen angepaßten „Zweiparteiensystems“, das – wie Lenin es einschätzte – „eines der wirksamsten Mittel (war) um das Entstehen einer selbständigen Arbeiterpartei, das heißt einer wirklich sozialistischen Partei zu verhindern“.⁸ Auf dem ideologisch-theoretischen Feld widerspiegeln sich die Versuche der Bourgeoisie, die neuen Existenzbedingungen zu bewältigen, auch darin, daß sie gezielt eine systematische „Erneuerung“ ihrer ideologischen Macht- und Herrschaftsposition anstrebt. Fälschlicherweise werden in bürgerlichen Untersuchungen der Entwicklungen zum Imperialismus in den USA die Kontinuitäten vernachlässigt, die sich aus der Verschärfung des Grundwiderspruchs bis hinein in die ideologische Sphäre ziehen.⁹ Doch bereits in der Mitte des vorigen Jahrhunderts verdeutlichen die Formierungsprozesse in den amerikanischen political sciences (in Harvard, Yale, Columbia und anderen Universitäten werden Lehrstühle für political sciences eingerichtet), daß die innen- und außenpolitischen Praktiken und Ziele der Bourgeoisie der ideologisch-theoretischen Manifestation bedürfen und daß diesen Bereichen von vornherein bewußt die Aufgabe gestellt ist, den praktischen Bedürfnissen des Klassenkampfes zu dienen.¹⁰ Sowohl die politische Organisation der Bourgeoisie, der Ausbau des staatlichen, rechtlichen und bürokratischen Apparates zur Durchsetzung der bourgeoisen Macht- und Herrschaftsinteressen¹¹, als auch die Legitimation der expansiven außenpolitischen Unternehmungen (zwischen 1789 und 1901 erfolgen allein 100 bewaffnete Aggressionen von US-Streitkräften in Übersee – nach dem Congressional Record-Senate, 10. September 1969) lassen die ideologisch-theoretischen Bedürfnisse anwachsen und schaffen mit dem Hineinwachsen in die imperialistische Entwicklungsphase¹² ein spürbares Legitimationsdefizit.

Die von liberal-demokratischen und radikal-demokratischen Kräften vorgetragene öffentliche Kritik am Machttausch der Monopolbourgeoisie und dem wachsenden Verfall der Traditionen in der politischen Kultur – wie sie die Muckrakers¹³ und die Bewegung des New Humanism¹⁴ nicht ohne

⁷ Lenin, Werke, Bd. 28, Berlin 1972, S. 48.

⁸ Lenin, Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 396.

⁹ Vgl. W. J. Mommsen, Das Zeitalter des Imperialismus, Frankfurt am Main 1969; R. Aron, Die imperiale Republik, Stuttgart 1975.

¹⁰ Vgl. R. Lynd, Knowledge for What? The Place of Social Science in American Culture, Princeton University Press 1939.

¹¹ Vgl. E. P. Herring, Group Representation before Congress, New York 1929; H. U. Faulkner/T. Kepner, America. Its History and People, New York/London 1947.

¹² Vgl. H.-U. Wehler, Der Aufstieg des amerikanischen Imperialismus. Studien zur Entwicklung des Imperium Americanum 1865-1900, Göttingen 1974; E. Krippendorff, Die amerikanische Strategie. Entscheidungsprozeß und Instrumentarium der amerikanischen Außenpolitik, Frankfurt am Main 1970; kritisch: J. P. Dementjew, Der ideologische Kampf in den USA über die Fragen der Expansion. An der Wende vom XIX. zum XX. Jahrhundert, Moskau 1973.

¹³ Vgl. L. Filler, Crusaders for American Liberalism, New York 1961; J. L. Blau, Philosophie und Philosophen Amerikas, Meisenheim am Glan 1957; aus marxistisch-leninistischer Sicht: A. S. Bogomolow, Die bürgerliche Philosophie der USA im XX. Jahrhundert, Moskau 1974 (Zu den Muckrakers zählten beispielsweise auch John Reed, Theodore Dreiser, Jack London sowie viele liberal gesinnte bürgerliche Intellektuelle.).

¹⁴ Vgl. B. Lüking, Der amerikanische „New Humanism“: Eine Darstellung seiner Theorie und Geschichte, Bern/Frankfurt am Main 1975.

Wirkung vortragen – bestimmt nicht nur das allgemeine politisch-ideologische Klima¹⁵, sondern hat auch erhebliche Auswirkungen auf die Theorieentwicklung der amerikanischen political sciences¹⁶. Diese Bewegungen haben bis heute ihre Traditionen vor allem im Zentrum kleinbürgerlicher Reformvorstellungen und in Kreisen der intellektuellen Neuen Linken. Von Bedeutung ist dabei, daß es im Unterschied zu den politischen Theorieentwicklungen in Westeuropa¹⁷ von Anbeginn ein enge Ver[55]bindung zwischen dem disziplinären Selbstverständnis in den Sozial- und politischen Wissenschaften bezüglich der Theorieentwicklung im engeren Sinne und der ideologisch-weltanschaulichen Verpflichtungen im weiteren Sinne gibt¹⁸. Bentley ist davon – wie noch zu zeigen sein wird – nicht ausgenommen; im Gegenteil. Es ist deshalb höchst fragwürdig, allein auf Grund von äußeren Ähnlichkeiten oder wegen analoger Objekte der sozial- und politikwissenschaftlichen Analyse auf Kongruenzen zwischen Max Weber und Arthur F. Bentley schließen zu wollen.¹⁹

Festzuhalten bleibt deshalb schon hier die generalisierende Kritik, zu der Peter H. Odegard in seinem Vorwort zur Jubiläumsausgabe des „Process of Government“ von Bentley gelangt, als er in seiner problemorientierten Retrospektive der Theorieentwicklung in den amerikanischen political sciences feststellt, daß die „political scientists“ der USA in den zurückliegenden 50 Jahren keine konzeptionell neuen Gedanken hätten entwickeln können, die nicht in dieser oder jener Weise bei Bentley schon angelegt wären und daß selbst über die von Bentley antizipierten Lösungsansätze kaum hinausgegangen worden sei.²⁰ Allein auf Grund dieses, jedoch nur bedingt zutreffenden Tatbestandes kann die Renaissance des A. F. Bentley nicht erklärt werden.²¹ Gleichwohl drückt sich in solchen und ähnlichen Einschätzungen eine vielfach anzutreffende Resignation bürgerlicher Theoretiker aus.²² In Reaktion auf die allgemeine Krise des Kapitalismus und in Betrachtung der weltanschaulich-ideologischen Krise der Bourgeoisie gelangt man zwar zu der Einsicht, daß zwischen beiden eine Beziehung bestehe; doch so oft dies auch konstatiert wird – über daraus zu ziehende Konsequenzen ist man sich durchaus nicht einig. Denn die reale wie die geistige Zukunft der Bourgeoisie erschließt sich ihren Interessenvertretern auf der Seite der Sozial- und politischen Wissenschaften bei weitem nicht in dem Maße, wie dies die Vertreter des ancien régime wünschen und erwarten.²³

Ein amerikanischer Politologe kommt den gesellschaftlichen Ursachen schon recht nahe, wenn er feststellt: „Die Kriege und Revolutionen unserer Zeit haben das Interesse an politischen Ideen bedeutend erhöht.“ Und er fordert für die theoretische Arbeit: „Wenn die westliche Zivilisation überleben will, müssen wir eine tiefgründige Erforschung und eine tiefgehende Einschätzung ihrer grundlegenden Werte vornehmen; denn die Gefahr ... ist bei weitem ernster als je zuvor.“²⁴ Sicher ist, daß dem Ernst der Lage, in der sich die internationale Monopolbourgeoisie unter den Bedingungen der gegenwärtigen Epoche befindet, nicht mit einer „Theorie“ [56] begegnet werden kann, der ein „staatsphilosophisches System“²⁵ vorschreibt, ob sich der Wissenschaftler einem „Relativismus der Werte“

¹⁵ Vgl. ausführlich bei: W. Z. Foster, Abriß der politischen Geschichte beider Amerika, Berlin 1957; dazu auch: B. S. Krylow, USA, Moskau 1968; P. W. Adams, Die Vereinigten Staaten von Amerika, Frankfurt am Main 1975.

¹⁶ Vgl. S. Neumann, Die politische Forschung in den Vereinigten Staaten, in: O. Stammer (Hrsg.), Politische Forschung, Köln/Opladen 1960; W. Stark, Zur gegenwärtigen Situation der amerikanischen Soziologie, in: A. Eisermann (Hrsg.), Die gegenwärtige Situation der Soziologie, Bonn 1967.

¹⁷ Vgl. W. R. Dallmayr, Heinrich Rickert und die amerikanische Sozialwissenschaft, in: Der Staat, Bd. 5, Heft 1/1966.

¹⁸ Vgl. J. Petras, Ideology and United States Political Scientists, in: Science and Society, XXIX, S. 192 ff.; W. E. Connolly, Political Science and Ideology, New York 1967.

¹⁹ Vgl. R. Bendix, Max Weber. An Intellectual Portrait, New York 1954; W. G. Runciman, A Critique of Max Webers Philosophy of Social Science, Cambridge 1972; D. Beetham, Max Weber and the Theory of Modern Politics, New York 1974.

²⁰ Vgl. P. H. Odegard, Einleitung zu: A. F. Bentley, The Process of Government, Evanston 1958, S. VIII ff.

²¹ Vgl. B. P. Löwe, Ein „stiller Amerikaner“ – Die Renaissance des A. F. Bentley, in: Spektrum, herausgegeben von der Akademie der Wissenschaften der DDR, 4. Jhg., Juni 1973, S. 18 ff.

²² Vgl. A. W. Gouldner, Die westliche Soziologie in der Krise, Bd. 1/Bd. 2, Reinbek bei Hamburg, S. 11 ff.

²³ Vgl. B. P. Löwe/H.-K. Niehaus/D. Pawlow, Angst vor der Zukunft. Epoche und Zeitalter im Krisenbewußtsein der bürgerlichen Futurologie und Wertlehre, in: Beiträge zur Philosophie und ihrer Geschichte, herausgegeben vom Zentralinstitut für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1977.

²⁴ W. Ebenstein, Modern Political Thought, New York 1960, S. 9.

²⁵ Vgl. L. Lipson, Die vergleichende Methode in der Politologie, in: Methoden der Politologie, hrsg. von R. H. Schmidt, Darmstadt 1967, S. 301.

oder einer „Umwertung aller Werte“ unterwerfen soll. Aber selbst der Wert der politischen Theorien wird – gemessen an den ideologisch-theoretischen Bedürfnissen der Bourgeoisie – von deren eigenen geistigen Interessenvertretern als gering eingeschätzt. Einen beklagenswerten Zustand nennt es Hearter, wenn er registrierend für die Entwicklung in den bürgerlichen politischen Wissenschaften der jüngsten Vergangenheit feststellt, daß „ihre Grundideen dem vorigen Jahrhundert zugehören“, daß trotz der Fülle des empirisch aufgearbeiteten Materials und der quantitativen Ausweitung in disziplinärer und institutioneller Hinsicht „keine der politischen Praxis entsprechende politische Theorie geschaffen“ wurde, die den Anforderungen des 20. Jahrhunderts genügen könne.²⁶ Daran hat auch die stets wieder vorgetragene Forderung nach „Wirklichkeitsnähe“ nichts ändern können, obwohl man sich des „verschärften sozialen und politischen Drucks, der auf der gesamten westlichen Welt heute lastet“, wohl bewußt ist.²⁷ Denn die Forderung, die bürgerliche Sozial- und politischen Wissenschaften „von neuem auf diagnostische und therapeutische Aufgaben (zu) verweisen, nämlich soziale Ordnung in einer revolutionär veränderten Welt wiederherzustellen“²⁸, war und ist derart restaurativ, daß der vielfach beklagte „Theorieschwund“ (G. Myrdal) keine Aussicht hat, behoben zu werden. Nicht ganz zu Unrecht stellt deshalb Alfred Cobbau fest, daß die bürgerliche Politikwissenschaft unzweifelhaft ihrem Ende entgegengeht²⁹ und Pete Laslett formuliert sarkastisch: „For the moment anyway, political philosophy is dead.“³⁰ Zwar darf die im staatsmonopolistischen Kapitalismus rasch avancierte Anti-Science-Bewegung nicht überschätzt werden, weil sie vielfach nur der Ausdruck eines verstärkten Zweckpessimismus ist, der verdeckt auch einen aktivistisch-konservativen Grundzug nährt³¹; doch die Forderung, man brauche „weniger Theorien als vielmehr Erfahrung, die Quelle der Theorie ist“³², wird vor diesem krisenhaften Hintergrund verständlich.

2 Der ideologisch-theoretische Bezug

Angesichts solcher Entwicklungen mag es erstaunlich erscheinen, wenn sich zwischen marxistisch-leninistischen Wissenschaftlern und bürgerlichen Theoretikern hinsichtlich der Einschätzung der theoriegeschichtlichen Bedeutung des „Pioniers der amerikanischen Politik-[57]wissenschaft“, A. F. Bentley, gewisse Übereinstimmungen feststellen lassen. Eine genauere Analyse offenbart jedoch, daß es sich hierbei bestenfalls um einige Ähnlichkeiten handelt, daß sich dagegen in der Beurteilung des Erkenntnisgehaltes der Bentleyschen Theorien und des ideologischen Funktionswertes seiner Aussagen grundsätzliche Differenzen ergeben.

Schabad bezeichnet Bentley als „einen der Begründer der amerikanischen politischen Soziologie“³³. Kalenski rechnet Bentley zu den Anhängern der realistischen Richtung der amerikanischen Politikwissenschaft – den Progressisten der 90er Jahre – und nennt ihn in einer Reihe mit W. Wilson, Ch. A. Beard, A. L. Lovell.³⁴ Sicher ist eine Bewertung Bentleys als „Pionier“ oder „Vater“ der amerikanischen Politikwissenschaft überzogen. Aber für die frühe Periode der Entwicklung dieser so heterogenen Disziplin darf die Bedeutung Bentleys schon deshalb nicht unterschätzt werden, weil er sowohl für den systemtheoretischen wie für den handlungstheoretischen Ansatz der bürgerlichen politischen Theorienbildung ein Konzept geliefert hat, das als Versuch zu einer geschlossenen, ganzheitlichen rationalen Deutung der politischen Erscheinungen und Prozesse auf

²⁶ D. B. Hearter, *Political Ideas in the Modern World*, London 1961, S. 179.

²⁷ Vgl. H. Plessner, *Ansprache des Präsidenten der Gesellschaft*, in: *Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages in (West-)Berlin*, Stuttgart 1959, S. 19.

²⁸ Vgl. ebenda.

²⁹ Vgl. A. Cobbau, *Der Verfall der politischen Theorie*, in: *Der Monat*, 6. Jhg., 1954, S. 228.

³⁰ P. Laslett, *Philosophy, Politics and Society*, Oxford 1956, S. VII. „Im Moment jedenfalls ist die politische Philosophie tot.“

³¹ Vgl. H.-H. Lanfermann, *Die sozialökonomische Determination der Wissenschaft und die Diskussionen um die Anti-Science-Bewegung im staatsmonopolistischen Kapitalismus*, in: *Marxismus Digest. Kritik der bürgerlichen Wissenschaftstheorie*, Heft 4/1975, S. 54 ff.

³² Vgl. R. D. Laing, *Phänomenologie der Erfahrung*. Frankfurt am Main 1969, S. 9, 11.

³³ B. A. Schabad, *Die politische Philosophie des gegenwärtigen Imperialismus. Zur Kritik der antikommunistischen Grundkonzeptionen*, Berlin 1970, S. 29.

³⁴ Vgl. W. G. Kalenski/R. Mocek/B. P. Löwe, *Politologie in den USA. Zur Kritik imperialistischer Machtkonzeptionen*, Berlin 1971, S. 17 f.

den verschiedenen Ebenen der gesellschaftlichen Hierarchie und ihrer Gliederungen angesehen werden kann.³⁵

Bentleys Bedeutung liegt schließlich darin, daß er eine Vielzahl sozialphilosophischer und sozialtheoretischer Lehrmeinungen, „Schulen“ und Strömungen zu synthetisieren sucht und unter einer vordergründig pragmatischen Ausrichtung zu einem neuen konzeptionellen Ansatz vereinigen möchte.

Es geht ihm um die Struktur- und Funktionsmerkmale der politischen Beziehungen in der Gesellschaft zum Zwecke der Begründung eines „sozialen Gleichgewichts“ bzw. einer „Klassenharmonie“. Dabei sollen die Erkenntnisse über die Bedingungen für einen solchen „Konsensus“ die Monopolbourgeoisie theoretisch und praktisch befähigen, eine „Integration“ von sozialen Gruppen, die sich im Gegensatz zu den Bestrebungen des Kapitals befinden, bewußt in Richtung eines „ewigen Friedens“ im Inneren zu bewerkstelligen. Über diese instrumentalistische Ausrichtung politikwissenschaftlicher Theorienbildung und über diese dienstleistungsmäßige Verpflichtung politikwissenschaftlicher Forschungen bestand bei Bentley selbst kein Zweifel. Mit wenigen Differenzierungen in Detailfragen hat dieses Selbstverständnis die amerikanische Politikwissenschaft immer begleitet.³⁶ Selbst die Grundzüge der wissenschaftstheoretischen Diskussion innerhalb der Sozial- und politischen Wissenschaften in den USA und [58] die aus ihr hervorgegangenen Wissenschaftsauffassungen sind durch diese Momente zutiefst gekennzeichnet.³⁷

Dwight Waldo drückt diesen Tatbestand so aus: die Sozialwissenschaft hat heute und in der Zukunft, soweit sie unsere jeweiligen politischen Entschlüsse erläutert und begründet, nicht lediglich eine klinische und eine verwerfende Funktion, sondern eine *symbolische*, eine *rechtfertigende* und eine *ideologische* Funktion. Mit anderen Worten, ich meine, daß die Sozialwissenschaftler in der soziologisch-anthropologischen Perspektive *religiöse* und *politische* Funktionen haben werden.“³⁸

Diesen Punkt in der Einschätzung auch der Bentleyschen Arbeiten zu vernachlässigen oder an den Rand der Betrachtung zu rücken, gehört durchgängig zu den Verfahrensweisen der bürgerlichen Retrospektive in Sachen politischer Theorie.

Wenn man im Hinblick auf die theoriegeschichtliche Bedeutung Bentleys im engeren Sinne kaum ernsthaften Meinungsverschiedenheiten in der einschlägigen Literatur begegnet³⁹, so brechen bei der Einordnung Bentleyscher Auffassung unter dem Aspekt ihrer ideologisch-theoretischen Instrumentalfunktion und ihrer Ausrichtung an bourgeoisien Klasseninteressen tiefe Widersprüche auf.

Bei Friedrich bleibt letzterer Faktor für die Beurteilung Bentleys gänzlich unberücksichtigt, wenn lediglich Beziehungen zwischen Gaetano Mosca, Max Weber und Charles Merriam dahingehend festgehalten werden, daß es diesen gleich Bentley primär darum zu tun war, die „empirische Erforschung des Politischen“ voranzutreiben.⁴⁰ Im Unterschied dazu wird bei Gablentz zwar ein mehrfacher Bezug zu Bentley hergestellt, jedoch wird dessen eigentliche und vielschichtige Bedeutung verkannt, wenn lediglich das ordnungspolitische Moment Bentleyscher Aussagen als rezeptionswürdig erachtet wird.⁴¹

³⁵ Vgl. [B. P. Löwe, Klassenkampf oder sozialer Konflikt? Zu den Gleichgewichts- und Konflikttheorien der bürgerlichen politischen Soziologie, in: Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie, herausgegeben von Manfred Buhr, Heft 23, Berlin 1973, S. 21 ff., 53 ff.](#)

³⁶ Vgl. B. P. Löwe, Politologie und political science in den USA, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 22. Jhg., 1974, Heft 6, 8. 718 ff.

³⁷ Vgl. B. P. Löwe/R. Mocek/D. Pälke, Die Wissenschaftsauffassung der amerikanischen Political Sciences. Manuskript. Material des Instituts für Geschichte, Theorie und Organisation der Wissenschaften bei der Akademie der Wissenschaften der DDR.; vgl. auch: N. W. Nowikow, Der gegenwärtige amerikanische Kapitalismus und die „Theorie der sozialen Handlung“ von Talcott Parsons, in: Woprossy filosofii, Heft 3/1963.

³⁸ D. Waldo, in: E. P. Herring (Ed.), Research for Public Policy, New York 1952, S. 28.

³⁹ Vgl. W. Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, S. 7 ff.

⁴⁰ Vgl. C. J. Friedrich, Die Politische Wissenschaft, Freiburg/München 1961 (mit Textauszügen aus Bentleys Arbeit); auch: A. Brecht, Politische Theorie, Tübingen 1961; O. K. Flechtheim (Hrsg.), Grundlegung der Politischen Wissenschaft, Meisenheim am Glan 1958.

⁴¹ O. H. von der Gablentz, Der Kampf um die rechte Ordnung. Beiträge zur politischen Wissenschaft, Köln und Opladen 1964.

Auch bei Narr ist eine starke Einseitigkeit in der Beurteilung anzutreffen, wenn reduktiv eingeschätzt wird: „Einer der Politologen, der Politik am frühesten als Prozeß diagnostiziert hat, ist Arthur Bentley, für den ‚das ganze soziale Leben in all seinen Phasen ... in Gruppen handelnder Menschen‘ zerfiel und allein durch die Betrachtung ihrer Konflikte und des Ausgleichs ihrer Interessen zureichend analysiert werden konnte.“⁴² „Über 40 Jahre später wurde die Beschreibung und theoretische Erklärung der Politik als eines sich ausgleichenden Gruppenprozesses bei allen zu beobachtenden methodischen Unterschieden immer noch als die einzig akzeptable Form der Analyse angesehen.“⁴³

Die Einseitigkeit der Beurteilung besteht hier nun darin, daß die [59] sozialökonomischen Bedingungen, die interessenmäßigen Hintergründe und die konkret-historischen Umstände für die Ausbildung einer derartigen Sichtweise des Politischen gänzlich außerhalb der Betrachtung liegen. Damit ist aber nicht nur eine Schwäche in der Bestimmung des entsprechenden Theorietyps innerhalb des allgemeinen ideologisch-theoretischen Kontextes bürgerlichen Denkens freigelegt, sondern zugleich auch ein Indiz für die schlechthin unzulänglichen wissenschaftsmethodologischen Voraussetzungen einer so vorgehenden Theoriegeschichtsschreibung gegeben.⁴⁴

Dies ist um so mehr zu betonen, weil die in der bürgerlichen Bentley-Rezeption hauptsächlich verbreiteten Linien einmal den gruppentheoretischen Ansatz, andererseits die behavioristische Denkweise als das Entscheidende herauszustellen suchen.⁴⁵ Ein kurzer Blick auf die theoretische Entwicklung in der amerikanischen Politikwissenschaft um die bzw. unmittelbar nach der Jahrhundertwende würde jedoch offenbaren, daß die theoretischen und methodologischen Akzentuierungen in einer sehr direkten Weise aus den sozialen und Klassenauseinandersetzungen ihrer Zeit herauszudestillieren sind.⁴⁶

Von besonderem Interesse sind dabei jene Arbeiten, die – wie P. H. Odegard 1928⁴⁷ – nicht nur die zunehmende Klassenpolarisation auf der Basis bürgerlicher Interessen widerspiegeln und rational mit dem Ziel zu deuten suchen, sich verschärfende Klassenkämpfe beherrschbar zu machen, sondern die auch Rückschlüsse auf eine wachsende Differenzierung zwischen der Mittel- und Kleinbourgeoisie sowie der nunmehr ausgereift existierenden Monopolbourgeoisie zulassen. Es ist kein Zufall, daß Odegard ein solches intimes Verhältnis zum Bentleyschen „Process of Government“ unterhält, wenn man zusätzlich in Betracht zieht, daß er seine Irrtümer bei der Einschätzung der Pressure groups 30 Jahre später korrigiert und eine solche Sicht des politischen Prozesses in den USA als einen Mythos bezeichnet.⁴⁸

Diesen entscheidenden Gesichtspunkt übersieht auch Klaus von Beyme, wenn er sich auf die Feststellung beschränkt, daß Bentley „in Amerika die dynamische Analyse gefordert“ hat⁴⁹, daß außer bei Bentley und Ch. Merriam auch bei anderen Wissenschaftlern „eine behavioristische Haltung“ anzutreffen sei⁵⁰ und daß Bentley unter dem starken Einfluß der deutschen Soziologen

⁴² Zit. nach: H. Eulan/S. J. Eldersveld/M. Janowitz (Ed.), *Political Behavior*, Glencoe 1956, S. 14-24.

⁴³ W.-D. Narr, *Theoriebegriffe und Systemtheorie*, Stuttgart/(West-)Berlin/ Köln/Mainz 1971, S. 96.

⁴⁴ Vgl. G. Domin u. a., *Bürgerliche Wissenschaftstheorie und ideologischer Klassenkampf. Eine Auseinandersetzung mit bürgerlichen Wissenschaftsauffassungen*, Berlin 1973; vgl. G. Domin, *Wissenschaft und Wissenschaftsfortschritt in der Sicht bürgerlicher Sozialwissenschaften. Zur Kritik ihrer methodologischen Voraussetzungen*, in: *Marxismus Digest*, Heft 4/1975 (Oktober-Dezember), 24: *Kritik der bürgerlichen Wissenschaftstheorie*, S. 3 ff.

⁴⁵ Vgl. *Moderne amerikanische Soziologie. Neuere Beiträge zur soziologischen Theorie*, herausgegeben und eingeleitet von H. Hartmann (*Stand und Entwicklung der amerikanischen Soziologie*), Stuttgart 1967, S. 1-94; L. A. Coser, *Theorie sozialer Konflikte*, Neuwied/(West-)Berlin 1972, S. 165 ff.

⁴⁶ Ausführlich hat sich M. Dion mit diesen Problemen beschäftigt. Wenn ihm auch als Gegenstand seiner marxistisch-leninistischen Analyse und Kritik in erster Linie die bürgerliche Soziologie in Frankreich als Untersuchungsgegenstand dient, so sind seine grundlegenden methodologischen Ausgangspunkte und theoretischen Schlußfolgerungen von hohem Verallgemeinerungsgrad und von genereller Gültigkeit. Konzeptionell versteht sich die hier vorgelegte Untersuchung dem Vorgehen von Dion verpflichtet. Vgl. [M. Dion, Soziologie und Ideologie, in: Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, herausgegeben von Manfred Buhr, Heft 64, Berlin 1975.](#)

⁴⁷ Vgl. P. H. Odegard, *Pressure Politics. The Story of the Anti-Saloon League*, New York 1928; vgl. auch: E. P. Hetring, *Group Representation before Congress*, Baltimore 1929.

⁴⁸ Vgl. P. H. Odegard, *A Group Basis of Politics. A New Name for an Ancient Myth*, in: *Western Political Quarterly*, 1958 (September), S. 695.

⁴⁹ K. von Beyme, *Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung*, München 1972, S. 153.

⁵⁰ Ebenda, S. 103.

Ratzenhofer, Gumplowicz und Simmel⁵¹ zu „einer Theorie der Politik als Gruppenkampf“ gelangt sei.⁵²

Abgesehen davon, daß Beyme unterschlägt, daß gleichermaßen starke Bindungen Bentleys an Durkheim, Jellinek, Jhering und Spencer vorliegen⁵³, wird doch die umfangreiche Beschäftigung [60] Bentleys mit der Marxschen Klassentheorie gänzlich aus der Betrachtung ausgespart, was jedes Bild verzeichnen muß.⁵⁴

Auch die vielfach anzutreffende Ausklammerung des Bentley'schen Theorie- und Methodologieansatzes bei bürgerlichen Arbeiten zur Politischen Ideen- und Theoriegeschichte bzw. innerhalb zeitgenössischer Rezeptionen gibt Aufschlüsse – wenn auch in indirekter Weise – über Bewertungen, denen die konflikttheoretische Analyse innenpolitischer Verhältnisse des Kapitalismus bereits dadurch wenig akzeptierbar erscheint, weil sie zu einer partiellen Demaskierung bürgerlicher Doktrinen von der angeblichen „Klassenharmonie“ und Zum Aufhellen unaufhebbarer Antagonismen führen könnte.⁵⁵ Will man also zu einer befriedigenden Einschätzung Bentleys in seiner Zeit gelangen und will man die Wirkungsgeschichte seiner Ideen realistisch beurteilen, so ist eine historische und zeitgeschichtliche Prüfung unumgänglich.⁵⁶ Um diesen Schritt in der hier gebotenen Begrenzung vollziehen zu können, soll zunächst kurz das von Bentley entworfene theoretische Modell von „System“ und „Handeln“ kritisch nachvollzogen werden.

3. Die sozial- und politikwissenschaftlichen Prämissen

Im Zentrum der Bentley'schen Überlegungen stehen drei grundlegende Prämissen, die ihm sowohl wiederholt als Ausgangspunkt als auch als Bezugspunkt und Orientierung bei der Rückführung scheinbar fernliegender theoretischer Erwägungen und Erscheinungen aus der gesellschaftlichen Praxis dienen:

1. Die *Gesellschaft* existiert durch das *Handeln* der Menschen. Eine Theorie des Handelns ist folglich der Ausgangspunkt soziologischer Systeminterpretationen. 2. Die Art und Weise des Handelns der Menschen ist das Grundelement der Existenz der Gesellschaft als ein *System*. Die Theorie des Handelns bildet so einen Ausgangspunkt für Überlegungen, die sich befassen mit dem wesentlichen Element des Systems, dem Handeln in Beziehung zur Systemganzheit. 3. Aus der Bestimmung der Art und Weise des Handelns der Menschen in Beziehung auf die Systemganzheit erwachsen die Möglichkeiten, Aussagen über das Wesen des gesellschaftlichen Gesamtsystems zu treffen und von daher rückbestimmend die Elemente des gesellschaftlichen Systems in ihren Beziehungen zueinander unter der Sicht der Systemganzheit zu beurteilen.

Wenden wir uns zuerst einigen Vorstellungen zu, die sich näher [61] mit den strukturellen Problemen der Existenz der Gesellschaft befassen. Für Bentley hat der soziale Prozeß seine Basis in den „Gruppen“.⁵⁷ Sie sind die unterste soziale Einheit und die einzige. Das Individuum geht in ihr auf bzw. existiert als Subjekt nur durch die Gruppe. So heißt es an einer Stelle über die Möglichkeiten, soziale

⁵¹ Vgl. A. F. Bentley, *The Process of Government*, S. 120, 257, 311, 476 (für Ratzenhofer), S. 472 (für Simmel).

⁵² K. von Beyme, *Die politischen Theorien der Gegenwart*, S. 231.

⁵³ Vgl. A. F. Bentley, *The Process of Government*, S. 119 (für Durkheim), S. 163, 310, 361 (für Jellinek), S. 56 ff., 254, (für Jhering), S. 37 ff., 310 (für Spencer).

⁵⁴ Vgl. A. F. Bentley, *The Process of Government*, Kapitel XXII, S. 465 ff., wo Bentley direkt Bezug nimmt auf die Marxsche Einleitung „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“, auf die Engelssche Einführung zur englischen Ausgabe des Kommunistischen Manifests und auf die Arbeit von Engels „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ in der New Yorker Ausgabe von 1892.

⁵⁵ Vgl. H. R. G. Greaves, *Grundlegung der politischen Theorie*, Neuwied 1960; G. Burdeau, *Einführung in die politische Wissenschaft*, Neuwied/(West-)Berlin 1964; K. Messelken, *Politikbegriffe der modernen Soziologie. Eine Kritik der Systemtheorie und Konflikttheorie - begründet aus ihren Implikationen für die gesellschaftliche Praxis*, Köln/Opladen 1968.

⁵⁶ Generell zu dieser Verfahrensweise vgl. man auch bei M. Buhr, *Über die historische Notwendigkeit des ideologischen Klassenkampfes*, in: M. Buhr/A. Gedö, *Über die historische Notwendigkeit des ideologischen Klassenkampfes / Von der bürgerlichen Philosophie zum Marxismus*, in: *Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie*, herausgegeben von Manfred Buhr, Heft 75, Berlin 1976, S. 9 ff.

⁵⁷ Zur Kategorie „sozialer Prozeß“ vgl. man ausführlicher bei: E. Hahn, *Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis*, Berlin 1965.

Wirkungen zu erzielen: „... the forces and pressures at work are great masses, groups, of men.“⁵⁸ Im gleichen Sinne äußert sich Bentley über das Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. „In all this we have nothing but group process, first, last, and all the time.“⁵⁹ Von dieser Position her bestimmt sich sein theoretischer Ausgangspunkt für die Analyse des sozialen Prozesses, den er zu erfassen glaubt, wenn die Gruppen „beschrieben“ werden. „When the groups are adequately stated, everything is stated. When I say everything I mean everything.“⁶⁰

Unter Abstraktion von den ökonomischen und politischen Grundlagen bourgeoiser Macht und Herrschaft schreibt Bentley weiter: „Alle menschliche Tätigkeit ist nichts weiter als die Äußerung der Gefühle und der Vernunft. Man kann sie zielgerichtet nennen, weil es Handlungen von Menschenmassen sind, die durch ihre Wünsche bzw. Kenntnisse hervorgerufen werden.“⁶¹ Will man also die Bentley'sche Gesellschaftsvorstellung analysieren, dann sind seine Gruppenauffassung und die sich aus ihr ableitenden Bestimmungen sozialer Erscheinungen das Zentrum der Erörterungen. Mit welchen wesentlichen Kategorien beschreibt Bentley nunmehr, nachdem er mit der Gruppe die unterste strukturelle Einheit der Gesellschaft zu erfassen glaubt, weitere Glieder des gesellschaftlichen Prozesses?

Im wesentlichen sind es zwei: einmal die Kategorie „Interesse“ und zum anderen die Kategorie „Handeln“. Für das Handeln führt Bentley noch eine zusätzliche Unterscheidung ein, wobei ihm das „potentielle Handeln“ als eine Möglichkeit vorschwebt, die in der Gruppe schlechthin verankert und – im Sinne einer ontologischen Anlage – nur als Denkmodell über die nähere Bestimmung der Gruppe rational erschlossen werden kann. Dagegen bildet das „manifeste Handeln“ das wirkliche Tun eines in seiner „Gruppenexistenz“ aktiven Individuums. Das „manifeste Handeln“ ist demzufolge empirisch beobachtbar; es läßt sich „messen“, wie Bentley betont.⁶²

Gemäß dieser Aufgliederung wird für die Grundlage des sozialen Prozesses in einem analogen Verständnis auch zwischen „potentiellen“ und „manifesten Interessen“ unterschieden.⁶³ Daß Bentley damit zugleich einen wesentlichen Ansatzpunkt des Theorieverständnisses bürgerlicher Soziologie freilegt, der – spätestens mit R. Linton 1936 [62] beginnend, sich über die Diskussionen um Dahrendorfs „homo sociologicus“ fortsetzend⁶⁴ – bis in die Gegenwart zu den Zentralthemen der weltanschaulich aufgeladenen Theoriedebatten zählt⁶⁵, dies kann auf Grund der vorliegenden Forschungsergebnisse als evident gelten und muß hier nicht näher ausgeführt werden.

Der Zusammenhang aber, der zwischen „Handeln“, „Interesse“, „Gruppe“ und diesen gemeinsam im Hinblick auf den sozialen Prozeß bestehen soll, erwächst in Richtung auf das „System“, indem sich – wie Bentley bemerkt – „die Gruppen gegenseitig aufrichten, aufrechterhalten, dauernd einander drücken und durch ihre Wechselwirkung fortbewegen“⁶⁶. Insoweit hier auf soziale Bewegung hingedeutet und die Vermutung einer von Bentley wenigstens im Ansatz gezeichneten Entwicklungstheorie des Sozialen und Politischen nahegelegt wird, muß nach dem Charakter dieser Bewegung gefragt werden, also nach ihrem Inhalt. Bentley antwortet nichtssagend: „... dieser Inhalt ist das soziale

⁵⁸ A. F. Bentley, *The Process of Government*, S. 197. „Die Kräfte und Druckbelastungen, die am Werk sind, sind die großen Massen, Gruppen, von Menschen“

⁵⁹ Ebenda, S. 230. „Bei all dem haben wir nichts als den Gruppenprozeß, zuerst, zuletzt und die ganze Zeit.“

⁶⁰ Ebenda, S. 208 f. „Wenn die Gruppen angemessen angegeben sind, ist alles angegeben. Wenn ich alles sage, dann meine ich alles.“

⁶¹ Ebenda, S. 177.

⁶² Vgl. ebenda, S. 215 ff., 269.

⁶³ Die Unterscheidung zwischen „potentiellen“ und „manifesten Interessen“ erlangt in der neueren bürgerlichen Soziologie besonders bei R. Dahrendorf zentrale Bedeutung. Siehe zur kritischen Auseinandersetzung mit dieser Position im Vergleich zu A. F. Bentley und T. Parsons bei B. P. Löwe, *Klassenkampf oder sozialer Konflikt?*, S. 33 ff., 43 ff., 57-80, 92 ff.; vgl. auch in: H. J. Krysmanski, *Soziologie des Konflikts, Materialien und Modelle*, Reinbek bei Hamburg 1971.

⁶⁴ Vgl. R. Linton, *The Study of Man*, Chicago 1936; vgl. auch: R. Linton, *Rolle und Status*, in: *Moderne amerikanische Soziologie*; dazu besonders die zehnte Auflage von „*Homo Sociologicus. Ein Versuch zur Geschichte, Bedeutung und Kritik der Kategorie der sozialen Rolle*“ (Opladen 1971), weil Dahrendorf darin auf die seit 1958, dem erstmaligen Erscheinen, stattgefundenen Diskussionen eingeht.

⁶⁵ Vgl. F. Haug, *Kritik der Rollentheorie und ihre Anwendung in der bürgerlichen deutschen Soziologie*, Frankfurt am Main 1971; U. Coburn-Staeger, *Der Rollenbegriff. Ein Versuch der Vermittlung zwischen Gesellschaft und Individuum*, Heidelberg 1973; H. Joas, *Die gegenwärtige Lage der soziologischen Rollentheorie*, Frankfurt am Main 1973.

⁶⁶ Ebenda, S. 217 f.

Handeln selbst. Eigenschaften, Gefühle und Ideen lösen sich in Handeln auf. Sie stehen nackt vor uns als kraftlose Ableitungen aus dem Handeln“ (impotent inferences from activity).⁶⁷ Es scheint nun, als würde das „Handeln“ zur letzten Kategorie werden, von der aus methodisch alle weiteren sozialen Erscheinungen beschrieben werden könnten. Das unterstreicht eine Bemerkung bezüglich des „Materials“ bzw. des Objekts der Sozialwissenschaft, das Bentley einzig und allein im Handeln sieht: „activity, action, ‚something doing“.⁶⁸ Die sehr allgemein angelegte Kategorie „Handeln“ trägt nun allerdings für sich genommen bei weitem nicht die Absicht, ihrer Natur nach dynamische soziale Prozesse – wie sie Bentley in der Realität ja beobachten kann als Klassen- und Konkurrenzkämpfe – hinreichend in der Fülle, der Differenziertheit und der Komplexität ihrer sozialen Erscheinung zu beschreiben, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten, das Wesen dieser als „Fortbewegung der Gruppen in Wechselwirkung“ gedeuteten Prozesse rational zu erklären.⁶⁹ Wenn dann auch noch das Denken, Fühlen, Schreiben, Sprechen sowie Normen und Werte ausschließlich dem potentiellen Handeln zugeordnet werden und wie dieses als Tendenz zu etwas ausgelegt werden⁷⁰, dann läßt sich zwar auf „idealistische Positionen“ schließen, vielleicht auch eine gnoseologische Ähnlichkeit mit der sog. verstehenden Soziologie Max Webers nachweisen, wie dies Schabad vermutet⁷¹, aber weit wichtiger ist, daß die Verwirklichung der instrumentalen Absicht dieser Theorienbildung mit der wachsenden Wirklichkeitsverzerrung in immer weitere Ferne rückt – worauf noch zurückzukommen sein wird.

[63] Jedenfalls konzentriert sich Bentley zunächst auf das *manifeste* oder *äußere* oder *meßbare Handeln* und spricht ihm eindeutig das Primat zu. Denn mit diesem Handeln könne man den ganzen Menschen erfassen, dessen äußere (empirisch konstaterbare) Handlungen „greifbar“ und eben „evident“ seien. Bentley schreibt: „Suppose now I call such ‚external‘ activity manifest, or evident, or palpable activity. To it then must be added under the same term, activity, certain forms which are not palpable or evident to the same extent at the stage of their progress in which we have to search them out. They are activities which can perhaps be pictured by the use of the word ‚potential‘.“⁷² Trotzdem fragt man sich – auch wenn man beide Kategorien für die Erklärung der Bewegungsursachen der Gruppen berücksichtigt –, was ist die treibende Kraft? Aus dem Handeln selbst scheint dies nicht deutlich zu werden, desgleichen nicht aus der Differenziertheit beider Kategorien. Denn es bleibt unklar, ob eventuell aus dem potentiellen Handeln in dieser Richtung Schlußfolgerungen möglich werden. Da Bentley zum potentiellen Handeln auch Ideen rechnet, die Spiegelungen von Interessen sind, die als Gruppeninteressen existieren, ließe sich als Triebkraft des Handelns das Interesse vermuten. Dies ist tatsächlich so; aber in welcher Art. Es soll wieder von den Gruppen ausgegangen werden.

Bentley bezeichnet die Ideen (ideas) als Ausdruck von Gruppeninteressen: „Indeed the only reality of the ideas is their reflection of the groups, only that and nothing more.“⁷³ Und er geht sogar so weit, daß er die sozialökonomisch undifferenziert gelassenen „Gruppen“ mit einem klassenmäßig ebenso undifferenzierten, die tatsächlichen Antagonismen nivellierenden „Interesse“ zu einer gedachten Einheit verschmilzt. Wörtlich: „Gruppe und Interesse sind nicht voneinander zu trennen; es existiert einzig und allein ... eine Anzahl von Menschen, die durch eine bestimmte Tätigkeit vereint sind.“⁷⁴

⁶⁷ Ebenda, S. 169.

⁶⁸ Vgl. ebenda, S. 176. „Aktivität, Handlung, ‚es passiert was“

⁶⁹ Zu der in der bürgerlichen Soziologie üblichen wissenschaftstheoretischen Unterscheidung zwischen „Beschreiben“ und „Erklären“ vgl. die marxistisch-leninistische Analyse und Kritik des dieser Betrachtungsweise zugrunde liegenden subjektiven Idealismus im methodologischen Ausgangspunkt: E. Hahn, *Historischer Materialismus und marxistische Soziologie. Studien zu methodologischen und erkenntnistheoretischen Grundlagen der soziologischen Forschung*, Berlin 1968, S. 219 ff.

⁷⁰ Vgl. A. F. Bentley, *The Process of Government*, S. 175 f.

⁷¹ Vgl. B. A. Schabad, *Die politische Philosophie des gegenwärtigen Imperialismus*, S. 29.

⁷² A. F. Bentley, *The Process of Government*, S. 184 f. „Nehmen wir nun an, ich nenne eine solche ‚externe‘ Aktivität offenbar oder offensichtlich oder fühlbar. Dem muß dann unter dem gleichen Begriff, Aktivität, bestimmte Formen hinzugefügt werden, die im Stadium ihres Fortschreitens, in dem wir sie aufspüren müssen, nicht im gleichen Maße fühlbar oder offensichtlich sind. Es handelt sich um Aktivitäten, die sich vielleicht durch die Verwendung des Wortes ‚Potential‘ vorstellen lassen.“

⁷³ Ebenda, S. 206. „In der Tat ist die einzige Realität der Ideen ihre Widerspiegelung der Gruppen, nur das und nichts weiter.“

⁷⁴ Ebenda, S. 211.

Die hier offensichtlich vorgenommene Ersetzung eines wissenschaftlichen Kriteriums für eine Wesensbestimmung politischen Handelns, wie es nur die objektiven sozialökonomischen Determinanten sein können, durch ein subjektivistisches Vorstellungsbild wird auch nicht durch folgende Bemerkung Bentleys korrigiert: „Man muß natürlich die ökonomische Basis des politischen Lebens voll berücksichtigen, doch daraus folgt keineswegs, daß die ökonomische Basis ... bei der Bestimmung der politischen Aktivität vorrangig und grundlegend ist.“⁷⁵

Für eine wissenschaftliche Geschichts- und Gesellschaftsauffassung geht es aber nicht darum, *ob* die ökonomische Basis, sondern *wie* [64] diese für die Bestimmung des politisch-ideologischen Überbaus herangezogen wird.⁷⁶ Es geht also um den materialistischen Grundsatz, „daß der Gang der Ideen (bei Bentley auch im Sinne der Interessen der Gruppen – d. V.) vom Gang der Dinge abhängt“⁷⁷, „daß also die Produktion der unmittelbaren materiellen Lebensmittel und damit die jedesmalige ökonomische Entwicklungsstufe eines Volkes oder eines Zeitabschnitts die Grundlage bildet, aus der sich die Staatseinrichtungen, die Rechtsanschauungen, die Kunst und selbst die religiösen Vorstellungen der betreffenden Menschen entwickelt haben, und aus der sie daher auch erklärt werden müssen“⁷⁸.

Bei einer näheren Charakterisierung der Untersuchungsmethode von Marx bemerkt Lenin: „Diese Analyse beschränkt sich lediglich auf die Produktionsverhältnisse zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft: ohne je zur Erklärung der Sache andere, außerhalb dieser Produktionsverhältnisse liegende Momente heranzuziehen, gibt Marx uns die Möglichkeit, zu sehen, wie sich die Warenorganisation der Volkswirtschaft entwickelt, wie sie zu einer kapitalistischen wird und (schon im Rahmen der Produktionsverhältnisse) antagonistische Klassen, Bourgeoisie und Proletariat, hervorbringt, wie sie die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit entwickelt und damit ein Element hineinträgt, das zu den Grundlagen eben dieser kapitalistischen Organisation in unversöhnlichen Widerspruch gerät.“⁷⁹

Dem entgegengesetzt läßt Bentley durch seine These: „We must hold fast to what we can observe and examine ...“⁸⁰ gänzlich Unklarheit darüber bestehen, wie die Ideen, respektive Gruppeninteressen beschrieben werden können, da sie ja ursächlich dem potentiellen Handeln zugehören, das seinerseits als nicht greifbar, nicht äußerlich, nicht meßbar, nicht evident verstanden wird. Bentley verschafft sich aus diesem Dilemma einen scheinbaren Ausweg dadurch, daß er zwischen dem Handeln der Gruppen und ihren Interessen eine Verbindung durch die nirgends näher begründete These schafft, daß die Menschen ihr Handeln zu Idealen orientieren.⁸¹ Da aber bereits die Möglichkeit der Beschreibung des sozialen Prozesses nur auf das äußere, manifeste Handeln bezogen wurde, bleibt die Begründung der Herkunft der Interessen und Ideen ausgespart. Deshalb muß auch eine Bemerkung Bentleys, daß alles Soziale letztlich interessendeterminiert sei, im Stadium der Behauptung verbleiben. Dies läßt sich bereits an dieser Stelle schlußfolgern, weil die Kategorie „Interesse“ auch dann noch nicht den Weg zu einer Beschreibung der gesellschaftlichen Erscheinungen in ihrem Klassencharakter ermöglicht, wenn sie auf konkrete Gruppen in der Gesellschaft oder auf [65] Gruppen innerhalb der Regierung bezogen wird.⁸² Denn die Erfassung der Träger von Interessen als Angehörige von Klassen, die sich aus den materiellen sozialökonomischen Verhältnissen ergeben und deren „Lebensweise“ (innere Strukturiertheit und funktionale Wechselbeziehung) dadurch determiniert wird, bleibt nicht zufällig am Rande der Bentleyschen Erwägungen, sondern gegen eine solche kausale Verkettung wird sehr bewußt Stellung bezogen.⁸³

⁷⁵ Ebenda, S. 209.

⁷⁶ Dazu näher: W. Eichhorn I u. a., Die Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, Berlin 1975; dazu auch: A. Bartsch, Die Dialektik des Geschichtsprozesses unter besonderer Berücksichtigung gesellschaftlicher Totalität, ökonomischer Gesellschaftsformation und der Entwicklung im Sozialismus-Kommunismus, Habil.-Schrift, Berlin 1976.

⁷⁷ Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 130.

⁷⁸ MEW, Bd. 19, Berlin 1972, S. 335 f.

⁷⁹ Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 132.

⁸⁰ A. F. Bentley, The Process of Government, S. 184. „Wir müssen an dem festhalten, was wir beobachten und untersuchen können.“

⁸¹ Vgl. ebenda, S. 170, 263, 441.

⁸² Vgl. ebenda, S. 211, 215 ff., 264 ff.

⁸³ Vgl. ebenda, S. 177 ff.

Das ist erklärlich: Denn diejenige Auffassung der Gesellschaft und „des Weltgeschichtsverlaufs, die die schließliche Ursache und die entscheidende Bewegungskraft aller wichtigen geschichtlichen Ereignisse sieht in der ökonomischen Entwicklung der Gesellschaft, in den Veränderungen der Produktions- und Austauschweise, in der daraus entspringenden Spaltung der Gesellschaft in verschiedene Klassen und in den Kämpfen dieser Klassen unter sich“⁸⁴ wird bekanntlich zum theoretischen Werkzeug der revolutionären Arbeiterklasse in der Vorbereitung und Durchführung der Beseitigung des Kapitalismus. Diese Theorie – so bemerkt Lenin treffend –, „die ihrem Wesen nach kritisch und revolutionär“ ist, ist der Marxismus-Leninismus, „weil diese Theorie es sich direkt zur Aufgabe macht, alle Formen des Antagonismus und der Ausbeutung in der modernen Gesellschaft *aufzudecken*, ihre Entwicklung zu erforschen, ihren vorübergehenden Charakter und die Unvermeidlichkeit ihrer Verwandlung in eine andere Form nachzuweisen *und auf diese Weise dem Proletariat zu dienen, damit es möglichst bald und möglichst leicht jeglicher Ausbeutung ein Ende mache*.“⁸⁵ Aus bürgerlicher Sicht und so auch aus dem Blickwinkel Bentleys kann es sich bei dieser Theorie nur um etwas handeln, was – wie Marx bemerkt – als „polizeiwidrig“ einzustufen ist.

Die zeitweilige Ansicht Bentleys, daß alles Soziale interessendeterminiert sei, ändert an der Gesamtsituation seiner Modellkonstruktion für ein soziales System nichts, weil der Zustand der Verschwommenheit schon dadurch aufrechterhalten wird, daß keine befriedigende Rückführung der Interessen auf ihre ursprüngliche ökonomische Basis erfolgt und daß durch die Identifikation von „Handeln“ und „Interesse“ dem ersteren gleichfalls eine materielle sozialökonomische Existenz streitbar gemacht wird. Bentley bewegt sich insofern mit seiner gruppentheoretischen Bestimmung des Menschen in einem enthistorisierten und somit auch entkonkretisierten Gesellschaftskonzept. Auf den idealistischen Charakter einer solchen Position verwiesen Marx und Engels in ihrer Kritik an den „voraussetzungslosen Deutschen“.⁸⁶

[66] Auch dem „voraussetzungslosen“ Bentley muß entgegengehalten werden, „daß die Menschen imstande sein müssen zu leben, um ‚Geschichte machen‘ zu können.“⁸⁷ „Zum Leben aber gehört vor allem Essen und Trinken, Wohnung, Kleidung und noch einiges andere. Die erste geschichtliche Tat ist also die Erzeugung der Mittel zur Befriedigung dieser Bedürfnisse, die Produktion des materiellen Lebens selbst, und zwar ist dies eine geschichtliche Tat, eine Grundbedingung aller Geschichte ...“⁸⁸ Marx und Engels verweisen damit auf *die* Grundbedingung menschlicher Existenz überhaupt oder – um uns auf Bentley zu beziehen – auf ein Merkmal des Handelns der Menschen, ohne das das Handeln schlechthin undenkbar ist. Diese Auffassung, die jedes Auseinanderreißen von Individuum und Gesellschaft ausschließt, weil sie den „inneren und notwendigen Zusammenhang“ des sozialen Ganzen (als System und Prozeß) zum Kern hat⁸⁹, erklärt deshalb auch die gesellschaftlichen Gesetze als „aus der Naturnotwendigkeit der Produktion selbst hervorgehende Formen, die vom Willen, Politik usw. unabhängig sind. Es sind materielle Gesetze.“⁹⁰ Diese Gesetze „sind die Grundlagen der *zweckmäßigen* Tätigkeit (Handeln – d. V.) des Menschen. Der Mensch hat in seiner praktischen Tätigkeit die objektive Welt vor sich, ist von ihr abhängig, läßt durch sie seine Tätigkeit bestimmen.“⁹¹

Die soziale Determination des Interesses, von der Bentley fabuliert, nimmt also ihren Ausgang bei den materiellen Existenzbedingungen der Menschen, ihrer Lebensweise. Die von den Existenzbedingungen der Individuen „bestimmte Art der Tätigkeit dieser Individuen“ „fällt also zusammen mit ihrer Produktion, sowohl damit, *was* sie produzieren, als auch damit, *wie* sie produzieren. Was die Individuen also sind, hängt ab von den materiellen Bedingungen ihrer Produktion.“⁹²

⁸⁴ MEW, Bd. 22, Berlin 1963, S. 298.

⁸⁵ Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 333.

⁸⁶ Vgl. K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie (Neuveröffentlichung des Kapitels I des I. Bandes der „Deutschen Ideologie“), in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 10/1966, S. 1211 (weiter zitiert als: K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie). [MEW Bd. 3, S. 28]

⁸⁷ Vgl. ebenda.

⁸⁸ Ebenda.

⁸⁹ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 38, Berlin 1971, S. 141.

⁹⁰ MEW, Bd. 26.1, Berlin 1965, S. 12.

⁹¹ Lenin, Werke, Bd. 38, Berlin 1971, S. 177 f.

⁹² K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, S. 1202. [MEW Bd. 3, S. 21]

Von dieser wissenschaftlichen, konsequent materialistischen Bestimmung der grundlegenden Voraussetzung gesellschaftlicher Existenz und Geschichte lassen sich – entgegen den abstrakt-idealistischen und ahistorischen Prämissen Bentleys – u. a. zwei weitere gesellschaftliche Erscheinungen erfassen. Zum einen läßt sich aus den materiellen Existenzbedingungen des Menschen, von seinem materiellen gesellschaftlichen Sein also, auf das Bewußtsein schlußfolgern. Und bekanntermaßen in der Weise, daß die Interessen von Klassen in der Ideologie der Klassen ideell widergespiegelt werden. So werden sie zu einem Teil des gesellschaftlichen Bewußtseins, das seinerseits in der materialistischen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung dadurch in seinem objektiven Ursache-Folge-Zusammenhang wissen-[67]schaftlich erklärt wird, indem „von den wirklich tätigen Menschen ausgegangen und aus ihrem wirklichen Lebensprozeß auch die Entwicklung der ideologischen Reflexe und Echos dieses Lebensprozesses dargestellt (wird)“.⁹³

Daß dies auch von ausschlaggebender Bedeutung für eine wissenschaftliche Systemauffassung von der Gesellschaft ist, darauf weisen Marx und Engels selbst hin, wenn sie schreiben: „Diese Geschichtsauffassung beruht also darauf, den wirklichen Produktionsprozeß, und zwar von der materiellen Produktion des unmittelbaren Lebens ausgehend, zu entwickeln und die mit dieser Produktionsweise zusammenhängende und von ihr erzeugte Verkehrsform, also die bürgerliche Gesellschaft in ihren verschiedenen Stufen, als Grundlage der ganzen Geschichte aufzufassen und sie sowohl in ihrer Aktion als Staat darzustellen, wie die sämtlichen verschiedenen theoretischen Erzeugnisse und Formen des Bewußtseins, Religion, Philosophie, Moral etc. etc. aus ihr zu erklären und ihren Entstehungsprozeß aus ihnen zu verfolgen, wo dann natürlich auch die Sache in ihrer Totalität (und darum auch die Wechselwirkung dieser verschiedenen Seiten aufeinander) dargestellt werden kann.“⁹⁴

In dieser Weise ist es nicht möglich, das Interesse – wie dies Bentley tut – als etwas Apartes vorauszusetzen. Zum anderen ermöglicht der historisch-konkrete Ausgangspunkt, auf den uns Marx und Engels verweisen, die Aufhebung einer Bestimmung des Menschen im Sinne einer aparten Gruppenvorstellung. Die dialektisch-materialistische Analyse des Was und Wie der gesellschaftlichen *Produktion* differenziert zugleich zwischen dem Primat der Produktionstätigkeit der Menschen und läßt ihre politischen Betätigungsweisen – ob in Gestalt von Klassen, Schichten, Gruppen oder als Parteien, Verbände (pressure groups) und dergleichen – als davon determiniert erscheinen. Auch für die Bestimmung der Interessen ergibt sich damit, daß diese zuvörderst aus den Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses erwachsen und daß ihre Rolle in den politischen Kämpfen und den widerstreitenden Ideologien stets der diesbezüglichen Rückführung bedarf, um zu einer wissenschaftlichen Charakterisierung zu gelangen. Damit sind die wesentlichen Voraussetzungen für eine Systemvorstellung von der Gesellschaft geschaffen, die „die Gesamtheit der materiellen und ideologischen Verhältnisse der Menschen, die durch geschichtlich bestimmte Produktionsverhältnisse, die vom Entwicklungsstand der Produktivkräfte abhängen, determiniert sind“, erfaßt.⁹⁵ Die hier vertretene begriffliche Fassung von „Struktur“ und „Funktion“ ist Bestandteil dieser Systemauffassung, so daß wir sagen [68] können: „Der Begriff der ökonomischen Gesellschaftsformation faßt die Gesellschaft als System in seiner Ganzheit mit seinem Element- und Strukturaspekt, mit seinen Struktur- und Entwicklungsgesetzen. Er erfaßt die Gesellschaft als einheitlichen sozialen Organismus auf bestimmter historischer Entwicklungsstufe, die alle Sphären und Formen der menschlichen Tätigkeit in ihrer organischen Einheit und Wechselwirkung bei bestimmender Rolle der Produktionsweise einschließt.“⁹⁶ Demzufolge betrachten wir strukturelle und funktionale Erscheinungen der Gesellschaft nach Marx als Faktoren eines „organischen Systems“, das seine „Voraussetzungen als Totalität“ und „seine Entwicklung zur Totalität“ darin hat, „(sich) alle Elemente der Gesellschaft [...] unterzuordnen oder die ihm noch fehlenden Organe aus ihr heraus zu schaffen. Es

⁹³ Ebenda, S. 1206.

⁹⁴ Ebenda, S. 1220 f.

⁹⁵ Wörterbuch der marxistisch-leninistischen Soziologie, hrsg. von W. Eichhorn I/E. Hahn/G. Heyden u. a., Berlin 1969, S. 152 f.

⁹⁶ Ebenda.

wird so historisch zur Totalität. Das Werden zu dieser Totalität bildet ein Moment seines Prozesses, seiner Entwicklung.“⁹⁷

Für Bentley läßt sich vorerst festhalten, daß es ihm an einer solchen wissenschaftlichen Voraussetzung für die Erklärung des gesellschaftlichen Geschehens – auch im engeren Sinne eines in Gruppen strukturierten Handelns und Interesses – fehlt. Man wird zugleich auf den fundamentalen Unterschied verwiesen, der zwischen der bürgerlichen und der marxistischen Gesellschaftsauffassung besteht, wenn bei Bentley – wie bei vergleichsweise konzipierten bürgerlichen Theorien vor und nach ihm – Handeln und Interesse aus einer idealistisch gefaßten Gruppenvorstellung abgeleitet werden oder als undiskutierte Wechselbeziehung (Interaktion), als Axiom eingeführt werden. Die Bentleysche Analyse bricht hier ab und beschneidet die wissenschaftliche Erkenntnis um ihre eigentliche Aufgabe, hinter den einzelnen, empirisch konstatierbaren Handlungen und Interessen den ursachenmäßigen Hintergrund in Gestalt der sozialökonomischen Praxis der Gesellschaft aufzuspüren. Wesen und Gesetzmäßigkeit des sozialen Prozesses im allgemeinen wie des politischen im besonderen müssen Bentley deshalb verschlossen bleiben.

Daran ändern auch die scheinbar ins Detail gehenden Bestimmungen des Handelns nichts, die Bentley mehrfach versucht. So liest man: „Die ‚Beziehung‘, das heißt das Handeln, ist das vorgegebene Phänomen ..., das Handeln von Menschen miteinander oder in bezug aufeinander.“⁹⁸ Es ist nicht das Handeln des Individuums, worum es geht, es ist nur ein „Ausschnitt aus gemeinsamem Handeln“⁹⁹ – nämlich Gruppenhandeln –; es ist die Wechselbeziehung zwischen den Gruppen als allumfassender „Bewegungsprozeß“, der das Wesen des sozialen Prozesses bestimme.¹⁰⁰ Indem in ihm die Gruppen über [69] ihr Handeln versuchen, ihre Interessen zu realisieren und sich dabei verschiedener, ihren Interessen adäquater Mittel und Einrichtungen bedienen, „äußern“ sie sich – machen sie Politik.

Diesen Prozeß zu beschreiben (auch als Aufgabe des Politikers verstanden) erfordere, daß das Handeln unter dem Gesichtspunkt seiner unmittelbaren, äußeren, evidenten Beobachtbarkeit in quantifizierender Weise zu erfassen sei. „Kein Material“, meint Bentley, „das sich nicht in irgendeiner Form messen läßt, kann wissenschaftlich behandelt werden.“¹⁰¹ Denn schließlich würden ja auch im sozialen Prozeß, d. h. beim handlungsmäßigen Verfolgen der Interessen, die Erfolge des Handelns und eben der Politik „auf eine rohe Art“ gemessen, wie z. B. bei Wahlen, Abstimmungen, Kriegen usw., und der Politiker „schätzt (dabei) immer Quantitäten gegeneinander ab“.¹⁰² Die Wesensbestimmung des Handelns wird also davon abhängig gemacht, daß durch einen quantitativen Vergleich zwischen den offensichtlich erkennbaren Interessen (Zielen, Ideen) und den Ergebnissen ihrer Realisierung oder Nichtrealisierung (zweckgerichtete Handlungen, Handlungsergebnisse) eine Gewinn-Verlust-Kalkulation zu näheren Einsichten führt. Die Ausdehnung dieses Prinzips auf den politischen und sozialen Prozeß schlechthin führt – das kann hier schon vorweggenommen werden – zu der in der amerikanischen Politikwissenschaft eigentümlichen Vermischung von positivistischen und pragmatischen Prämissen in der Theorienbildung.¹⁰³

Die Forderung nach empirischer Exaktheit steht Bentley zweifellos gut zu Gesicht. Nur geht sie eben nicht in eine Richtung, wo auf materialistisch-dialektischer Grundlage die Soziologie zur Wissenschaft wird. Denn die entscheidenden Voraussetzungen dafür entziehen sich naturgemäß jeder bürgerlichen Geschichts- und Gesellschaftstheorie; der von Bentley speziell dadurch, daß er das menschliche Handeln, die Beziehungen zwischen den Individuen und ihre Interessen nicht zurückführt auf „bestimmte Individuen, die auf bestimmte Weise produktiv tätig sind“ und die dabei bestimmte gesellschaftliche und politische Verhältnisse eingehen.¹⁰⁴ „Die empirische Beobachtung“, so fordern Marx und Engels,

⁹⁷ K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, Berlin 1974, S. 189. [MEW Bd. 42, S. 203]

⁹⁸ A. F. Bentley, The Process of Government, S. 176.

⁹⁹ Vgl. ebenda.

¹⁰⁰ Vgl. ebenda, S. 177 f.

¹⁰¹ Vgl. ebenda, S. 200.

¹⁰² Vgl. ebenda, S. 201 f.

¹⁰³ Vgl. D. Bergner/R. Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien Studien zu den weltanschaulichen Grundlagen und ideologischen Funktionen bürgerlicher Gesellschaftsauffassungen, Berlin 1976, S. 51 ff.

¹⁰⁴ Vgl. K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, S. 1205. [MEW Bd. 3, S. 25]

„muß in jedem einzelnen Fall den Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Gliederung mit der Produktion empirisch und ohne alle Mystifikation und Spekulation aufweisen.“¹⁰⁵

Damit ist der Soziologie in doppelter Hinsicht eine wissenschaftliche Grundlage gegeben, wie Lenin im Anschluß an die Betrachtung der Marxschen Schrift „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ konstatiert. *Einmal* war es so möglich, sich von der bisherigen idealisti-[70]schen Basis soziologischer Forschung und Untersuchung zu entfernen. Diese hatte sich als unfähig erwiesen, zu den einfachsten und ursprünglichsten Beziehungen, wie es die Produktionsverhältnisse sind, vorzudringen. Im Gegenteil dazu hatte sie sich – und dies zeigte uns auch Bentley – unmittelbar der Untersuchung der politischen, juristischen und ideologischen Erscheinungen zugewandt. *Zum anderen* kann die Soziologie auf der von Marx und Engels in ihrer dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung erarbeiteten Basis dazu übergehen, in der Vielfalt und Breite der sozialen Erscheinungen die wichtigen von den unwichtigen zu unterscheiden, weil sie mit der Kategorie der Produktionsverhältnisse ein objektives Kriterium dafür erhielt. Die Gesellschaft war so an der Grundlage ihrer Existenz durch die Produktionsverhältnisse bestimmt, so daß sich „auf diese Verhältnisse jenes allgemein-wissenschaftliche Kriterium der Wiederholbarkeit“ anwenden ließ, das die Herausarbeitung von sozialen Gesetzmäßigkeiten ermöglichte. Die Wurzel des Subjektivismus in der Soziologie war so beseitigt, ihre Entwicklungsphase als Wissenschaft konnte beginnen.¹⁰⁶

Was ist von alledem bei Bentley zu finden? Ohne voreilig schlußfolgern zu wollen, kann man hinsichtlich dieser zwei von Lenin hervorgehobenen Voraussetzungen einer wissenschaftlichen Gesellschaftsauffassung bereits sagen, daß sie von Bentley – zumindest bisher – nicht erfüllt wurden. Doch sehen wir weiter, ob sich dies bei einer näheren Betrachtung seiner gruppentheoretischen Konzeption nicht noch ändert.

Die Vorstellung, daß Gruppen im gegenseitigen Druck aufeinander ihre Interessen durchzusetzen trachten, liegt in der Annahme verwurzelt, daß diese Interessen miteinander kollidieren und folglich Handeln gegeneinander wirkt. „Die Gruppe ist Handeln“, schreibt Bentley.¹⁰⁷ Also muß das soziale System aus gegeneinander handelnden Gruppen bestehen, deren Handeln nun aber als „ineinander verwoben“ erklärt wird.¹⁰⁸

Man kann in vorläufiger Zusammenfassung des bisher Aufgezeigten zur Vorstellung der Gesellschaft bei Bentley vielleicht soviel sagen: Struktur (Gruppe) und Funktion (Interessenverwirklichung) verbinden sich über ein Bewegungsmoment (Handeln). Das *soziale System* besteht aus vielen Gruppen; ihr Wesen ist, daß sie Interessen besitzen und diese verwirklichen wollen. Dabei entsteht eine Konfliktsituation, weil das Interesse jeder Gruppe auf ihren eigenen Nutzen gerichtet ist.

Dieser Nutzen, bestimmt im Rahmen der Gewinn-Verlust-Kalkulation, und die treibende Kraft für seine Erringung, das Interesse, resultieren in ihrer Gegensätzlichkeit mit einem anderen Interesse [71] bzw. Nutzen aus der den Gruppen typischen „Produktionsweise“ (technique of industry). Diese „Produktionsweise“ muß für die Beschreibung des Handelns berücksichtigt werden, weil ihr *die* maßgebliche Rolle zufällt. Denn: alle die Arten, Dinge zu tun, vom einfachsten Werkzeugmachen des Wilden bis zu den jüngsten Methoden der angewandten Wissenschaft¹⁰⁹ drückten Gegensätze aus. Und Bentley fährt fort: „Dies, selbst Produkt von Gruppengegensätzen, ist für die Sozialstruktur so wichtig, daß man berechtigt ist, ... die Gruppengegensätze von hier aus zu betrachten.“¹¹⁰

Das bedeutet, daß es für Bentley die Arten, Dinge zu tun, sind, die für die qualitative Bestimmung des Handelns und damit der Zweck- und Zielrichtung der Gruppentätigkeit sowie der sie unterscheidenden Interessen ausschlaggebend sind. Im Zusammenhang damit steht eine weitere These Bentleys. Auf Grund der Tatsache, daß jeder Mensch mehreren Gruppen zugehören kann beziehungsweise

¹⁰⁵ Ebenda.

¹⁰⁶ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 125 ff.

¹⁰⁷ A. F. Bentley, S. 213.

¹⁰⁸ Vgl. ebenda, S. 178/179.

¹⁰⁹ Vgl. ebenda, S. 463.

¹¹⁰ Ebenda.

muß, um seine Eigeninteressen verwirklichen zu können, fungieren die Gruppen als die gesellschaftliche Einheit, als sozialer Verband, der dies garantiert. Die Gruppen, als unterste Elemente des sozialen Systems, seien deshalb miteinander verwoben.¹¹¹

Ohne uns hier näher mit der gruppentheoretischen Position auseinandersetzen zu wollen – was durch marxistisch-leninistische Forschungen an anderer Stelle schon geschah¹¹² –, müssen wir uns der These über die „Produktionsweise“ doch näher zuwenden, wenngleich unter einem ganz spezifischen Gesichtspunkt.

Scheinbar gelangt Bentley mit dem Bezug auf menschliche Tätigkeitsbereiche zu einer neuen, einer wissenschaftlichen Gesellschaftsbetrachtung als Ausgangspunkt dienenden Position. Das wäre dann der Fall, wenn er alle die Arten, Dinge zu tun, in dem grundlegenden Bereich der gesellschaftlichen Produktion konkretisieren und differenzieren würde. Dies bleibt jedoch aus. Wie und warum, ist zu fragen. Das Wie erschließt sich dabei nur in vermittelter Weise. Denn von einer Auffassung, von der man nichts vorfindet, lassen sich keine Belegstellen bringen. Wir wollen deshalb den oben in Zusammenhang mit Bemerkungen zur Bentleyschen Auffassung über das Handeln angeführten Gedanken von Marx wieder aufgreifen.

Bentley war der Ansicht, daß der Inhalt der sozialen Bewegung das Handeln selbst sei und daß sich schließlich alle Eigenschaften, Gefühle und Ideen im Handeln auflösen. Alle Merkmale der gesellschaftlichen Existenz – außer dem Handeln selbst – seien impotent *inferences from activity**. Die Fragwürdigkeit, ja Falschheit dieser These bedarf keiner umfangreichen Beweisführung, da sie sich bereits [72] allgemein zeigt, wenn man den wirklichen Lebensprozeß der Individuen betrachtet. Marx und Engels stellen dabei als primären Faktor nicht nur den Produktionsprozeß heraus, sondern sie analysieren diesen weiterhin. An Konsequenzen für eine wissenschaftliche Gesellschaftsauffassung wollen wir hier nur hervorheben, daß die Analyse der gesellschaftlichen Arbeitsteilung Marx zu der Erkenntnis führte, daß mit ihr nicht nur die ungleiche quantitative wie auch qualitative Verteilung der Arbeit verbunden ist, sondern auch das ungleiche Verhältnis zu den Produkten der Arbeit. Die Teilung der Arbeit und das Privateigentum sind – so schreiben Marx und Engels –insofern „identische Ausdrücke“, insofern in dem einen die „Beziehung auf die Tätigkeit dasselbe aussagt, was in dem anderen in bezug auf das Produkt der Tätigkeit ausgesagt wird.“¹¹³ In diesem Verhältnis beruht zugleich der Widerspruch zwischen den Interessen. Der sich in der Klassengesellschaft herausgebildete Gegensatz in Beziehung auf die Tätigkeit und in bezug auf das Produkt dieser stellt sich in der kapitalistischen Gesellschaft als deren Grundwiderspruch dar, als Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der kapitalistischen Aneignung. Die Aufdeckung dieser gravierenden gesellschaftlichen Beziehung, auf der der Antagonismus der Klasseninteressen und der um ihre Verwirklichung geführte Klassenkampf beruhen, umgeht Bentley mit seiner undifferenzierten Sicht einer „technique of industry“. In keiner Hinsicht stellt diese die reale gesellschaftliche Produktionsweise dar, sondern viel eher einen qualitativ nicht näher unterschiedenen Pluralismus von Handlungsbereichen. Diese sind aufgefaßt als Arten der Verwendung von Produktionsmitteltypen entsprechend ihrer technischen Qualität, nicht aber in ihrer objektiven historischen Einbindung in bestimmte Eigentumsverhältnisse, so daß selbst eine formale Strukturierung der Gesellschaft nur schwer erkennbar, die entscheidende Rolle der Produktivkräfte gänzlich unberücksichtigt bleibt.

Von hier aus läßt sich unschwer antworten auf das Warum dieser Verfahrensweise. Es geht Bentley gar nicht um die Aufdeckung der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und

¹¹¹ Über den Zusammenhang der Bentleyschen Auffassung des „Eigeninteresses“ mit der konstituierenden Rolle des Interesses in bezug auf die Gruppe, ihre Organisation und sog. Rolle vgl. näher im Kap. VII: Group Activities und im Kap. VIII: Public Opinion and Leadership.

¹¹² Vgl. E. Hahn, Soziale Wirklichkeit und soziologische Erkenntnis, Kap. III: Zur Soziologie der Gruppe. In direkter Weise kommt auch Schabad im Zusammenhang mit seiner Analyse und Kritik der gruppentheoretischen Richtung in der bürgerlichen Soziologie auf Bentley zu sprechen. Vgl. B. A. Schabad, Die politische Philosophie des gegenwärtigen Imperialismus, S. 16, 29, 45 ff., 176.

* ohnmächtige Schlufolgerungen aus der Aktivität

¹¹³ Vgl. K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, S. 1214. [MEW Bd. 3, S. 32]

der von daher möglichen Wesensbestimmung politischer Auseinandersetzungen. Als Ideologe seiner Klasse gehen seine „wissenschaftlichen“ Ambitionen nur so weit, wie sie im Interesse der herrschenden Monopolbourgeoisie gehen müssen. Eine Aufdeckung des historischen Charakters der Produktionsverhältnisse, die ausgeht von der gesetzmäßigen Entwicklung der Produktivkräfte, die gesetzmäßig zur Überwindung dieser Gesellschaftsordnung führt, steht im diametralen [73] Gegensatz zu den bourgeois Interessen nach Aufrechterhaltung der bürgerlichen Macht- und Herrschaftsverhältnisse.

Gerade deshalb muß man aber fragen: Wenn es nicht die Tätigkeitsbereiche sind, die das Zusammenwirken im System ergeben, wenn es nicht die Gruppenhandlungen sind, die ein soziales Ganzes (social whole) bilden, was ist dann „systemkonstituierend“? Wenn also der Pluralismus der Gruppen gleichbedeutend ist mit ihrem Konflikt, der die einheitliche Basis eines systemhaften sozialen Prozesses unmöglich macht, was bildet dann „das einigende Band“ für das soziale System? Dieses einigende Band kreiert Bentley mit der Einsetzung einer Möglichkeit, zu einem „Ausgleich der Interessen“ zwischen den Gruppen zu kommen. Man muß dabei hervorheben: Es sind nicht die Gruppen, die sich harmonisieren, oder die Interessengegensätze, die verschwinden, sondern es sind Elemente des potentiellen Handelns, die „ausgeglichen“ werden.¹¹⁴ Dadurch kann auch keine real existierende soziale Gesamtheit entstehen, weil es nach der prinzipiellen Gleichstellung der Gruppen untereinander und ihres wesenhaft gleichartigen Interessengegensatzes nichts geben kann, was sie im Sinne des Allgemeinen zu repräsentieren in der Lage wären. Das gegensätzliche Interesse der Gruppen bildet ein System der Gruppen, das aus antagonistischen, aber gleichgeordneten, nur an ihre eigenen Interessen gebundenen, zugleich einander bedingenden Gruppen besteht, die sich Bentley denkt als bloßer „complex of the groups that compose it“.¹¹⁵ „The composite“^{*} ist es also, was den Gegenpol zum Konfliktverhältnis der Gruppen bilden soll und was Bentley näher als „adjustment of interests“^{***} bezeichnet. Die Gesamtsachlage verdeutlichend, schreibt er: „One might work out a picture of the adjustments, ‚normal‘ for the given society, in terms of such a process that every interest forcing itself beyond the point of endurableness to the remainder of the interests would be checked before its excess had provoked violent reaction.“¹¹⁶

Damit wird das *Bindeglied des sozialen Systems* genannt. In Anlehnung an den Austauschgedanken der bürgerlichen Nationalökonomie und deren Marktmodell ist es hier die „Regulierung“, der „Austausch“ der Interessen, ist es „the balance of interests“^{***}. Der Gleichgewichtsgedanke des Marktmodells der bürgerlichen Nationalökonomie und der Gleichgewichtsgedanke des Gesellschaftsmodells von Bentley nähern sich so von zwei verschiedenen Seiten her einander an.¹¹⁷

Bentley trifft also auf ein geistiges Erbe, für das die Marxsche Charakteristik bereits voll zutrifft, als er mit Bezug auf die bürger-[74]liche politische Ökonomie schrieb: „Von da an (vom Sieg der Bourgeoisie in England und Frankreich, meint Marx, und man kann für die Bentleysche Zeit hinzusetzen: in Deutschland – d. V.) gewann der Klassenkampf, praktisch und theoretisch, mehr und mehr ausgesprochene und drohende Formen. Es läutete die Totenglocke der wissenschaftlichen bürgerlichen Ökonomie. Es handelt sich jetzt nicht mehr darum, ob dies oder jenes Theorem wahr sei, sondern ob es dem Kapital nützlich oder schädlich, bequem oder unbequem, ob polizeiwidrig oder nicht. An die Stelle uneigennütziger Forschung trat bezahlte Klopffechtere, an die Stelle unbefangener wissenschaftlicher Untersuchung das böse Gewissen und die schlechte Absicht der Apologetik.“¹¹⁸

¹¹⁴ Vgl. A. F. Bentley, *The Process of Government*, S. 370.

¹¹⁵ Vgl. ebenda, S. 222. „Komplex der Gruppen, aus denen es besteht“

* Das Zusammengesetzte

** Anpassung der Interessen

¹¹⁶ Ebenda, S. 458. „Man könnte sich ein Bild von den für die gegebene Gesellschaft ‚normalen‘ Anpassungen im Sinne eines solchen Prozesses machen, bei dem jedes Interesse, das sich über den Punkt der Tragfähigkeit hinaus auf die übrigen Interessen zwingt, überprüft wird, bevor sein Übermaß eine heftige Reaktion provoziert hat.“

*** Interessenausgleich

¹¹⁷ Die theoretischen Quellen, denen Bentley sich bewußt verpflichtet fühlt, umfassen auch das Gedankengut der bürgerlichen Nationalökonomie seiner Zeit. Besonders der Einfluß seines Lehrers, R. T. Ely, der stark beeinflusst war von der bürgerlichen deutschen Nationalökonomie des ausgehenden 19. Jahrhunderts, aber auch von den Gleichgewichtsvorstellungen und der Gruppentheorie eines Otto von Guericke, wird in diesem Zusammenhang sichtbar. Vgl. ebenda, S. 119.

¹¹⁸ MEW, Bd. 23, Berlin 1973, S. 13.

Die geistige Anknüpfung erfolgt also in überwiegender Weise durch Bezüge auf die bürgerliche Nationalökonomie, Sozialphilosophie und Soziologie, deren Repräsentanten als Interessenvertreter der Bourgeoisie schon darauf zielten, die kapitalistischen Eigentumsverhältnisse, die Klassenspaltung zwischen Bourgeoisie und Proletariat und die Unversöhnlichkeit ihrer Klasseninteressen sowie den daraus resultierenden Klassenkampf zu verschleiern und die werktätigen Massen mit den bestehenden Macht- und Herrschaftsverhältnissen „auszusöhnen“. Dieses Erbe belastet Bentley auch dort, wo er versucht, gegen Tendenzen zu opponieren, die die Entwicklung des Monopolkapitalismus als parasitäre, offen demokratiefeindliche, bürokratisch-elitäre, staatsdirigistische Erscheinungen hervorbringt.

Das Ineinandergreifen des soziologischen Gruppen-„Modells“ von Bentley und des politökonomischen Markt-„Modells“ der Nationalökonomie, das im Gleichgewichts-„Modell“ einen Konsensus schafft, ist wesentlich durch drei grundlegende Beziehungen gekennzeichnet:

1. Eine der wichtigsten Grundlagen der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie, die auch dem Neoliberalismus als theoretische Quelle dient¹¹⁹, ist die Vorstellung von Ordnungsprinzipien, die die Gesellschaft begründen und erhalten.¹²⁰ Als ein solches Ordnungsprinzip gilt der „freie Markt“, dessen „Spielregeln“ mit Hilfe des Staates garantiert werden, so daß auf ihm jeder unter dem Prinzip des Verkaufs und Kaufs gleich sei. Zugleich wird die „vollständige, freie Konkurrenz“ gefordert. Die Analogie zu Bentleys absoluter Gruppenkonkurrenz, der Gleichgeordnetheit aller Gruppen als „gleichberechtigte Tauschpartner“ ist augenscheinlich. Die Ordnungsvorstellung bei Bentley besteht dabei in zwei Aspekten: *Einmal* ist die Gruppe dadurch determiniert, man könnte auch sagen: als Struktureinheit in ihrer Funktion an den Interessen ausgerichtet, daß [75] ihr im Sinne der für sie festen Handlungsbereiche im sozialen System eine gleichbleibende, ihr spezifische Interessenvertretung und folglich Handlungsweise zufällt. *Zum anderen* besteht die Ordnungsvorstellung darin, daß die Gruppen aufeinander angewiesen sind und so das Austragen ihrer Konflikte stets die Akzeptierung dieses Aufeinanderangewiesensein beinhaltet. Die Ordnungsvorstellungen sind es so schließlich, die jene sozialen Erscheinungen ausdrücken, die angeblich das soziale System im Gleichgewicht halten.¹²¹

2. Eine weitere Beziehung zwischen beiden „Modellen“ besteht hinsichtlich der Faktoren, die den Konflikt bzw. die Konkurrenz in den Vordergrund stellen. Der Gedanke der „freien Konkurrenz“ bzw. des „freien Wettbewerbs“ bei den Nationalökonomern entspricht ganz dem, was Bentleys Gruppenkonflikt für das soziale System ausdrückt. „Wettbewerb“ wie auch „Konflikt“ setzen dabei voraus, daß sich zwei oder mehrere Partner gleich gegenüberstehen, insofern sie darauf zielen, ihre Interessen zu ihrem bzw. ihrer Gruppe Nutzen zu verwirklichen. Diese Gleichheit soll es letztlich auch sein, die dieses ganze System zu einem sich selbst regelnden System sozialer Kräfte macht bzw. diesen Kräften selbstzerstörerische Wirkung nimmt. So formuliert Bentley in diesem Sinne: „The balance of the group pressure is the existing state of society.“¹²²

3. Eine weitere wesentliche Beziehung besteht hinsichtlich der Rolle der staatlichen Organe beziehungsweise des Charakters des Staates selbst. Den Vorstellungen der „freien Konkurrenz“, systematisch repräsentiert durch den sogenannten Wirtschaftsliberalismus, entspricht eine Vorstellung vom

¹¹⁹ Auf eine nähere Analyse des theoretischen Fundaments und des ideologischen Stellenwertes von Liberalismus und Neoliberalismus muß hier verzichtet werden. Man vgl. deshalb auswählend bei: H. Meißner (Hrsg.), Bürgerliche Ökonomie im modernen Kapitalismus, Berlin 1967, Abschn.: Das theoretische Rüstzeug des Neoliberalismus; besonders auch: E. D. Modrshinskaja, Das Schicksal des amerikanischen Liberalismus und Neokonservatismus in: J. A. Samoschkin u. a., Die gegenwärtige bourgeoise Ideologie in den USA, Moskau 1967; vgl. dazu: R. P. Wolf, Das Elend des Liberalismus, Frankfurt am Main 1969; kritisch auch: H. Wasmus, Ethik und gesellschaftliche Ordnungstheorie. Kritik des Liberalismus als Lebensform einer entwickelten Gesellschaft, Meisenheim/Gl. 1973.

¹²⁰ Hierzu auch: L. Hartz, The Liberal Tradition in America, New York 1955; Th. J. Lowi, The End of Liberalism: Ideology, Policy and Crisis of Public Policy, New York 1969; zur kritischen Auseinandersetzung sei vor allem verwiesen auf: G. Haney, Die Demokratie – Wahrheit, Illusion und Verfälschungen, Berlin 1971.

¹²¹ Vgl. H. Meißner, Die Entwicklung der Gleichgewichtstheorie als Ausdruck des Verfallsprozesses der bürgerlichen politischen Ökonomie, in: Probleme der politischen Ökonomie. Jahrbuch des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der Akademie der Wissenschaften der DDR, Bd. 5, Berlin 1962; vgl. O. Rühle, Zur Theorie der „Wettbewerbsordnung“ von Walter Encken, in: Wirtschaftswissenschaft, Heft 4/1954, S. 538 f.

¹²² A. F. Bentley, The Process of Government, S. 259. „Das Gleichgewicht des Gruppendrucks ist der bestehende Zustand der Gesellschaft.“

sogenannten freiheitlichen Rechtsstaat.¹²³ Seine Funktion beschränke sich auf die Kontrolle der Einhaltung gesellschaftlicher Spielregeln nach dem Muster einer sogenannten pluralistischen Demokratie.¹²⁴ In ihr wird die Konkurrenz bzw. der Konflikt als konstitutiv für die soziale Entwicklung angesehen, die dadurch gewährleistet wird, daß der Staat insofern nicht in die Konfliktauseinandersetzung eingreift, solange diese dem System selbst förderlich ist.¹²⁵ Die Nichteinmischungsforderung bezieht sich also auf die „Freiheit“ der Konkurrenz, nicht aber auf den Zwang zur „Ordnung“.

Ganz analog dazu stehen die Auffassungen Bentleys. Dies läßt sich vor allem deshalb schlußfolgern, weil seine Auffassung vom „politischen Prozeß“, der politische Institutionen und Regierungsformen einschließt, bedeutet, daß dieser integriert ist in den „einen, großen Bewegungsprozeß“, der ein „in jedem Stadium gleichgearteter Prozeß“ menschlichen Handelns ist.¹²⁶ Alle Erscheinungen des govern-[76]ment sind Ausdruck des Drucks und Gegendrucks von Gruppen, die handlungsmäßig in diesen „gemeinsamen Prozeß“ verwickelt sind.¹²⁷ In diesem Sinne schreibt Bentley: „It is hardly necessary here to argue that all these agencies of government are involved in one common process, any more than to argue against the idea that there is any unity in government other than that of process.“¹²⁸ Gemäß seiner Gruppen- und Handlungsvorstellung wie seines methodischen Prinzips ist es nur folgerichtig, wenn er government darstellt „nicht als eine gewisse Anzahl von Personen, sondern als ein gewisses Geflecht von Handlungen“.¹²⁹ Im allgemeinsten Sinne bedeutet deshalb government „das Aneinanderabstimmen einer Anzahl von Interessengruppen innerhalb einer bestimmten feststellbaren Gruppe oder eines Systems“.¹³⁰ Im engeren Sinne bedeute government jedoch, daß „eine oder mehrere differenzierte repräsentative Gruppen oder Organe spezifische lenkende Funktionen für die tiefer liegenden Gruppen der Bevölkerung“¹³¹ ausüben. Und in Anknüpfung an seine Ablehnung eines Gemeinschaftsinteresses bzw. eines gesamtgesellschaftlichen Gemeinwohls,¹³² das ihm in einem pluralistischen Gruppenkonflikt-System irrelevant scheint, betont er, worum es dann im process of government* zentral geht: „Es ist Kompromiß, nicht in der abstrakten moralischen Form, die Philosophen weise abhandeln können, sondern in der praktischen Form, mit der jeder Parlamentarier vertraut ist, dessen politische Unternehmungen von Erfolg gekrönt sind und einen Nutzen einbringen. Das ist das Handeln; das ist der Sinn eines Ausgleichs der Interessen.“¹³³

Eingangs haben wir nach dem „einigenden Band“ des sozialen Ganzen gefragt, nach dem, was die Struktur und Funktion des sozialen Systems als eine Einheit erkennen läßt. Die Antworten, die uns Bentley gibt, lauten: a) Die Gruppen bilden die Struktur, b) ihr Handeln die Funktion. Beiden immanent ist das Interesse. Die Interessen sind gegensätzlich, folglich auch die Gruppen und ihr Handeln.

¹²³ Bei Bentley vgl. man zum genannten Problem hauptsächlich in den Kapiteln X: Government, XII: The Classification of Governments, XIII: The Separation of Governmental Agencies sowie die Kapitel XIX, XV und XVI, die sich gesondert mit „the pressure of interests in the executive“ [der Druck von Interessen in der Exekutive] (S. 330 ff.), „in the legislature“ [in der Legislative] (S. 360 ff.) „and in the judiciary“ [und in der Justiz] (S. 382) beschäftigen.

¹²⁴ Vgl. R. Behlke, Der Neoliberalismus und die Gestaltung der Wirtschaftsverfassung in der Bundesrepublik Deutschland, (West-)Berlin 1961; H. Ritter, Verrat an der sozialen Marktwirtschaft? Wirtschaftspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Reinbek bei Hamburg 1972; kritisch besonders: W. N. Schenajew, Die Krise der „sozialen Marktwirtschaft“. „Theorie“ und Wirklichkeit, Frankfurt am Main 1973; [G. Ripp, Politische Ökonomie und Ideologie. Kritische Betrachtungen zur ökonomischen Ideologie des gegenwärtigen Kapitalismus, in: Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, herausgegeben von Manfred Buhr, Heft 45, Berlin 1974.](#)

¹²⁵ L. A. Coser, Theorie sozialer Konflikte, Neuwied/(West-)Berlin 1972; W. L. Bühl (Hrsg.), Konflikt und Konfliktstrategie. Ansätze zu einer soziologischen Konflikttheorie, München 1973; M. Nickolson, Konfliktanalyse. Einführung in Probleme und Methoden, Köln/Opladen 1973.

¹²⁶ Vgl. A. F. Bentley, The Process of Government, S. 178, 183.

¹²⁷ Vgl. ebenda, S. 258.

¹²⁸ Ebenda, S. 321. „Es ist hier kaum notwendig zu argumentieren, daß all diese Regierungsbehörden an einem gemeinsamen Prozeß beteiligt sind, ebenso wenig wie gegen die Idee zu argumentieren, daß es in der Regierung eine andere Einheit als die des Prozesses gibt.“

¹²⁹ Vgl. ebenda, S. 261.

¹³⁰ Vgl. ebenda, S. 260.

¹³¹ Vgl. ebenda, S. 261.

¹³² Vgl. ebenda, S. 213 ff.

* Regierungsprozeß

¹³³ Ebenda, S. 371.

Auf dieser Grundlage kann die Einheit von Struktur und Funktion jedoch nicht im Sinne eines Systems erfaßt werden. Es sei denn, man führt in der Art, wie Bentley mit der Kategorie des Interesses verfährt, ein analoges Axiom ein: the adjustment of interests. Es soll zur Charakterisierung dieses Axioms nicht das wiederholt werden, was zum „Interesse“ bereits gesagt wurde. Da Bentley die Rolle der staatlichen Organe, die Funktion des politischen Handelns auf dieses Gleichgewicht gründende und Konflikt regelnde Prinzip bezieht, muß folgender Gedanke noch angeführt werden.

Durch die Auflösung der gesellschaftlichen Erscheinungen in so-[77]ziologische Kategorien, die ihre gesetzmäßigen Zusammenhänge nicht adäquat widerspiegeln, wird die Bentleysche Systeminterpretation besonders hinsichtlich der Unterscheidung zwischen gesellschaftlichen Überbauerscheinungen und ihrer materiellen sozialökonomischen Basis – vorsichtig ausgedrückt – unrealistisch. Die allgemeine, unkonkrete Kategorie des Handelns verleitet gerade dazu, Erscheinungen der Produktionssphäre mit der Sphäre des Überbaus gleichzusetzen. Die undifferenzierte Kategorie des Interesses trägt ihr übriges dazu bei, was selbst durch das verschämte Zugeständnis, daß es „repräsentative Gruppen oder Organe“ mit spezifisch leitenden Funktionen gegenüber „tiefer liegenden Gruppen der Bevölkerung“ gibt, nicht gemildert wird.

Wir meinen, daß sich darin ein durch die bourgeoise Klassenposition bedingter Subjektivismus ausdrückt. Denn gerade für Bentley gilt, was Lenin in bezug auf den Subjektivismus in der Soziologie hervorhob, daß seine Vertreter nämlich bei den gesellschaftlichen Ideen und Zielen der Menschen haltmachen und es nicht verstehen, diese Ideen und Ziele auf die materiellen gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen.¹³⁴

Wir haben oben bereits gesehen, indem wir den idealistischen Ausgangspunkt Bentleys mit dem materialistischen von Marx konfrontierten, daß ersterer sich eine wesentliche Voraussetzung für eine wissenschaftliche Erklärung der Gesellschaft vergibt. Sie wirkt sich sehr nachhaltig auch in der Systeminterpretation der Gesellschaft aus. Marx schreibt: „In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt.“¹³⁵ Damit schuf Marx – wie Lenin betonte – die entscheidende methodologische Voraussetzung für eine wissenschaftliche Soziologie, weil allein die Zurückführung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf die Produktionsverhältnisse und dieser wiederum auf den jeweiligen Stand der Produktivkräfte eine feste Grundlage dafür bot, die Entwicklung der Gesellschaftsformationen als einen naturgeschichtlichen Prozeß darzustellen.¹³⁶

Nun liegt bei Bentley nicht nur in dieser Hinsicht ein ungeklärtes [78] Problem vor, sondern auch in der Richtung, daß er in der Erklärung des politischen Prozesses nicht einmal an die bereits durch die politische Philosophie und Sozialphilosophie des objektiven Idealismus erreichte Erkenntnishöhe herankommt, die die aktive Rolle des politischen Überbaus betonte. Obwohl dies in idealistischer Verabsolutierung geschah, enthielten diese Auffassungen doch einen realen Kern.¹³⁷

Engels stellte die bezüglich der Rolle von Basis und Überbau „auf den Kopf“ gestellte Auffassung auf materialistische „Füße“, als er schrieb: „Nach materialistischer Geschichtsauffassung ist das *in letzter Instanz* bestimmende Moment in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens... Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate – Verfassungen, ... Rechtsformen, und

¹³⁴ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 131.

¹³⁵ MEW, Bd. 13, Berlin 1961, S. 8; vgl. auch: MEW, Bd. 6, Berlin 1959, S. 408.

¹³⁶ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 130 f.

¹³⁷ Vgl. G. W. F. Hegel, Die Vernunft in der Geschichte, Berlin 1966; G. W. F. Hegel, Politische Schriften, Berlin 1970; ausführlich dargestellt bei: M. Buhr/G. Irritz, Der Anspruch der Vernunft, Berlin 1968.

nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkung auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren *Form*. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten... als Notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt.“¹³⁸

Nicht nur daß Bentleys Ausgangspunkt durch seine Handlungsauffassung und die sie bestimmende Interessenkonzeption idealistischen Charakter trägt; nicht nur daß er sich auf dieser Basis unfähig zeigt, die Wechselbeziehung der Elemente des Systems unter einem die Gesellschaft adäquat widerspiegelnden Systembegriff zu fassen, den der sozialökonomischen Gesellschaftsformation, ohne den nach Lenin keine Gesellschaftswissenschaft möglich ist;¹³⁹ sondern auch in der Auffassung über den politischen Prozeß zeigt sich sein Subjektivismus. Darin besonders deutlich, weil in seiner Betrachtung die idealistische Ausgangsposition zusammenfällt mit der undialektischen Auflösung des process of government im ahistorisch gefaßten und seiner gesellschaftlichen Konkretheit und Differenziertheit beraubten social process, den als social whole bzw. als social system zu erklären mißlingt. [79]

4. Wissenschaftsanspruch und pragmatische Dienstleistung

Für die theoriegeschichtliche Bedeutung Arthur F. Bentleys läßt sich auf Grund dieser Analyse zunächst folgendes feststellen: Der entscheidende theoretische Mangel des Bentleyschen Versuches, eine ganzheitliche Erfassung – übertrieben wäre: systemtheoretische Konzeption im Sinne moderner Vorstellungen¹⁴⁰ – der Gesellschaft als eines sozialen und politischen Prozesses vorzulegen, besteht darin, daß ein wissenschaftliches Erfassen der dialektischen Einheit und Wechselwirkung von Ökonomie, Politik und Ideologie unter den gegebenen theoretischen Prämissen unmöglich gemacht wird. Entscheidend dafür sind vor allem:

1. Bentley sieht die Struktur der Gesellschaft in der Gruppe, die Funktion sieht er als von Interessen bedingtes Handeln. Um den Zusammenhalt der Gruppen zu begründen, interpretiert er ihre Wechselbeziehung unter Bezugnahme auf den Gleichgewichtsgedanken der klassischen bürgerlichen Nationalökonomie, von dem er das Gleichgewicht der Gruppen ableitet, das zugleich einen Faktor der Ordnung, des Beständigen im System verkörpert. 2. Die durch die Gruppen repräsentierten Interessengegensätze, die sich im Handeln zu ihrer Verwirklichung als gesellschaftlicher Konflikt offenbaren, sind das eigentliche Bewegungsmoment innerhalb des sozialen Systems; sie werden als der eigentliche Motor seiner inneren Dynamik betrachtet. Die Handlungen nehmen ihren Ausgang bei den Interessen und erhalten durch sie ihre Gerichtetheit auf den zu erzielenden Nutzen. Da die Interessen zu den Handlungen nicht in innerer kausaler Beziehung stehen, sondern letztlich als ursachen- und ziellos verstanden werden, ergibt sich das Bild einer kreisförmigen Bewegung, in der das Interesse durch die Gruppe entsprechend ihrem sozialen Handlungsbereich immer wieder neu „gesetzt“ wird; zugleich aber niemals über die Grenzen des Systems hinausweist. 3. Daraus folgt: Eine solche Sichtweise gesteht dem sozialen System, der Gesellschaft keine Geschichtlichkeit und keine Höherentwicklung zu. Alle gesellschaftliche Bewegung vollzieht sich in einer gleichbleibenden Struktur, innerhalb der Ordnungsorgane darüber wachen, daß das Funktionieren der Gruppen untereinander das Gleichgewicht nicht stört und sich nach Ordnungsregeln richtet.

¹³⁸ MEW, Bd. 37, Berlin 1967, S. 463.

¹³⁹ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961, S. 131 f.

¹⁴⁰ Einen Einblick in die gegenwärtigen Standpunkte der bürgerlichen Sozial- und politischen Wissenschaften geben neben den schon genannten auch: R. Prewo/J. Ritsert/E. Stracke, Systemtheoretische Ansätze in der Soziologie. Eine kritische Analyse, Reinbek bei Hamburg 1973; M. Th. Greven, Systemtheorie und Gesellschaftsanalyse. Kritik der Werte und Erkenntnis-möglichkeiten in Gesellschaftsmodellen der kybernetischen Systemtheorie, Darmstadt/Neuwied 1974; K. Th. Schuon, Bürgerliche Gesellschaftstheorie der Gegenwart. Einführung und Kritik, Köln 1975; als marxistisch-leninistische Analyse und Kritik dazu u. a.: [C. Warnke, Die „abstrakte“ Gesellschaft. Systemwissenschaften als Heilsbotschaft in den Gesellschaftsmodellen Parsons', Dahrendorfs und Luhmanns, in: Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, herausgegeben von Manfred Buhr, Heft 46, Berlin 1974](#); B. P. Löwe/H.-H. Lanfermann, „Systemtheorie“ contra gesellschaftlicher Fortschritt. Zur Kritik einer politischen Theorie der Monopolbourgeoisie, in: IPW-Berichte, Heft 7/1973; D. Bergner/R. Mocek, Bürgerliche Gesellschaftstheorien, S. 175-203.

So verkörpert die Bentleysche Gruppenauffassung in ihren Konsequenzen nur einen vordergründigen Realismus bei der Betrachtung der Gesellschaft als eines „Systems“. Eine adäquate Widerspiegelung der amerikanischen Gesellschaft war zwar bei Bentley von vornherein [80] nicht zu erwarten. Doch ermöglichen auch die einzelnen Komponenten seiner theoretischen Begründung des process of government keinen entscheidenden Erkenntnisgewinn hinsichtlich der Teilbereiche der Gesellschaft. Es bleibt vor allem wegen der fehlenden Aufdeckung der sozialökonomischen Determiniertheit der verschiedenen Bereiche des politisch-ideologischen Überbaus der Gesellschaft und wegen der mangelhaften Erfassung der kausalen Abhängigkeiten zwischen den Bereichen bei einer „System“-Vorstellung, die illusionärer Widerschein der Wirklichkeit ist. So erscheint es nicht unbegründet, wenn man einen wesentlichen Grund dafür in der gruppentheoretischen Konzeption selbst sieht. Denn die Strukturebene, wo Bentley von dem eigentlichen Wirksamwerden der Interessen in Form von Interessengruppen und des von ihnen ausgeübten Drucks spricht, beschränkt sich doch weitestgehend auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß (im engeren Sinne auf die Distribution, Zirkulation und Konsumtion).

Marx hatte bereits die Rückwirkung dieser Erscheinungen auf den Produktionsprozeß wissenschaftlich in ihrer Gesetzmäßigkeit erfaßt, als er schrieb: „Mit Veränderung der Distribution ändert sich die Produktion; z. B. mit der Konzentration des Kapitals, verschiedener Distribution der Bevölkerung in Stadt und Land etc. Endlich bestimmen die Konsumtionsbedürfnisse die Produktion. Es findet Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Momenten statt. Dies der Fall bei jedem organischen Ganzen.“¹⁴¹ Indem Marx vom organischen Ganzen und der Wechselwirkung seiner verschiedenen Momente spricht, verdeutlicht er die objektive Dialektik des Systems, die darin besteht, „daß die Gesellschaft als ein lebendiger Organismus, in ständiger Entwicklung begriffener Organismus“ zu betrachten ist „und nicht als etwas mechanisch Verkettetes, das infolgedessen eine beliebige willkürliche Kombination der einzelnen sozialen Elemente zuließe“.¹⁴² Gerade dies geschieht jedoch in der gruppentheoretischen Konzeption Bentleys, weil seine „Wechselwirkung“ die von Druck und Gegendruck beinhaltet, die sich schließlich im „Ausgleich“ aufhebt. Bentley gelangt zu dieser undialektischen Auffassung, weil er sich eben nicht an die von ihm so beschworenen „Tatsachen“ hält. Denn die Tatsache ist doch die: „... bestimmte Individuen, die auf bestimmte Weise produktiv tätig sind, gehen diese bestimmten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse ein. Die empirische Beobachtung muß in jedem einzelnen Fall den Zusammenhang der gesellschaftlichen und politischen Gliederung mit der Produktion empirisch und ohne alle Mystifikation und Spekulation aufweisen. Die gesellschaftliche Gliederung und der Staat gehen beständig aus dem Lebensprozeß bestimmter Individuen hervor; aber dieser Individuen nicht wie sie in der eigenen oder fremden Vorstellung erscheinen mögen, sondern wie sie *wirklich* sind, d. h. wie sie wirken, materiell produzieren, also wie sie unter bestimmten materiellen und von ihrer Willkür unabhängigen Schranken, Voraussetzungen und Bedingungen tätig sind.“¹⁴³

Folgt man dieser Forderung, dann wird in Beziehung auf Bentley sogleich deutlich, daß seine Annahme eines separaten, ursachen- und letztlich ziellosen Interesses eine erste Mystifikation und ein Abweichen von der von ihm selbst mit Pathos geforderten empirischen Beschreibung ist. Da seine Gruppen und Handlungen, die durch das Interesse sich in ihrer Existenz konstituieren, davon ebenfalls betroffen sind, muß bereits der Ausgangspunkt seiner Konzeption Bedenken hervorrufen.

Die Grundlage der sozialen Strukturiertheit und die Funktion ihrer Handlungsträger ist aber „schon von vornherein ein materialistischer Zusammenhang der Menschen untereinander, der auch die Bedürfnisse und die Weise der Produktion bedingt und so alt ist wie die Menschen selbst – ein Zusammenhang, der stets neue Formen annimmt und also eine ‚Geschichte‘ darbietet, auch ohne daß irgendein politischer oder religiöser Nonsens existiert, der die Menschen noch extra zusammenhalte“.¹⁴⁴

¹⁴¹ K. Marx, Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, S. 20 f. [MEW Bd. 42, S. 34].

¹⁴² Lenin, Werke, Bd. 1, Berlin 1961. S. 158.

¹⁴³ K. Marx/F. Engels, Die deutsche Ideologie, S. 1205. [MEW Bd. 3, S. 25]

¹⁴⁴ Ebenda, S. 1212. [Ebenda, S. 30]

Die empirisch konstaterbare Voraussetzung der menschlichen Existenz und also menschlicher Gruppen ist ihre materielle Tätigkeit zur Sicherung ihrer Existenz, ist die Produktion materieller Güter. Damit erhalten die menschlichen Handlungen hinsichtlich ihrer Ursachen und Zielstellung eine materialistische Erklärung. Zugleich trifft dies den Charakter ihrer Gedanken und Ideen, denn indem die Menschen zu ihrer Existenz produzieren, „produzieren sie sich indirekt ihr materielles Leben selbst“.¹⁴⁵

Und diese materiellen Bedingungen ihres Lebens, ihrer wirklichen Lebensweise als Produzenten sind Ausgangspunkt ihrer Ideenbildung. Marx und Engels schreiben: „Die Produktion der Ideen, Vorstellungen, des Bewußtseins ist zunächst unmittelbar verflochten in die materielle Tätigkeit und den materiellen Verkehr der Menschen, Sprache des wirklichen Lebens. Das Vorstellen, Denken, der geistige Verkehr der Menschen erscheinen hier noch als direkter Ausfluß ihres materiellen Verhaltens. Von der geistigen Produktion, wie sie in der Sprache der Politik, der Gesetze, der Moral, der Religion, Metaphysik usw. eines Volkes sich darstellt, gilt dasselbe. Die Menschen [82] sind die Produzenten ihrer Vorstellungen, Ideen pp., aber die wirklichen, wirkenden Menschen, wie sie bedingt sind durch eine bestimmte Entwicklungsstufe ihrer Produktivkräfte und des denselben entsprechenden Verkehrs bis zu seinen weitesten Formationen hinauf.“¹⁴⁶

Was Bentley nun tut, ist, daß er nicht bei den materiellen Voraussetzungen dieses einer entsprechenden Produktionsweise adäquaten gesellschaftlichen Verkehrs mit seinen Betrachtungen beginnt, sondern bei den an der gesellschaftlichen Oberfläche sich zeigenden Erscheinungen. Deshalb kann er die zentrale Kategorie „Interesse“ auch nicht konkret-historisch fassen und das Interesse von „Gruppen“ aus ihrem „wirklichen Lebensprozeß“ ableiten. Der vordergründige Pluralismus von Interessen führt so zu einer pluralistischen Vorstellung der das soziale System verkörpernden Gruppen. Durch das Ablehnen der Frage nach den Ursachen der Handlungen der Menschen und den Motiven ihres Kampfes versperrt sich Bentley sowohl den Zugang zur Erklärung der Triebkraftrolle der Interessengegensätze als auch zur Erkenntnis der wirklichen Struktur der Gesellschaft und der Funktion des menschlichen Handelns im Bereich der materiellen Produktion und im politischen Kampf.

Wäre Bentley den empirisch erfaßbaren Sachverhalten wirklich konsequent nachgegangen – und die sozialökonomische Situation seiner Zeit legte dies mehr als nahe –, dann hätte er die alles entscheidende Macht des Privateigentums an Produktionsmitteln erkennen müssen, das die Basis der Spaltung der Gesellschaft in antagonistische Klassen bildet. Auf ihrer Grundlage bilden sich für den Besitzer an Produktionsmitteln objektiv Interessen heraus, die als Profitinteressen sein Handeln bestimmen und das Wesen seiner politischen Aktionen ausmachen. Andererseits führt der Nichtbesitz an Produktionsmitteln dazu, daß diese Masse von Menschen gezwungen ist, ihre Arbeitskraft an den Besitzer von Produktionsmitteln zu verkaufen. Dieser Kauf und Verkauf von Arbeitskraft ist jenes objektive Moment, das die gegenseitige Bedingtheit dieser beiden gegensätzlichen Klassen ausmacht. Der relative Charakter ihrer Einheit, der in diesem Fall als ein das gesellschaftliche System erhaltendes Moment anzusehen ist, schließt jedoch den absoluten Charakter ihres Kampfes ein. Dieser bildet als Klassenkampf die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung. Bentley ist zur Klärung dieser kausalen Beziehungen auf Grund seines ahistorischen und idealistischen Herangehens an die Analyse der Gesellschaft nicht in der Lage.

Das wird noch deutlicher, wenn man einbezieht, was Bentley mit [83] seiner Version einer „Produktionsweise“ meint. Er liefert nicht mehr als das Bild einer Gesellschaft mit unterschiedlichen Tätigkeitsbereichen. Diese will er keineswegs auf die gesellschaftliche Produktion materieller Güter begrenzen und diesen Bereich als primär determinierend gelten lassen, sondern er läßt diese Tätigkeitsbereiche durch die technische (instrumentale) Art der dabei zum Einsatz gelangenden Produktionsmittel sich unterscheiden. Damit stellt er alle Tätigkeitsbereiche ihrem Wesen nach auf die gleiche Stufe. Ihr verbindendes Element – das Handeln – läßt eine qualitative Bestimmung der gesellschaftlichen Beziehungen nicht zu und verhindert von daher einen wissenschaftlichen Zugang zur wirklich vorliegenden arbeitsteiligen Strukturiertheit einer Gesellschaft.¹⁴⁷ Da also die Menschen als

¹⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 1202. [Ebenda, S. 21]

¹⁴⁶ Ebenda, S. 1206. [Ebenda, S. 26]

¹⁴⁷ Vgl. E. Hahn (Hrsg.), Grundlagen des historischen Materialismus, Berlin 1976.

entscheidende Produktivkräfte nicht von ihrer sozialökonomischen Basis aus bestimmt werden, das heißt von der Art und Weise, wie sie produzieren und unter welchen Umständen sie produzieren, welches Verhältnis sie zu dieser Produktion und innerhalb dieser untereinander eingehen, kann der Widerspruch zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen nicht erkannt und als die entscheidende Ursache für die Bewegung und Entwicklung der Gesellschaft gesehen werden.¹⁴⁸

Der gruppenmäßigen Bestimmung der gesellschaftlichen Struktur und der darauf beschränkten funktionellen Bezüge steht außerdem entgegen, daß die amerikanische Gesellschaft – so wie sie Bentley als voll ausgebildeten Monopolkapitalismus vor Augen hatte – bereits eindeutig durch den Antagonismus zweier Hauptklassen gekennzeichnet war: Monopolbourgeoisie und Proletariat.¹⁴⁹ Aus der Bentleyschen Sozialstruktur des gesellschaftlichen Systems fällt deshalb auch die Klasse der Bauern heraus. Da die amerikanischen Verhältnisse in der Landwirtschaft schon frühzeitig dazu führten, daß ein Landarbeiter entstand, der wesentliche Merkmale des Proletariats trug, und selbst die spezifischen Momente des amerikanischen Farmwesens zu der Schlußfolgerung führen, daß die kleinen Pächter proletarische Züge tragen beziehungsweise mit ihrem Existenzverlust massenhaft dem Proletariat zuwandern, muß das Herausfallen dieser Bewegung innerhalb der Sozialstruktur mit ihren gravierenden Auswirkungen auf die politischen Verhältnisse als ein entscheidender Mangel der von Bentley versuchten Systemanalyse herausgestellt werden.¹⁵⁰

Die Annahme Bentleys, mit der Konstruktion einer generellen Gleichgewichtigkeit der Gruppen im sozialen Bereich auf eine dementsprechende politische Machtverteilung schließen zu können, erweist sich im Vergleich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit als grund-[84]legende Fehleinschätzung. Bentley hat bei der Gruppenthese – betrachtet man nur die sich an der Oberfläche der Gesellschaft zeigenden Erscheinungen – vor Augen, daß sich für die meisten bedeutsamen sozialökonomischen und, darauf gründend, sozialpolitischen Interessen Gruppenvertretungen herausbilden, so zum Beispiel Unternehmerverbände und Gewerkschaften. Geht man nun, wie Bentley, nicht auf die Ursachen und Beweggründe solchen Handelns von Gruppen zurück, dann kann man nicht erkennen, daß diese Art von Zusammenschlüssen ja bereits Ergebnis, Folge von Konfliktauseinandersetzung ist, die verursacht wird durch die Spaltung in Klassen, die daraus sich ergebenden antagonistischen Klasseninteressen und den Kampf um ihre Durchsetzung. Die Spezifik des amerikanischen Verbandslebens kann für das Nichterkennen des Charakters der Klassengesellschaft nicht ausschlaggebend gemacht werden. Denn erstens ist dieses selbst Produkt historisch gewachsener materieller gesellschaftlicher Verhältnisse und in der politischen Absicht der Monopolbourgeoisie ein Mittel zur Spaltung der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten. Und zweitens sind die ideologisch-theoretischen Konzeptionen, die letzteres nicht nur begründen helfen, sondern auch dazu beitragen, es praktikabel für den Zugriff staatsmonopolistischer Herrschaftsmethoden zu gestalten, fester Bestandteil der politischen Ideologie der Monopolbourgeoisie.¹⁵¹

Auch die Auffassung von der Ursachenlosigkeit der Interessen, die an die Gruppen angebunden werden, geht an der Wirklichkeit vorbei. Da sich mit der sozialökonomischen Ursachenlosigkeit der Interessen der Charakter der zugestandenen gruppenmäßigen Zwecksetzungen in der Ökonomie und Politik nicht bestimmen läßt, bleibt naturgemäß auch das Wie und Warum all jener Erscheinungen verborgen, die ihre Grundlage im monopolkapitalistischen Besitz der Produktionsmittel haben. Wenn

¹⁴⁸ Vgl. Die Gesetzmäßigkeit der sozialen Entwicklung. Ausgewählte Beiträge, Berlin 1975.

¹⁴⁹ Vgl. J. Kuczynski, Die Geschichte der Lage der Arbeiter in den Vereinigten Staaten von Amerika von 1775 bis in die Gegenwart, Berlin 1955.

¹⁵⁰ Vgl. W. I. Thomas/F. Znaniecki, The Polish Peasant in Europe and America, Boston 1918-1920. Diese Arbeit ist bekanntlich nicht nur von methodologischer Bedeutung für die Erforschung der Sozialstruktur und in der bürgerlichen empirischen Sozialforschung ein erstes Beispiel der Methode der sog. vergleichenden Analyse, sondern auch von dokumentarischem Wert für eine Einschätzung der Lage der amerikanischen Bauern um die Jahrhundertwende sowie für den Prozeß der raschen Industrialisierung der amerikanischen Landwirtschaft nach monopolkapitalistischen Prinzipien.

¹⁵¹ Vgl. W. G. Kalenski/R. Mocek/B. P. Löwe, Politologie in den USA, Kap. II. „Das theoretische Kredo der modernen amerikanischen political science“, S. 37 ff. Erwähnenswert: S. Ehrlich, Die Macht der Minderheiten. Die Einflußgruppen in der politischen Struktur des Kapitalismus, Wien/Frankfurt am Main/Zürich o. J. (Orig.: Warszawa 1962); hier wird Bentley als „bahnbrechend“ für die Ausarbeitung der sog. Theorie der Einflußgruppen bezeichnet (vgl. S. 271).

dennoch innerhalb des Regierungsprozesses spezielle Interessenvertretungen zugestanden werden und wenn diese auch als *pressure groups* bezeichnet werden, so wird aber nicht zu der Tatsache vorgestoßen, daß der Staat und seine Organe das Instrument der ökonomisch herrschenden Klasse sind. Handlungsziele innerhalb dieser Organe tragen aus den schon genannten Gründen ebenfalls Klassencharakter, sind gerichtet auf die Verwirklichung bourgeoiser Klasseninteressen. Die Ziele sind niemals – auch in ihrer allgemeinsten politischen Form nicht – autonom und klassenindifferent. Eben- sowenig ist deshalb die Konstruktion eines Interessenausgleichs zwischen Angehörigen antagonistischer Klassen der Wirklichkeit angemessen, da auch der politische Kompro-[85]miß nicht aufhört, eine widersprüchliche Einheit zu sein, in der das (Moment seiner Aufhebung den absoluten, das seines Bestandes den relativen Charakter des Ganzen ausmacht.

Die Ordnungsvorstellung Bentleys verabsolutiert das „Aufeinanderangewiesensein der Gruppen“ trotz der Ablehnung eines Gemeinwohlprinzips im Sinne einer fiktiven Bedingtheit gemeinschaftlicher Existenz. Deren Bindung ist das Gleichgewicht der Interessen, das durch ihren Ausgleich erreicht wird. Da dieser Ausgleich in der Realität nicht vorkommt bzw. in der Form des Kompromisses einen vorübergehenden, labilen Gleichgewichtszustand schafft, bleibt der Konflikt das Bestimmende. Allerdings kann dieser unter den Verhältnissen des Monopolkapitalismus nicht mehr im Sinne der „freien Konkurrenz“ interpretiert werden, wie das Bentley tat, weil der „freie Wettbewerb“ auf dem Markt bereits aufgehört hat zu existieren und die monopolkapitalistische Konkurrenz den Charakter des Marktes bestimmt.

Indem die staatlichen Organe funktional interpretiert werden als Bewacher des „geregelten Interessenausgleichs“, wird das Gleichgewicht im System von Bentley als zu erhaltender Wert angesehen, dem letztlich das „freie Kräftespiel der Gruppen“ unterzuordnen ist in dem Sinne, daß es vorgegebene Schranken und Regeln akzeptiert als Grenzen, unterhalb derer der Kompromiß erfolgen muß. Da Bentley die sozialökonomischen Ursachen für gesellschaftliche Prozesse, die objektiv Gleichgewichts- beziehungsweise Konfliktcharakter tragen, nicht herausarbeitet, kommt er zu einer Nivellierung des Unterschiedes zwischen ökonomischen und politischen Erscheinungen, die er gleichsetzt und dadurch vor der Unmöglichkeit steht, die materielle gesellschaftliche Basis als das letztlich Bestimmende gegenüber dem politischen und ideologischen Überbau einer Gesellschaft zu begreifen. So erscheint government als kausal nicht bedingt.¹⁵²

Durch die Beschränkung der Politik auf das Durchsetzen von Interessen, die nicht näher erklärt werden und deren Klassencharakter so unterschlagen wird, kann keine inhaltliche Bestimmung der Politik erfolgen. Politik wird reduziert auf Funktion, auf Druck und Gegendruck von Gruppen. Folglich wird auch der politische Kampf um die Macht im Staat nicht als das höchste Ziel der politischen Auseinandersetzung erfaßt. Das Postulat der Interessengebundenheit staatlicher Organe in den Aussagen Bentleys ist eine bloße Referenz gegenüber der nicht zu überdeckenden Korruptheit des bürgerlichen Staates und seiner Organe, nicht aber Anerkennung seines [86] Klassencharakters. Andererseits wird durch die Annahme, daß die staatlichen Organe selbst wieder – entsprechend ihren Tätigkeitsbereichen – Gruppen sind, dem Gedanken Vorschub geleistet, daß die durch sie entwickelten Interessen separaten Charakter tragen würden.

Die Bedeutung Bentleys für die Theorieentwicklung der amerikanischen Politikwissenschaft sowie für deren Dienstleistung für ideologisch-theoretische und politisch-praktische Bedürfnisse der Monopolbourgeoisie kann in folgender Weise zusammengefaßt werden:

Bentley läßt trotz seiner starken Bindung an traditionelle sozial- und politikwissenschaftliche Vorstellungen und Denkweisen eine neue Motivation in das Selbstverständnis der Vertreter von sozial- und politikwissenschaftlichen Forschungen einfließen.¹⁵³ Bentleys politisches Engagement als

¹⁵² Vgl. A. Bauer u. a., *Basis und Überbau der Gesellschaft*, Berlin 1974; vgl. A. K. Belych, *Organisation, Politik und Leitung*, Berlin 1969.

¹⁵³ Vgl. H. Kleinewefers, *Das wissenschaftstheoretische Selbstverständnis der Sozialwissenschaften*, in: *Wissenschaft/Wissenschaften*, herausgegeben von Helmut Holzhey, Basel/Stuttgart 1974, S. 61 ff.; auch bei: F. Tomberg, *Bürgerliche Wissenschaft. Begriff – Geschichte – Kritik*, Frankfurt am Main 1973.

Journalist und 1924 als Wahlkampfleiter der Partei La Follettes in Indiana¹⁵⁴ muß ihm vor Augen geführt haben, daß – wie Engels bereits 1892 an F. A. Sorge schrieb – „im übrigen die Amerikaner der europäischen Welt seit längerer Zeit den Beweis geliefert (haben), daß die bürgerliche Republik die Republik der kapitalistischen Geschäftsleute ist, wo die Politik nur Handelsgeschäft wie jedes andre“¹⁵⁵. Zwar spricht Bentley schon 1908 auch bezüglich „wissenschaftlicher Theorien“ von einer Interessendeterminiertheit – und dies nicht erst im Prozeß ihrer kapitalistischen Vermarktung als Ware, sondern schon in ihren Ausgangsbedingungen sowie Problemstellungen und -lösungen¹⁵⁶ –, doch nimmt dies zunächst keinen wesentlichen Platz im „Process of Government“ ein und wird auch in den späteren erkenntnistheoretischen und methodologischen Arbeiten mit ihrer sonderbaren Mischung von Pragmatismus und Positivismus nicht als zentrale Problematik aufgegriffen.¹⁵⁷

Doch deutet sich in der Arbeit von 1908 an, daß Bentleys Hauptorientierung auf den politischen Prozeß als der entscheidenden Erscheinung des Sozialprozesses kein Einzelfall bleiben sollte. Liegt dieser Orientierung doch eine allgemeine Gesetzmäßigkeit in der Entwicklung der bürgerlichen Ideologie zugrunde.¹⁵⁸ Denn die von Marx und Engels erforschten Gesetzmäßigkeiten der Ideologiebildung und des Charakters der bürgerlichen Ideologie führten zu dem Schluß, daß die gesellschaftliche Gesamtbewegung des Kapitalismus u. a. dadurch zustande kommt, daß jeder einzelne Kapitalist seinen ökonomischen Interessen nachgeht und die geschichtliche Bewegung eine Art Resultante der tausendfach sich bestätigenden kapitalistischen Einzelinteressen unter der politischen Absicherung durch das staatliche System darstellt. Entsprechend bestimmten Marx und Engels die bürgerliche Ideologie als Apologie und Verklärung des Kapita-[87]lismus, wobei sie in ihrer Vielfalt als Resultante das bürgerliche Klasseninteresse enthält und als Mittel ideologischer Steuerung des politischen und sozialen Verhaltens im Sinne der Funktionsfähigkeit des gesellschaftlichen Ganzen wirkt. „Das bedeutet zugleich“, schreibt Bergner, „daß der Grad wissenschaftlicher Rationalität dieser Ideologie zunächst relativ unwesentlich ist. Im Gegenteil, je verzerrender, mythischer und irrationaler ihr Charakter, um so wirksamer erweist sie sich als Mittel zur Steuerung systemkonformen Verhaltens.“¹⁵⁹

Mit dem Übergang der Bourgeoisie in ihr monopolkapitalistisches Entwicklungsstadium wird diese „Leistungsfähigkeit“ nicht nur objektiv unzureichend, sondern auch subjektiv als den Bedürfnissen unangemessen empfunden.¹⁶⁰ Diese tendenzielle, weitaus nicht einheitliche Wende wird auch durch die bürgerlichen Sozial- und politischen Wissenschaften reflektiert und um die Jahrhundertwende vor allem stark vorangetrieben.¹⁶¹ Ausschlaggebend ist dabei, daß „jede gesellschaftliche Kraft, die Anspruch auf politischen Einfluß oder gar auf die Führung der Gesellschaft erhebt, eine gesellschaftstheoretische Konzeption umfassenden Charakters (benötigt), weil sie vor allem einer konzeptionellen Politik bedarf, einer Politik, die sich nicht einfach aus Augenblicksinteressen ableitet, sondern sich bemüht, von langfristigen Entwicklungstendenzen der Gesellschaft auszugehen“¹⁶².

¹⁵⁴ Vgl. weitere biographische Angaben in: W. Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, S. 7 ff.

¹⁵⁵ Fr. Engels, Brief an F. A. Sorge, in: K. Marx/F. Engels, Ausgewählte Briefe, Berlin 1953, S. 544, zur geschichtlichen Situation auch: W. Z. Foster, Geschichte der Kommunistischen Partei der Vereinigten Staaten, Berlin 1956, hier: Kap. 15 „Die Kommunisten und die La Follette-Bewegung (1922 bis 1924)“, S. 291 ff.

¹⁵⁶ Vgl. A. F. Bentley, The Process of Government, Kap. IV: Political Science, bes. S. 273, 294, 394.

¹⁵⁷ Vgl. W. Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, Appendix 1-5.

¹⁵⁸ Vgl. E. Hahn, Ideologie. Zur Auseinandersetzung zwischen marxistischer und bürgerlicher Ideologietheorie, Berlin 1969; R. Kirchhoff (Hrsg.), Die marxistisch-leninistische Philosophie und der ideologische Kampf der Gegenwart, Berlin 1970.

¹⁵⁹ D. Bergner, Ideologie und Strategie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 7/1968, S. 765 f.; dazu neuerlich auch: E. Hahn, Theoretische Fragen des ideologischen Kampfes, in: Ebenda, Heft 9/1975, S. 1141 ff.; siehe auch die Beiträge in: Ebenda, Heft 5/1976 „Zur Kritik der bürgerlichen und revisionistischen Ideologie“.

¹⁶⁰ Vgl. D. Bergner/B. P. Löwe, Philosophische Probleme des Kampfes gegen die Globalstrategie, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 9/1970; A. Loesdau, Globalstrategie und Geschichts-ideologie. Zur Analyse der bürgerlichen Historiographie der USA in der Klassenaueinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, Berlin 1974.

¹⁶¹ Zum theoriegeschichtlichen Vorfeld ausführlicher in meiner Studie in: G. Domin (Hrsg.), Imperialismus und Wissenschaft, Berlin 1977.

¹⁶² W. Eichhorn I, Zur philosophischen Analyse gesellschaftlicher Systeme, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, Heft 3/1969, S. 288.

Wenn man dabei berücksichtigt, daß „in bezug auf die Frage nach Wesen, Struktur und Dynamik der Gesellschaft und nach den Möglichkeiten zu ihrer Umgestaltung“ von der Tatsache auszugehen ist, daß nur das Handeln letztlich zum Erfolg führen kann, das „von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird“¹⁶³, dann besitzt dies auch Gültigkeit für den theoriegeschichtlichen Stellenwert Bentleys in der frühen Periode der amerikanischen Politikwissenschaft.

Denn die ideologisch-theoretische Bedürfnissituation der Monopolbourgeoisie und der rasch komplizierter und komplexer werdende politische Prozeß mit seinen ersten deutlichen Krisen reift um die Jahrhundertwende in den USA bis zu einem Stadium, das seine „eigene Logik, unabhängig von den Absichten dieser oder jener Personen und Parteien“¹⁶⁴ durchsetzt und einen Bentley in ein politisch-ideologisches Klima wirft, das manche überraschend klare Beurteilung der Verhältnisse wie die vielen „theoretischen Schlichtungsversuche“ erklärt.¹⁶⁵

Bentleys Beitrag zu dieser Entwicklung besteht vor allem in der generell und verbindlich erhobenen Absicht und Verpflichtung, das Interesse der Sozial- und politischen Wissenschaften darauf zu lenken [88] und die Forschungen darauf zu konzentrieren, eine Einheit zwischen methodologische Überlegungen und der theoretischen Behandlung politischer Vorgänge mit dem Ziel herzustellen, der Erarbeitung eines theoretischen Gerüsts für künftige empirische Forschungen im Dienste der politischen Entscheidungsfindung die notwendige theoretische Basis zu geben. Bentleys Bedeutung liegt deshalb nicht allein darin, daß er eine Vielzahl von Lehrmeinungen synthetisiert und zu einem selbständigen konzeptionellen Ansatz vereinigt; sie liegt auch nicht allein in der konsequenten Anwendung des gruppen- und handlungstheoretischen Ansatzes auf den politischen Prozeß; vielmehr besteht die Bedeutung darin, daß eine politische Überzeugung – die des bürgerlichen sozialreformerischen Kurses, niemals aber einer konservativen Grundhaltung, wie dies fälschlich Beyme deutet¹⁶⁶ – mit einem theoretischen Konzept korrespondiert, in dem die entscheidenden Grundlagen einer bürgerlichen konflikt- und gleichgewichtstheoretischen Interpretation der sozialen und besonders politischen Prozesse vorweggenommen werden.

Insofern diese theoretische Antizipation gegenwärtiger bürgerlicher Theorienbildung – von der Handlungstheorie¹⁶⁷, den Interessenschemata¹⁶⁸, der behavioristischen Orientierung¹⁶⁹, der Organisation von Interessengruppen¹⁷⁰ bis hin zur soziologischen Systemtheorie¹⁷¹ und dem Pluralismus-Dogma¹⁷² – so eindeutig ein instrumentales Selbstverständnis des Forschers einschließt, erwächst aus beiden Momenten eine in den nachfolgenden Jahrzehnten hervortretende und bis in die Gegenwart sich erstreckende komplizierte Entwicklung, die in widerspruchsvoller Weise den sogenannten Dienstleistungscharakter gegenwärtiger bürgerlicher Sozial- und politischer Wissenschaften entstehen lassen. So sind die Themen „politisches Handeln“, „Interessen und Interessengruppen“, „Parteien“, „Wahlen“, „Rolle der Staatsorgane“ usw. ähnlich den Bentleyschen Vorstellungen immer wieder in die

¹⁶³ Ebenda; vgl. Lenin, Werke, Bd. 5, Berlin 1958, S. 379 f.

¹⁶⁴ Vgl. Lenin, Werke, Bd. 11, Berlin 1958, S. 378.

¹⁶⁵ Zur politischen Lage ausführlicher in: USA – Aufstieg und Verfall bürgerlicher Demokratie, von einem Autorenkollektiv unter der Leitung von Prof. Dr. Karl-Heinz Röder, Hrsg.: Akademie der Wissenschaften der DDR, Institut für Theorie des Staates und des Rechts, Berlin 1976.

¹⁶⁶ K. von Beyme, Die politischen Theorien der Gegenwart, S. 232.

¹⁶⁷ Vgl. A. Touraine, Theorie des sozialen Handelns, Neuwied 1973; A. Touraine, Soziologie als Handlungswissenschaft, Neuwied 1974; H. Kaferkamp, Soziologie als Handlungstheorie. P. L. Berger/Th. Luckmann, C. Homans, N. Luhmann, G. H. Mead, T. Parsons, A. Schütze, M. Weber in vergleichender Analyse und Kritik, Köln 1975.

¹⁶⁸ Vgl. H. Neuendorff, Der Begriff des Interesses, Frankfurt am Main 1973; dazu auch: M. G. Lange, Politische Soziologie, (West-)Berlin/Frankfurt am Main 1964; R. Heberle, Hauptprobleme der politischen Soziologie, Stuttgart 1967.

¹⁶⁹ Vgl. W. Wurm, Abschaffung der Soziologie? Behaviorismus als Ideologie, Darmstadt/Neuwied 1974; besonders auch: M. Jaroschewski, Psychologie im 20. Jahrhundert. Theoretische Entwicklungsprobleme der psychologischen Wissenschaft, Berlin 1975, Kap. 7 „Der Behaviorismus und die Kategorie Handlung“, S. 209 ff.

¹⁷⁰ Vgl. C. C. Homans, Theorie der sozialen Gruppe, Köln/Opladen 1960; K. O. Hondrich, Die Ideologie von Interessenverbänden, (West-)Berlin 1963.

¹⁷¹ Vgl. T. Parsons, Zur Theorie sozialer Systeme, Düsseldorf 1974; E. K. Scheuch/Th. Kutsch, Grundbegriffe der Soziologie: Komplexe Phänomene und systemtheoretische Konzeptionen, Stuttgart 1975.

¹⁷² Kritisch dazu: A. Kojarov, Monismus und Pluralismus in Ideologie und Politik, Berlin 1976; vgl. B. Meurer, Kritische Bemerkungen zur Systemtheorie. Das Beispiel Niklas Luhmann, in: Argument, Heft 11-12/1973, S. 883 ff.

Diskussion der ideologisch-theoretischen Konzeptionsbildung der Bourgeoisie eingegangen und haben seit der Ausbildung des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus stets für weitere Ausarbeitungen den allgemeinen Ausgangspunkt in theoretischer Hinsicht gebildet.

Eisermann betont so zu Recht, daß vor Bentleys „inhaltlichen Aussagen über soziale Tatsachen bei ihm das Bemühen um eine soziologische Grundlegung der politischen Wissenschaft (rangiert)“¹⁷³. In der Konzentration Bentleys auf die Probleme der strukturellen Basis und der funktionalen Gerichtetheit gesellschaftlicher und vor allem [89] politischer Erscheinungen und Prozesse sowie in dem Versuch Bentleys, Struktur- und Funktionsmerkmale für die Begründung des sozialen Konflikts und des sozialen Gleichgewichts nebst den ihnen eigenen Bewegungen nutzbar zu machen, tritt dies besonders deutlich hervor. Dabei darf bei keiner der beobachteten Erscheinungen übersehen werden, daß sich in Bentleys Bemühungen ein der Zeit und den Umständen angemessenes Klassenbedürfnis der Monopolbourgeoisie ausdrückte, das einerseits die Verschleierung der Verhältnisse von Ausbeutung und Klassenkampf verlangte und andererseits bestrebt war, durch rationale Einsichten in partielle gesellschaftliche Prozesse die Effektivität ihrer politischen Maßnahmen zu erhöhen. Die Tatsache, daß Bentley auch als Begründer der behavioristisch orientierten gruppentheoretischen Schule in der Politologie der Entwicklung seinen Stempel aufzudrücken vermochte und in seinem Werk „The Process of Government“ eine „logisch-erfahrungsmäßige soziologische Theorie der Politik zu entwerfen suchte“¹⁷⁴, tritt dahinter zurück. Das wird auch darin sichtbar, daß das wissenschaftstheoretische Kredo von Bentley, das sich in der Forderung an die Sozialwissenschaft nach einer „totalen“ Analyse des „one great moving process“^{*} ausdrückt, von ihm selbst nicht verwirklicht wird. Die Forderung nach einer „Totalanalyse“ der gesellschaftlichen Prozesse ist – einmal ganz davon abgesehen, daß Bentley dazu die Basis fehlt – mit den realen Klasseninteressen der Monopolbourgeoisie unvereinbar. Die Macht- und Herrschaftsinteressen der Monopolbourgeoisie sind die objektiven klassenbedingten Erkenntnisschranken jeder freien Wissenschaftsentwicklung.

Da die Monopolbourgeoisie nicht an der allseitigen Aufdeckung der gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten durch die Wissenschaften interessiert sein kann, beschränkt sich deren Aufgabe auf die rationale Analyse von gesellschaftlichen Einzelercheinungen, Teilsystemen oder aus dem Gesamtzusammenhang herausgelöster, aber das gesellschaftliche System in seiner Ganzheit durchziehender Prozesse bzw. Merkmale. Genau diese Beschränkung trifft man bei Bentley an und findet sie im wesentlichen auf drei Ebenen:

a) die Analyse des Handelns von Gruppen unter dem Aspekt ihrer Interessen und der daraus folgenden Interessenkonflikte, b) die Analyse des Handelns von Gruppen unter dem Aspekt ihrer Organisiertheit und Funktion und c) die Analyse des Handelns von Gruppen unter dem Aspekt der funktionalen Ausrichtung der Legislative, Exekutive und Judikative auf ihre Rolle bei der Beibehaltung der Struktur und des Gleichgewichts.

[90] Daraus sollen sich Schlußfolgerungen für ein politisches Entscheidungswissen ergeben, mit dem die Erarbeitung der Strategie und Taktik des Klassenkampfes der Bourgeoisie auf eine rationale Basis gestellt werden kann. Durch die Konzentration auf den politischen Prozeß rückt Bentley jenes gesellschaftliche „Phänomen“ in den Mittelpunkt sozialtheoretischer Betrachtung, das in den Vorstellungen des Monopolkapitals über Macht, Herrschaft und Staat am ehesten Chancen bietet, die „Durchrationalisierung“ der Politik zu ermöglichen.

Bentleys Beitrag besteht hinsichtlich dieses Bedürfnisses folglich darin, daß eine für die voluntaristische Klassenpolitik des Monopolkapitals praktikabel aufbereitete Konzeption vorgelegt wird, die durch ihre spezielle Behandlung von Gleichgewicht und Konflikt in der Gesellschaft dazu anhält, die politischen Aktivitäten so zu entfalten, daß die Stabilität der Gesellschaft trotz der Austragung der Konflikte nicht beeinträchtigt wird. Da diese Gefahr jedoch immer besteht, sind interessenvertretende

¹⁷³ G. Eisermann, Vorwort zu: W. Hirsch-Weber, Politik als Interessenkonflikt, S. V.

¹⁷⁴ Vgl. ebenda.

* ein großer bewegender Prozeß

Organe erforderlich, die über die Einhaltung vorgegebener Spielregeln wachen und zur Herbeiführung eines Kompromisses beitragen.

Von gleicher Position aus betreibt Bentley die Erfüllung seiner Aufgabe als Ideologe zur Rechtfertigung der gesellschaftlichen Verhältnisse und zur Begründung ihrer Legitimität und ihres ewigen Fortbestandes als einzige der möglichen Gesellschaften. Mit der Abstraktion vom Klassencharakter gesellschaftlicher Erscheinungen kann Bentley das Gleichgewicht und den Konflikt als klassenindifferente Sachgegebenheiten zur Grundlage der Existenz der Gesellschaft überhaupt erheben und so die realen Klassenverhältnisse verschleiern.

Indem Bentleys ideologisch-theoretische Konzeption in dieser Weise nach beiden Seiten, das heißt hinsichtlich der klassenbedingten Erfüllung der Ideologie- wie auch der Erkenntnisfunktion der spätbürgerlichen politischen Soziologie „offen“ ist, entspricht er dem objektiven ideologischen Bedürfnis der bourgeois Klasse unter den Bedingungen der vollständigen Herausbildung des Monopolkapitalismus. Das monopolkapitalistische Wesen dieser Gesellschaftsentwicklung wird verschleiert, indem politisch-ideologische Vorstellungen eines ökonomischen und politischen Liberalismus nach der Art des „Laissez-faire-Kapitalismus“ genährt werden. Dem Bedürfnis nach „Rationalität“ wird nachgekommen, indem theoretische Voraussetzungen für ein auf rationaler Grundlage stehendes politisches Entscheidungswissen geliefert werden.

In der Verbindung beider Elemente der politischen Ideenbildung, [91] die wir am Beispiel Bentleys aufzeigten, sehen wir ein Merkmal des Wandels in der bourgeois Ideologiebildung im Verhältnis zu deren Charakter unter vormonopolistischen gesellschaftlichen Bedingungen. Die Veränderung in den objektiven Verhältnissen des Monopolkapitalismus, im engeren Sinne seiner sozialökonomischen und sozialpolitischen Gesetzmäßigkeiten in der weiteren Verschärfung seiner Krise sind die Ursache für einen weiteren Wandel in den ideologisch-theoretischen Konzeptionen. Die doppelte Funktionserfüllung von in ihrem Rahmen entwickelten Systeminterpretationen von Gesellschaft und Politik hat sich auf der Grundlage eines solchen bürgerlichen Selbstverständnisses weiter differenziert und wird – wie die gegenwärtigen theoretischen Entwicklungen in den bürgerlichen Sozial- und politischen Wissenschaften und des in ihnen bezüglich dieser Problemkreise enthaltenen Konsensus zeigen – sich weiter profilieren. Die objektiven Umstände, die dazu führten und die Bentley gleich anderen bürgerlichen Theoretikern nicht voraussehen konnte, sind die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten, die eine neue Epoche einleiten.

Diesen historischen Umbruch in Gestalt der sozialistischen Revolution wissenschaftlich begründet und den Sieg des Sozialismus vorausgesagt zu haben, gehört zum bleibenden Verdienst der Klassiker des Marxismus-Leninismus. Von ihnen waren die grundlegenden politischen Fragen des revolutionären Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus theoretisch gelöst und damit eine wesentliche Voraussetzung geschaffen worden, daß eine erfolgreiche Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung praktiziert werden konnte. Der Sieg der proletarischen Revolution, der mit dem Roten Oktober eine neue weltgeschichtliche Epoche einleitet, stürzt die bürgerliche Ideologie und ihr theoretisches Gefüge in eine tiefe Krise. Zugleich gibt dieser Prozeß den Hintergrund für das Auseinanderklaffen von bourgeois „bornierter Betätigungsweise“ (Marx) und den Theorien von bürgerlicher Sozial- und politischer Wissenschaft zur öffentlichen Anschauung frei, wie andererseits die Politik und Ideologie der revolutionären Arbeiterklasse im geschichtlichen Prozeß nicht nur ihre Überlegenheit unter Beweis stellt, nicht nur die Einheit von revolutionärer Theorie und Praxis dokumentiert, sondern von ihr auch der Nachweis angetreten wird, daß bürgerliche Theorien den gesellschaftlichen Fortschritt nicht zu repräsentieren vermögen, der Marxismus-Leninismus hingegen als wissenschaftliche Weltanschauung alle revolutionären Kräfte der Epoche in die Lage versetzt, bewußt den gesellschaftlichen Fortschritt zu gestalten.

[92]

KARL-HEINZ RÖDER**David Eastons Theorie des politischen Systems – Ein Versuch zur Stabilisierung von Herrschaft im staatsmonopolistischen Kapitalismus****1. David Eastons theoretisches Postulat**

Der 200. Jahrestag der Unterzeichnung der Unabhängigkeitserklärung, mit der sich die dreizehn englischen Kolonien Nordamerikas als souveräne, selbständige Staaten konstituierten und als Vereinigte Staaten von Amerika in die Geschichte eintraten, hat naturgemäß nicht wenige der gegenwärtigen Gelehrten der Politischen Wissenschaften in den USA bewogen, sich über das Verhältnis ihrer Auffassungen von der Politik, von den politischen Systemen und Institutionen und vom Staat zu denen aus der Periode der Staatsentstehung der USA zu äußern. Bei aller Differenziertheit der Auffassungen ZU dieser Frage ist dennoch eine Behauptung absolut dominierend: das geistige Erbe der führenden Köpfe der amerikanischen Revolution und Staatsgründung sei in den politischen Theorien der USA von heute bewahrt, fortgeführt und – vollendet. Das gelte insbesondere für die von den „Vätern“ der Unabhängigkeitserklärung (1776) und Verfassung (1787) proklamierten Ideale der Demokratie. Dieser Anspruch hält jedoch einer Prüfung nicht stand, die den Platz einer Politischen Theorie in der betreffenden Geschichtsepoche, ihre Stellung zu den grundlegenden gesellschaftlichen Prozessen und den sie tragenden Kräften und die Art und Weise ihrer Antwort auf die die Gesellschaft bewegenden Fragen zum Kriterium ihrer Einschätzung nimmt. Und welche Gegensätze offenbaren sich gemessen daran zwischen den politischen Theorien der amerikanischen bürgerlichen Revolution und denen der USA der Gegenwart!¹

Die politischen Theorien der bürgerlichen Revolution in Nordamerika, wo nach den Worten von Marx „zuerst der Gedanke einer großen demokratischen Republik entsprungen war, von dem die erste Erklärung der Menschenrechte ausging und der erste Anstoß zu der europäischen Revolution des 18. Jahrhunderts gegeben wurde“², beruhten auf der Vorstellung, daß die politischen Institutionen im Ergebnis des historischen Fortschritts immer besser der Natur des [93] Menschen als eines mit Vernunft ausgestalteten und mit unveräußerlichen Rechten versehenen Wesens entsprechen sollten. Dieser Gedanke fand vor allem in der Unabhängigkeitserklärung als dem grundlegenden politischen Dokument der ersten bürgerlichen Revolution auf amerikanischem Boden seinen Niederschlag. Ihr Verfasser, Thomas Jefferson (Benjamin Franklin und John Adams als Mitbeauftragte hatten nur geringfügige Ergänzungen hinzuzufügen), ging folglich von einer Staatsauffassung aus, die es als vornehmliche Aufgabe des Staates ansah, seinen Bürgern das Recht auf „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“ zu gewährleisten. Diese Auffassung vom Staat stand in der Tradition des philosophischen und politischen Gedankengutes der bürgerlichen Revolution in England und der Wegbereiter der bürgerlichen Revolution in Frankreich. Es ist jedoch bemerkenswert, daß Jefferson die in der englischen und französischen Aufklärung gebräuchliche Formulierung der unveräußerlichen Rechte „des Lebens, der Freiheit und des Eigentums“ in die Formulierung „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“ abwandelte. Zwar war auch Jefferson wie die anderen politischen und geistigen Führer der amerikanischen bürgerlichen Revolution der Überzeugung, daß das Privateigentum zu den unumstößlichen Grundpfeilern jeder „vernünftigen“ menschlichen Ordnung gehöre und deshalb des Schutzes des Staates und seiner Gerichte bedürfe. Der staatliche Schutz des Privateigentums galt auch Jefferson als selbstverständlich. Darüber hinaus bringt die Betonung des „Strebens nach Glück“ jedoch auch zum Ausdruck, daß es in dieser „vernünftigen“ Ordnung auch möglich sein müsse, dem Staat allgemeinmenschliche Aufgaben zu übertragen. Wie andere führende Kräfte der bürgerlichen Aufklärung in Nordamerika war auch Jefferson vor allem von dem bedeutenden Philosophen und politischen Theoretiker der englischen Revolution des 17. Jahrhunderts, John Locke, beeinflusst, dessen Ideen, wie Karl Marx einschätzt, „der klassische Ausdruck der Rechtsvorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft im Gegensatz zur feudalen“³ waren und dessen Auffassung vom Staat als Muster für die

¹ Vgl. dazu auch Autorenkollektiv, USA – Aufstieg und Verfall bürgerlicher Demokratie, Berlin 1976.

² K. Marx/F. Engels, Werke (im folgenden: MEW), Bd. 16, Berlin 1962, S. 18.

³ MEW, Bd. 26.1, Berlin 1965, S. 343.

englische bürgerliche Konstitution diente⁴. Locke ging von der Vorstellung aus, daß die Menschen freiwillig zur Gewährleistung ihrer unveräußerlichen Rechte einen staatsgründenden Vertrag schließen. Die Herrschaft im Staat sei auf die Wahrung und Förderung dieser Rechte beschränkt. Daher beende auch die Verletzung dieses Auftrages durch die Regierenden die Verpflichtung der Regierten, sich dieser Herrschaft zu unterwerfen. Sie rechtfertige es, „den Himmel anzurufen“,⁵ das heißt, die Wahrnehmung dieser Rechte in die eigenen Hände zu nehmen.

[94] Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung knüpft zum Teil wörtlich an die von Locke in seiner Schrift „Zwei Abhandlungen über die Regierung“ (1690) erhobene Forderung an, daß es dem Volk nach „einer langen Kette“ willkürlicher Handlungen der Regierenden gestattet sei, selbst eine Änderung herbeizuführen.⁶ Der revolutionäre Kern der Unabhängigkeitserklärung bestand somit in der Idee, daß das Volk nicht nur berechtigt, sondern auch verpflichtet sei, ein Staatswesen zu beseitigen, das nicht in der Lage sei, die unveräußerlichen Rechte auf „Leben, Freiheit und das Streben nach Glück“ zu gewährleisten, und an seiner Stelle ein neues, diese Rechte wahrendes Staatswesen zu errichten. Sollte dies nicht anders als auf dem Wege der Revolution herbeizuführen sein, dann sei es das Recht und die Pflicht des Volkes, diesen Weg zu beschreiten.

Es war dieser große fortschrittliche Gedanke der Unabhängigkeitserklärung, der dazu beitrug, den in Europa heranreifenden bürgerlichen Revolutionen beträchtlichen Aufschwung zu verleihen. Die Idee des notwendigen historischen Fortschritts in Richtung auf die immer bessere Verwirklichung der unveräußerlichen Rechte des Menschen, die in der Verkündung des Rechts auf Revolution ihren höchsten Ausdruck fand, bestimmte maßgeblich die politischen Theorien der amerikanischen bürgerlichen Revolution. Und wenn Thomas Jefferson und Benjamin Franklin oder auch George Washington von der „Wissenschaft von der Regierung“, vom Regieren als einer wissenschaftlich erfaßbaren Fähigkeit sprachen, so meinten sie, daß Philosophie und politische Theorie der politischen Praxis und den politischen Institutionen bei der Herbeiführung des so verstandenen historischen Fortschritts Wesentliches zu sagen hätten. Dieses Verständnis von politischer Theorie und politischer Praxis entsprach den Interessen der aufstrebenden Bourgeoisie, die als führende Klasse des Übergangs vom Feudalismus zum Kapitalismus den allgemeinen gesellschaftlichen Fortschritt repräsentierte. Darin bestand seine progressive Bedeutung. Zugleich konnte die Idee vom notwendigen geschichtlichen Fortschritt, dem sich auch die politischen Institutionen und Verhaltensweisen unterzuordnen hätten, konnte das Recht auf Revolution dem Wesen nach niemals über die Rechtfertigung der bürgerlichen Revolution, der Errichtung des bürgerlichen Nationalstaates und der bürgerlichen Demokratie als der politischen Formen kapitalistischer Klassenherrschaft hinausgehen. Darin bestand die historisch-klassenmäßige Begrenztheit dieser Vorstellungen und Rechte. Sie wurden von da an von der Bourgeoisie und ihren Theoretikern aufgegeben und erbittert bekämpft, als die Arbeiterklasse als der histo-[95]risch berufene „Totengräber“ der kapitalistischen Gesellschaft mit der wissenschaftlichen Lehre des Marxismus-Leninismus die theoretischen Waffen zur Erkenntnis und Veränderung der Welt erhielt.

Eine grundlegend andere Position als die politischen Theorien der amerikanischen Revolution nehmen die bürgerlichen politischen Theorien der USA in der Gegenwart ein. Waren jene mit der Idee vom notwendigen historischen und gesellschaftlichen Fortschritt verbunden – was den Interessen der noch jungen, aufstrebenden Bourgeoisie entsprach –, so sind diese auf die bedingungslose Aufrechterhaltung des Bestehenden gerichtet – was die Interessenlage der gegen die geschichtlichen Prozesse unserer Zeit ankämpfenden imperialistischen Bourgeoisie widerspiegelt. Betrachteten die ersteren die Befreiung von den Fesseln der alten (hier der kolonialen) Ordnung als das Gebot der Stunde, so sehen letztere expressis verbis ihre Aufgabe darin, dem noch bestehenden, in seinen Grundlagen aber bereits erschütterten (imperialistischen) System wieder Stabilität und Funktionsfähigkeit zu verleihen. So unterschiedlich, ja entgegengesetzt die Ausgangspositionen sind, so unterschiedlich und gegensätzlich sind auch die Aussagen.

⁴ Geschichte der Philosophie, Bd. 1, Berlin 1960, S. 399.

⁵ J. Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt (Main) 1967, S. 314; siehe auch die Kapitel „Tyrannei“ und „Auflösung der Regierung“, S. 336-366.

⁶ Ebenda, S. 343.

Die Politikwissenschaft der USA gehe bei ihren Fragestellungen von der Grundannahme aus, daß „das eigene politische System mit all seinen zugestandenen Unzulänglichkeiten das beste aller möglichen Welten“ sei, äußert einer ihrer führenden Vertreter, David Easton.⁷ Nicht nur, daß die sozial-ökonomischen, politischen und ideologischen Grundlagen des bestehenden Systems in keiner Weise in Frage gestellt werden, wird als selbstverständliche Annahme vorausgesetzt. Die empirischen und theoretischen Arbeiten der Politikwissenschaftler hätten vielmehr einen aktiven, politisch wirksamen Beitrag zum Überleben jenes Systems zu leisten. Akzeptiere man diese beiden Voraussetzungen – erstens die Anerkennung des bestehenden gesellschaftlich-politischen Systems als das beste aller möglichen und zweitens die Bereitschaft, alles zur Erhaltung seiner Lebensfähigkeit zu tun –, so sei es die „legitime Funktion“ der Politischen Wissenschaften, in diesem Rahmen (und nur in diesem!) das Bestehende mit dem Ziel der Rationalisierung und Effektivierung zu durchleuchten. Indem die Sicherung von Stabilität und Lebensfähigkeit des politischen Systems als *die* Aufgabe der Politikwissenschaft verstanden wird, wird eine bestimmte, nämlich die gegebene und bestehende Herrschaftssituation als unantastbar und in ihren Grundlagen nicht in Frage zu stellend ausgegeben. Diese wird zugleich, da als höchstentwickelte politische Ordnung begriffen, als [96] Maßstab oder Modell der Beurteilung anderer politischer Systeme betrachtet. Bleibt nur noch zu erwähnen, daß in diesem Verständnis selbstverständlich das politische System der USA als jenes nicht in Frage zu stellende, sondern zu stabilisierende und am Leben zu erhaltende System angesehen wird.

Dieses Selbstverständnis der Politikwissenschaft in den USA (und es kann hier von *der* Politikwissenschaft der USA gesprochen werden, weil uns nicht bekannt ist, daß bislang einer ihrer Vertreter diesen Rahmen durchbrochen hätte) liegt den verschiedenen Richtungen zugrunde, die sich durchaus in den theoretischen und methodischen Ansätzen unterscheiden. Gemeinsam ist ihnen der Konsensus, politikwissenschaftliche Forschung habe die konzeptionellen und praktikablen Instrumentarien zu liefern, um das bestehende System unter veränderten inneren und äußeren Bedingungen zu erhalten. Das gilt, um nur einige Vertreter der Politikwissenschaft in den USA herauszugreifen, ebenso für Samuel Huntingtons Untersuchungen über „Stabilität oder Schwäche politischer Strukturen“⁸ wie für Gabriel Almonds Konzept des politischen Wandels als Fähigkeit eines politischen Systems, „Kapazitäten (zu) entwickeln, die es vorher nicht besaß“⁹, oder Sydney Verbas Modelle der „Lösung politischer Krisen“¹⁰.

Auf dem Boden dieser Grundposition der gegenwärtigen amerikanischen Politikwissenschaft nehmen die Versuche, Theorien des politischen Systems zu entwerfen, insofern eine gewisse hervorgehobene Stellung ein, als sie den Anspruch erheben, nicht nur Teilbereiche wie politisches Verhalten, politische Eliten oder (territorial begrenzt) lokale politische Strukturen zu erfassen, sondern die Komplexität und vielfältige Verflochtenheit politischen Geschehens mit den darauf einwirkenden inneren und äußeren Faktoren in den Griff zu bekommen. Die Theorien des politischen Systems sollen einen „neuen Weg“ in der Politikwissenschaft der USA eröffnen, erklärte Mitte der sechziger Jahre der damalige Vorsitzende der „American Political Science Association“ Almond.¹¹

Unter Anlehnung an die auf „soziale Systeme“ (social system) bezogene strukturalistisch-funktionalistische Systemtheorie Talcott Parsons haben in den USA insbesondere Gabriel A. Almond, Karl W. Deutsch und David Easton den Versuch unternommen, Theorien des „politischen Systems“ (political system) oder, wie sie von ihnen oft selbst bezeichnet werden, „politische Systemtheorien“ zu entwickeln. Dabei treten einmal strukturalistische, dann wieder funktionalistische und schließlich kybernetische Bezugspunkte in den Vordergrund, [97] wobei sich häufig alle drei auch untereinander vermischen.¹² David Easton hat in seine mehr funktionalistisch als strukturalistisch angelegte

⁷ D. Easton, *The Political System – An Inquiry into the State of Political Science*, New York 1953, S. 43.

⁸ S. P. Huntington, *Political Development and Political Decay*, in: *World Politics*, H. 3/1965.

⁹ G. A. Almond, *Political Systems and Political Change*, in: *The American Behavioral Scientist*, H. 6/1963.

¹⁰ S. Verba, *Sequences and Development*, in: L. Binder, *Crisis and Sequences in Political Development*, Princeton/N. J. 1971.

¹¹ G. A. Almond, *Political Theory and Political Science*, in: *American Political Science Review*, H. 4/1966, S. 869.

¹² Eine marxistische Kritik der kybernetischen Theorie des politischen Systems K. W. Deutschs, die dieser besonders in seinem Hauptwerk *The Nerves of Government – Models of Political Communication and Control*, New York 1963 (*Politische Kybernetik – Modelle und Perspektiven*, Freiburg i. Br. 1969) darlegt, siehe: G. Klaus, *Kybernetik – eine neue*

Theorie des politischen Systems im starken Maße kybernetische Begriffe und Methoden einfließen lassen.

Eastons exponierte Stellung in der Politikwissenschaft der USA erklärt sich vor allem aus dem ausgeprägt konzeptionsbildenden Charakter seiner Arbeiten. Er war einer der ersten Politikwissenschaftler der USA, die die allgemeinen Ergebnisse der Systemtheorie für eine Theorie der Politik, der politischen Institutionen und politischen Systeme anzuwenden versuchten¹³, und stieß damit nach den Einschätzungen anderer bürgerlicher Politikwissenschaftler in ein theoretisches Vakuum vor.¹⁴ Die rasche Anerkennung, die seine Theorie in der bürgerlichen Politikwissenschaft gefunden hat, resultiert nicht zuletzt aus ihrer konsequenten Ausrichtung auf die folgenden zwei Prämissen. Seine Theorie werde erstens die Faktoren ermitteln, durch die „ein politisches System fähig ist, über Zeit zu bestehen“.¹⁵ Diese Prämisse bezeichnet Easton als den Dreh- und Angelpunkt seiner ganzen Theorie des politischen Systems. Sie schließe ein, zu untersuchen, aus welchen Bedingungen eine Bedrohung der Existenz des politischen Systems erwächst. Zweitens biete seine Theorie eine Strategie der „Erhaltung durch Wandel“¹⁶ als den nach seiner Darstellung erfolgversprechenden Weg zur Stabilisierung des politischen Systems. Von diesen beiden Fragen aus müsse an jede Analyse und Einschätzung politischer Vorgänge herangegangen werden. Ohne Zweifel kommt Easton damit in sehr direkter Weise den Anforderungen der herrschenden Kreise der USA an eine ihrer heutigen Herrschaftssituation entsprechenden politischen Theorie nach.

Das Bestreben Eastons, eine Theorie des politischen Systems aufzubauen, die den genannten Forderungen gerecht werden und zugleich als „general political theory“¹⁷ eine allgemeine theoretische Grundlage für die gesamte Politikwissenschaft geben soll, hat in einer dreibändigen Arbeit ihren Niederschlag gefunden.

Mit dem ersten Band („The Political System – An Inquiry into the State of Political Science“, New York 1953) verfolgt er das Anliegen zu begründen, daß eine tragfähige politische Theorie von entscheidender Bedeutung für die gesamte Politikwissenschaft sei, da sie andernfalls, wie auch die Bestandsaufnahme ergebe, in Orientierungslosigkeit ver falle. Im zweiten Band („A Framework for Political Analysis“, New York 1965) entwickelt er dann die Hauptbegriffe seiner politischen Theorie, die er hier als empirische Theorie zur Erfassung von Beziehungen zwischen Variablen bezeichnet. Diese Begriffe führt [98] Easton dann im dritten Band („A Systems Analysis of Political Life“, New York 1965) weiter aus, wobei er erklärt, daß er hier nur die Begriffe in ihrem konzeptionellen Zusammenhang darzulegen beabsichtigte und nicht ihre Anwendung auf die politische Praxis demonstrieren wolle. Letzteres bleibe einem noch zu schreibenden vierten Band vorbehalten.

Wir wollen uns in unserer Untersuchung auf jene Begriffe beschränken, die eine Schlüsselrolle in Eastons Theorie des politischen Systems einnehmen: den Begriff der Politik oder des Politischen, den des politischen Systems und den der Systemerhaltung.

2. Der Begriff des Politischen

Für eine Wissenschaft, die sich als eine politische versteht und die Politik zum Gegenstand ihrer Untersuchung erwählt hat, sollte eine wissenschaftlich exakte Aussage darüber, was die Politik oder das Politische sei, unabdingbare Voraussetzung ihrer Aussagen sein. Gehört es doch zur theoretischen und methodologischen Grundlage jeder Wissenschaft, daß sie über den Gegenstand ihrer Forschung

Universalphilosophie der Gesellschaft?, Berlin 1973, S. 74 ff. (Reihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hrsg. v. M. Buhr, Bd. 27).

¹³ Vgl. D. Senghaas, Systembegriff und Systemanalyse, Analytische Schwerpunkte und Anwendungsbereiche in der Politikwissenschaft, in: Zeitschrift für Politik, 1968, S. 56; und M. Bols, Bemerkungen zu Arbeiten politikwissenschaftlicher Systemanalyse, in: Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung, hrsg. v. D. Oberndorfer, (West-)Berlin 1971, S. 65.

¹⁴ So U. Buczykowski, Das „politische System“ David Eastons, in: W. Röhrich, Neuere politische Theorie, Darmstadt 1975, S. 116.

¹⁵ D. Easton, A Systems Analysis of Political Life, New York 1965, S. 475.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ D. Easton, A Framework for Political Analysis, New York 1965, S. 1. „allgemeine politische Theorie“

eine begründete Vorstellung besitzt, die sich in der wissenschaftlichen Exaktheit der verwendeten Begriffe und Kategorien widerspiegeln muß.

Für die bürgerliche Politikwissenschaft ist diese Voraussetzung jedoch nicht ohne weiteres gegeben. Zwar gibt es ernst zu nehmende Anstrengungen mancher ihrer Vertreter, das, was eine gesellschaftliche Erscheinung zu einer politischen werden läßt, zu bestimmen, wobei dann allerdings nicht selten vom „Scheitern der Suche nach der Beantwortung der Frage: ‚Was Politik sei‘“¹⁸ die Rede ist. Es finden sich auch in den einschlägigen Einführungen und Grundrissen der Politikwissenschaft mannigfache Definitionen des Politischen und der Politik. Wie steht es aber um deren wissenschaftliche Begründetheit?

Zunächst sei festgestellt, daß die jeweiligen Richtungen oder Schulen der bürgerlichen Politikwissenschaft ihren jeweiligen Begriff des Politischen und der Politik und damit ihre jeweilige Vorstellung vom Gegenstand ihrer Wissenschaft verwenden. Es würde hier selbstverständlich zu weit führen, dieses Spektrum von Deutungen anzuführen. Erwähnt sei, daß in einer neueren „Methodik der Politikwissenschaft“¹⁹ allein zehn Begriffe des Politischen und der Politik angeboten werden, und zwar mit der Bemerkung, daß damit die Möglich-[99]keiten noch keineswegs erschöpft wären. Politik wird dort unter anderem mit Staat, Macht, Hierarchie, Führung, Ordnung und Konflikt identifiziert. Für diese Kategorien wird jedoch ebenfalls eine Vielzahl von Interpretationen gegeben, so daß solche zentralen Begriffe wie Politik, Staat, Macht usw. fast beliebig untereinander austauschbar sind. So kann Politik je nach Standort und Bedarf als Synonym für „Ordnung“ oder „Konflikt“, als normativwertorientierend oder wertfrei, als harmonisierend oder konfliktorientiert gefaßt werden. Gleiches wiederum gilt für die Deutung der Begriffe Staat, Macht usw. Von einer wissenschaftlichen, das heißt Erkenntnis über die wesentlichen Eigenschaften, Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten vermittelnden Bestimmung des Begriffs des Politischen sind diese Interpretationen weit entfernt.

Die Vielzahl von Auffassungen über das Politische, in der bürgerlichen Literatur auch als „Pluralität konkurrierender Bestimmungen des Politischen“²⁰ bezeichnet, darf nicht den Blick dafür trüben, daß den theoretischen und methodologischen Auffassungen der verschiedenen Schulen und Richtungen der bürgerlichen Politikwissenschaft wesentliche Übereinstimmungen hinsichtlich ihres Politikverständnisses (wie auch ihres Staatsverständnisses usw.) zugrunde liegen.²¹ So wird das Politische im allgemeinen mit dem Vorhandensein von Autorität und Herrschaft oder mit der Androhung und Anwendung von Gewalt bei der Durchsetzung verbindlicher Entscheidungen in Zusammenhang gebracht und darin zugleich auch die Abgrenzung zu anderen sozialen Erscheinungen gesehen. In einer „Einführung in die Politikwissenschaft“ heißt es dazu: „Obwohl die Bestimmung von ‚politisch‘ bei den wichtigsten Theoretikern des ‚politischen Systems‘, zumindest was die gewählte Begrifflichkeit angeht, nicht einheitlich ist, besteht doch allgemeines Einverständnis darüber, daß das *Politische* am politischen System zunächst mit der *legitimen physischen Zwangsgewalt* in einer Gesellschaft zu tun hat.“²² Charakteristisch dafür ist die Definition des „politischen Verbandes“ durch Max Weber: „Politischer Verband soll ein Herrschaftsverband dann und insoweit heißen, als sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines angebbaren geographischen Gebiets kontinuierlich durch Anwendung und Androhung physischen Zwangs seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden.“²³ Das Politische wird als die Möglichkeit verstanden, „für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden“.²⁴ Im

¹⁸ K. Lenk, Politische Wissenschaft. Ein Grundriß, Stuttgart 1975, S. 132.

¹⁹ U. v. Alemann/E. Forndran, Methodik der Politikwissenschaft. Eine Einführung in Arbeitstechnik und Forschungspraxis, Stuttgart 1974; S. 30 ff.; ähnlich auch K. v. Beyme, Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, München 1972, S. 25 ff.

²⁰ D. Berg-Schlosser/K. Maier/Th. Stammen, Einführung in die Politikwissenschaft, München 1974, S. 2. Eine marxistische Einschätzung des Pluralismus der bürgerlichen Lehren anhand der bürgerlichen Rechtslehren gibt W. A. Tumanow, Bürgerliche Rechtsideologie, Berlin 1975, S. 93 ff.

²¹ Es ist nicht die Aufgabe dieser Arbeit, die Auffassungen der verschiedenen Schulen und Richtungen der bürgerlichen Politikwissenschaft der USA oder eines anderen kapitalistischen Staates zum Begriff des Politischen oder der Politik zu untersuchen. Eine Einschätzung auf marxistischer Grundlage ist enthalten in: W. G. Kalenski/R. Mocek/B. P. Löwe, Politologie in den USA. Zur Kritik imperialistischer Machtkonzeptionen, Berlin 1971.

²² D. Berg-Schlosser u. a., S. 30.

²³ M. Weber, Werk und Person, Dokumente ausgew. und kommentiert von E. Baumgarten, Tübingen 1964, S. 288.

²⁴ Ebenda.

Kontext zum Politikbegriff reduziert sich dann der Staatsbegriff auf die Aussage, Staat sei „diejenige menschliche Gesellschaft, welche innerhalb eines [100] bestimmten Gebietes das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit für sich (mit Erfolg) beansprucht“.²⁵

In diesem ganz und gar auf Gehorsamszwingung mittels Gewaltandrohung und Gewaltanwendung abgestellten Politikbegriff findet die großbürgerliche Auffassung von der Politik (nach innen wie nach außen) in gewissermaßen klassischer Weise Ausdruck. Die Großbourgeoisie kann ihre Herrschaft nicht anders als durch ständiges Niederhalten der Mehrheit der Gesellschaft ausüben und aufrechterhalten. Die Erzwingung von Gehorsam durch permanente Androhung und Anwendung von Gewalt ist daher das Credo ihrer Politik und ihres Politikverständnisses. Die Frage nach der gesellschaftlichen und historischen Bedingtheit der Gewalt gilt schon nicht mehr als zulässig. Die „Legitimität“ von Gewaltandrohung und -anwendung reduziert sich auf den Staat und das Recht, das heißt auf die bestehenden politischen und juristischen Verhältnisse. Sie „rechtfertigen“ sich selbst. Nicht umsonst hat daher Max Webers Politikbegriff eine weite und nachhaltige Verbreitung in der bürgerlichen Politikwissenschaft gefunden. Er bestimmte nicht nur die auf Weber selbst zurückgehende „realistische“ Richtung der bürgerlichen Politikwissenschaft, sondern in dieser oder jener Weise auch die anderen Richtungen einschließlich der systemtheoretisch orientierten.

Eastons Theorie des politischen Systems liegt ein Begriff des Politischen zugrunde, der sich eng an den Politikbegriff Max Webers anschließt, diesen Politikbegriff aber mit der allgemeinen Systemtheorie, der Informationstheorie und der Kybernetik verbindet. Als Kriterien des Politischen sieht Easton a) die verbindliche Allokation (Zuweisung) von Werten und b) ihre Akzeptierung durch die gesamte Gesellschaft an. Soziale Erscheinungen und Beziehungen sind ihm zufolge dann (und nur dann) als politische zu bestimmen, wenn von einem Entscheidungszentrum aus Allokationstätigkeiten von Werten vermittelt werden, die durch die gesamte Gesellschaft zu akzeptieren sind und auch anerkannt bzw. befolgt werden. Das Vorhandensein von Allokationen und deren Akzeptierung durch die gesamte Gesellschaft unterscheidet das Politische von allen anderen gesellschaftlichen Phänomenen. Es ist wegen der zentralen Stellung dieses Begriffs des Politischen in Eastons Theorie des politischen Systems angebracht, auf diese beiden Kriterien näher einzugehen.

Das Spezifische des Politischen besteht nach Easton darin, daß der Allokation von Werten eine besondere Relevanz zukommt. Diese besondere Relevanz wird in der *autoritativen* Entscheidung über die Zuweisung von Werten durch ein Entscheidungszentrum gesehen. [101] Easton definiert das Politische daher auch als „the authoritative allocation of values“²⁶, das heißt als *autoritative* Entscheidungen über Werte und Wertvorstellungen in einer Gesellschaft. Das Autoritative einer Entscheidung sei dann gegeben, „wenn das Gefühl vorherrscht, daß ihr gehorcht werden muß oder gehorcht werden sollte“.²⁷ Dieses Politikverständnis schließt die Annahme ein, daß keine andere Politik als eine autoritative, auf Gehorsam gerichtete und gegebenenfalls Gehorsam erzwingende möglich sei. Das wiederum bedeutet, daß das Politische eben in der Möglichkeit der Zwangsanwendung zur Durchsetzung autoritativer Entscheidungen besteht. Mit anderen Worten: Nicht jede Allokation von Werten ist politisch. Die Allokationstätigkeiten erhalten erst dann den Charakter des Politischen, wenn sie autoritativ begründet werden, das heißt verbindlich sind und zwangsweise durchgesetzt werden können. Das erste Kriterium des Politischen sei daher die besondere, durch keine andere soziale Erscheinung gegebene Intensität oder Verbindlichkeit (authoritative) einer Entscheidung. Als das zweite Kriterium wird die sich ebenfalls von allen anderen sozialen Erscheinungen abhebende besondere Extensität (in a society) der Allokation von Werten genannt. Damit ist gemeint, Allokationen seien dann als politisch zu qualifizieren, wenn sich ihre Verbindlichkeit auf die gesamte Gesellschaft erstrecke (auch wenn sie im einzelnen Fall nur wenige Mitglieder der Gesellschaft betrifft) und wenn diese Verbindlichkeit auch von der gesamten Gesellschaft akzeptiert würde. Zum Anspruch der Verbindlichkeit, den der Absender für seine autoritativen Entscheidungen erhebt und die er mittels Gewaltandrohung

²⁵ M. Weber, Politik als Beruf, in: Gesammelte politische Schriften, hrsg. v. J. Winckelmann, Tübingen 1958, S. 494.

²⁶ D. Easton, The Political System, S. 129, und ders., A Systems Analysis of Political Life, S. 21. „die maßgebende Zuordnung von Werten“

²⁷ D. Easton, The Political System, S. 133.

und -anwendung durchsetzen kann, kommt folglich als zweites Kriterium die Akzeptierung dieser Verbindlichkeit durch den Adressaten hinzu.²⁸ Letzteres ist für Easton eine entscheidende Voraussetzung des Politischen und –wie noch zu zeigen sein wird – der Lebensfähigkeit des politischen Systems.²⁹ Die Forderung der Verbindlichkeit der Allokation von Werten für die gesamte Gesellschaft impliziert, daß das Politische bzw. die Politik sich auf alle das Ganze der Gesellschaft betreffenden Entscheidungen beziehe. Eastons Begriff des Politischen übt seit den fünfziger Jahren einen beträchtlichen Einfluß auf die bürgerlichen politikwissenschaftlichen Systemtheorien in den USA und in Westeuropa aus. Das bedeutet selbstverständlich nicht, daß dieser Begriff unter den bürgerlichen Politikwissenschaftlern nur ungeteilte Zustimmung finden würde. Die kritischen Einwände, die von ihnen vorgebracht werden, beschränken sich jedoch auf den Hinweis auf bestimmte Unexaktheiten oder Widersprüche dieses Begriffs wie [102] überhaupt des Eastonschen Begriffsapparates,³⁰ ohne insgesamt die wissenschaftliche Tragfähigkeit einer ernsthaften Prüfung zu unterziehen. Lediglich vereinzelt finden sich Äußerungen, die andeuten, daß in Eastons Begriff des Politischen völlig unerwähnt bleibt, wer der Absender und wer der Adressat der Allokationstätigkeiten sei.³¹ Aber auch solche Bemerkungen bleiben im Ansatz einer kritischen Prüfung stecken, ohne zum Kern des Problems vorzudringen.

Die marxistische Kritik schließt das Aufdecken der inneren Widersprüche einer Theorie ein. Sie kann dabei aber nicht stehenbleiben, sondern muß die Frage stellen, ob jene Theorie dazu beitragen kann, die Wirklichkeit zu erkennen und im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts zu verändern oder ob sie dazu angetan ist, die Realität zu verschleiern und Überlebtes zu erhalten. An diesem Kriterium für die Wissenschaftlichkeit einer theoretischen Konzeption und des ihr zugrunde liegenden Begriffsapparates soll auch Eastons Position gemessen werden.

Unser Ausgangspunkt einer kritischen Auseinandersetzung mit Eastons Begriff des Politischen ist die Feststellung, daß er das Politische nicht als eine gesellschaftliche Erscheinung historischen Charakters faßt. Easton legt seiner gesamten Theorie des politischen Systems einen absolut ahistorischen Begriff des Politischen zugrunde. Die Frage, wie die Politik, die politischen Systeme, die politischen Institutionen und die politischen Ideologien historisch entstanden sind, welche Entwicklung sie im Geschichtsprozeß genommen haben, wodurch ihre historische Bedingtheit und Gegensätzlichkeit in der Gegenwart bestimmt werden und was ihr historisches Schicksal in der Zukunft sein wird, wird nicht nur nicht gestellt. Sie wird ausdrücklich aus dem Begriff des Politischen und damit auch dem Gegenstand politikwissenschaftlicher Forschung verbannt. Denn ein Begriff, der das Politische als die sich auf Autorität und Zwangsgewalt stützende verbindliche Entscheidung eines Absenders über die Zuweisung von Werten und Gütern an einen Adressaten definiert, schließt in sich jede *historische* Erklärung dessen, was das Politische im Leben der Gesellschaft charakterisiert, aus. Was hier allein interessiert ist die Frage, ob die Entscheidungen des Absenders mit einer solchen Verbindlichkeit ausgerüstet sind, daß sie vom Adressaten akzeptiert werden, bzw. was zu unternehmen ist, um zu erreichen, daß diese Entscheidungen einen solchen Grad an Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit erhalten, daß sie der Adressat akzeptieren muß. Das Politische wird mit der Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen identifiziert, ohne daß auch nur im Ansatz [103] eine Aussage über die soziale Natur dieser Entscheidungen oder über die gesellschaftliche Stellung jener, die die Entscheidungen treffen, und jener, die sich ihr zu unterwerfen hätten, erfolgen würde.

Das heißt, daß aus dem ahistorischen Politikbegriff Eastons die Existenz von Klassen und Klasseninteressen und die Bewegung des Klassenkampfes eliminiert sind. Als soziale Erscheinung, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens durchdringt und mit diesen in enger Wechselbeziehung steht, ist aber das Politische untrennbar mit den Klassen, den Klasseninteressen und dem Klassenkampf verknüpft.³²

²⁸ D. Easton, *The Political System*, S. 130; ders., *A Framework ...*, S. 50, und ders., *A Systems Analysis ...*, S. 21.

²⁹ D. Easton, *The Political System*, S. 134.

³⁰ So W. Münch, *Der Begriffsapparat bei David Easton*, in: *Systemtheorie, Systemanalyse und Entwicklungsländerforschung*, hrsg. von D. Oberndörfer, (West-)Berlin 1971, S. 201 ff.

³¹ So U. Buczykowski, *Das „politische System“ David Eastons*, in: W. Röhrich, *Neuere politische Theorie*, Darmstadt 1975, S. 122.

³² Vgl. Stichwort: Politik, in: *Philosophisches Wörterbuch*, hrsg. v. G. Klaus und M. Buhr, 12. Aufl., Bd. 2, Leipzig 1976, S. 941.

Der Schlüssel für die Bestimmung des Wesens des Politischen, sei es in Gestalt der Politik, der politischen Systeme, Institutionen oder Ideologien sind diese Klassen und deren sozialökonomisch bedingte Interessen und Ziele, ist der Klassenkampf als der Kampf um die Verwirklichung der jeweiligen Klasseninteressen. Mit der Entstehung von Klassen im Ergebnis der großen gesellschaftlichen Arbeitsteilungen und der Herausbildung des Privateigentums an den Produktionsmitteln entstand notwendig das Politische als gesellschaftliche Erscheinung, deren Wesen durch das organisierte Handeln der Klassen zur Realisierung ihrer Interessen und Ziele bestimmt wird. Im „Kommunistischen Manifest“ stellten Marx und Engels dazu fest: „Jeder Klassenkampf aber ist ein politischer Kampf.“³³ Politik, so definierte auch Lenin, „ist der Kampf zwischen den Klassen“.³⁴ Da der Staat das wichtigste Instrument zur Verwirklichung der Interessen der herrschenden Klasse ist, schließt die Politik insbesondere die Stellung der Klassen und Schichten zur Staatsmacht ein.

Ohne daß damit der Inhalt des Begriffs des Politischen aus dialektisch-materialistischer Sicht schon umfassend bestimmt worden wäre, kann doch zunächst festgehalten werden, daß mit der Erklärung des Politischen aus der Existenz von Klassen und der Bewegung des Klassenkampfes die Richtschnur gegeben ist, um in der außerordentlichen Mannigfaltigkeit der politischen Verhältnisse und Ereignisse die wesentlichen Zusammenhänge zu erkennen. Es kann sich hier selbstverständlich nur um einen theoretischen und methodologischen Leitfaden handeln, der die konkrete Analyse der jeweiligen politischen Situation nicht ersetzen kann, sondern zusammen mit anderen Erkenntnissen des dialektischen und historischen Materialismus bei der exakten Untersuchung realer politischer Prozesse anzuwenden ist.

Die dialektisch-materialistische Auffassung vom Politischen als einer Erscheinung historischen Charakters berücksichtigt durchaus, daß das Politische als Komplex miteinander verbundener und sich [104] gegenseitig bedingender Relationen zugleich strukturelle und funktionelle Seiten aufweist. Die Beachtung der dialektischen Wechselbeziehungen zwischen der Struktur und der Funktion einer politischen Erscheinung wie auch zwischen der Struktur und Funktion politischer Erscheinungen und der Struktur und Funktion anderer sozialer Erscheinungen, etwa den ökonomischen Verhältnissen, ist eine unabdingbare Voraussetzung jeder wissenschaftlich begründeten, zutreffenden Analyse politischer Sachverhalte. So ermöglicht erst das Aufdecken der dialektischen Beziehungen zwischen der ökonomischen Struktur, der Klassenstruktur einschließlich der Beziehungen zwischen den Klassen und deren Kräfteverhältnis sowie den politischen Institutionen einer Gesellschaft, die Spezifik der politischen Institutionen zu bestimmen. Zugleich bestehen zwischen der Struktur und der Funktion politischer Institutionen enge Wechselbeziehungen, etwa zwischen der Struktur einer politischen Partei und ihrer Funktion in einem gegebenen politischen System. Die dialektisch-materialistische Auffassung wendet die wissenschaftlichen Begriffe der Struktur und Funktion auch auf die Analyse der Politik, der politischen Systeme, politischen Institutionen usw. an, wobei sie die politischen Erscheinungen aber stets als Erscheinungen historischen Charakters faßt. Dann und nur dann kann und wird die strukturelle und funktionelle Analyse dazu beitragen, das Wesen und die Bewegung politischer Erscheinungen allseitig aufzudecken.

Dagegen versperrt Eastons ahistorischer Begriff des Politischen den Zugang zur Erforschung der Triebkräfte in der Bewegung der Politik, der politischen Systeme und Institutionen. Indem Easton die strukturelle und funktionelle Analyse in keinerlei Beziehung zum Historischen setzt – diese Beziehung sogar ausdrücklich ablehnt – muß er zu wissenschaftlich falschen und politisch äußerst bedenklichen Resultaten kommen.

Eine dieser Folgen besteht im Verschwinden jedes Kriteriums für die Beurteilung des Inhalts einer gegebenen Politik. In Eastons Begriff des Politischen fehlt jeder Maßstab, nach dem eingeschätzt werden kann, ob sich eine gegebene Politik in Übereinstimmung oder im Gegensatz zu den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung befindet, ob sie dem gesellschaftlichen Fortschritt Rechnung trägt oder nicht. Sein Kriterium ist ausschließlich funktioneller und struktureller Art unter Ausklammerung aller sozialen, klassenmäßig bedingten Faktoren: Funktionell, als es allein auf die Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen abzielt und im optimalen Funktionieren

³³ MEW, Bd. 4, Berlin 1959, S. 471.

³⁴ Lenin, Werke, Bd. 31, Berlin 1972, S. 365.

des Erlassens und Durchsetzens verbindlicher Entschei-[105]dungen den Maßstab und zugleich die Lebensfähigkeit des Politischen sieht; und strukturell, als es auf die optimale Struktur der Entscheidungen im Hinblick auf ihre Funktion abstellt. Die Beziehungen zwischen den Absendern und Adressaten werden auf diese Weise nicht mehr durch sozialökonomisch bedingte Interessen und Ziele, sondern allein durch rein strukturell und funktionell bestimmbare Entscheidungen vermittelt. Wird der Begriff des Politischen auf das Fällen und Durchsetzen von für die gesamte Gesellschaft verbindlichen Entscheidungen reduziert, so bedeutet das eine wissenschaftlich nicht zu vertretende Sinnentleerung der Definition von Politik, politischen Institutionen und politischen Systemen. Eastons Begriff bietet daher auch keinerlei Anhaltspunkte, um das Wesen der Politik der Arbeiterklasse und ihrer Parteien und Organisationen sowie das Wesen der Politik der imperialistischen Bourgeoisie und ihrer Parteien und Organisationen aufzudecken. Er ist in keiner Weise in der Lage, den prinzipiellen Gegensatz zwischen der Politik der Arbeiterklasse und der Politik der imperialistischen Bourgeoisie, heute vor allem manifestiert in der Politik der sozialistischen Staaten einerseits und der Politik imperialistischer Staaten andererseits, aufzuzeigen. Damit werden gerade die Haupttendenzen in der politischen Entwicklung der Gegenwart weder erfaßt noch erklärt. Dies ist wohl der überzeugendste Beweis für die Unwissenschaftlichkeit dieses Politikbegriffs. Mit der Ablehnung von Kriterien für die Beurteilung des Inhalts der Politik verhält sich Eastons Begriff des Politischen jedoch keinesfalls indifferent gegenüber jeder Politik. Eastons Begriff votiert durchaus für eine bestimmte Politik, nur wird dieses Votum nicht unvermittelt, sondern in Gestalt funktionalistischer Vorstellungen ausgesprochen. Die Funktionalität der Politik, die Easton wie erwähnt in der Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen erfüllt sieht, ist stets auf den einen, für Easton eben alles entscheidenden Bezugspunkt ausgerichtet: die Erhaltung und Stabilisierung des – in den USA bestehenden – politischen Systems, das nach marxistisch-leninistischer Erkenntnis ein imperialistisches politisches System ist. Jede Politik (verbindliche Entscheidung), die dem Überleben jenes politischen Systems und keineswegs eines abstrakten politischen Systems dient, ist funktional, wie umgekehrt jede Politik, die die Verbindlichkeit und Durchsetzbarkeit von Entscheidungen in diesem konkreten politischen System in Frage stellt, dysfunktional ist. Damit wird jegliche Politik der Systemerhaltung und -stabilisierung eo ipso gerechtfertigt. Da Easton, wie er nicht verschweigt, unter dem zu erhaltenden und zu stabilisierenden politischen [106] System das der USA versteht, unterstreicht er im Grunde selbst, daß sein scheinbar klassenindifferenten funktionalistischer Begriff des Politischen durchaus klassenbezogen ist. Die praktische Bedeutung dieses Begriffs für die herrschende Klasse der USA besteht nicht nur darin, daß die realen Klasseninteressen und -ziele hinter angeblich rein strukturellen und funktionellen Anforderungen an die Politik verborgen bleiben und damit verschleiert werden. Sie besteht auch nicht nur darin, daß den im Bereich der Politik tätigen Repräsentanten der herrschenden Klasse Empfehlungen und Hinweise für die strukturelle und funktionelle Ausgestaltung verbindlicher Entscheidungen gegeben werden. Die praktische Bedeutung dieses Begriffs besteht heute vor allem darin, daß mit seiner Hilfe *jede* Politik, die der herrschenden Klasse der USA zur Erhaltung und Stabilisierung ihres politischen Systems als geeignet erscheint, gerechtfertigt werden kann. Indem Eastons Begriff des Politischen die Funktionalität des Politischen ganz und gar auf die Systemerhaltung bezieht, kann er – ob vom Urheber beabsichtigt oder nicht – der Rechtfertigung reaktionärster imperialistischer Politik bis hin zur faschistischen Politik dienen. Darin besteht die eigentliche Gefährlichkeit des Eastonschen funktionalistischen Politikbegriffs.

3. Das politische System

Eastons Theorie des politischen Systems liegt neben dem Begriff des „Politischen“, mit dem wir uns bereits kritisch auseinandergesetzt haben, ein weiterer Schlüsselbegriff zugrunde: der Begriff des „Systems“. Mit ihm wollen wir uns im folgenden beschäftigen und dabei die Verbindung beider Begriffe in seiner Theorie des politischen Systems sowie dem dieser Theorie entsprechenden Modell analysieren.

Zum Verhältnis der Problemstellung, die sich hierbei ergibt, ist eine wesentliche Vorbemerkung erforderlich. Die marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften als Wissenschaften von den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen, von den Gesetzmäßigkeiten und Triebkräften ihrer geschichtlichen Entwicklung verfügen auf der Grundlage des dialektischen und historischen Materialismus über eine wissenschaftliche Theorie gesellschaftlicher, ökonomischer, politischer, juristischer und anderer

im Leben einer betreffenden Gesellschaft existierender Systeme. So bringt der marxistisch-leninistische Begriff des gesellschaftlichen Systems allgemein die Tatsache [107] zum Ausdruck, daß die gesellschaftlichen Erscheinungen nicht isoliert voneinander existieren, sondern jeweils Momente eines gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs darstellen, einer geschichtlich bestimmten Gesamtheit gesellschaftlicher Verhältnisse mit einer eigentümlichen Verhaltensweise.³⁵ Das Aufdecken der Systemzusammenhänge in der Gesellschaft ist daher eine wichtige Seite im Prozeß der Erkenntnis der Dialektik der gesellschaftlichen Verhältnisse. Der dialektische und historische Materialismus hat die materielle Bedingtheit des Systemcharakters der Zusammenhänge in der Gesellschaft nachgewiesen, indem er die dialektischen Wechselbeziehungen von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen sowie von Basis und Überbau aufgedeckt und gezeigt hat, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse auf jeder Stufe der Entwicklung eine Gesamtheit bilden, die durch die ihnen zugrunde liegenden Produktionsverhältnisse bestimmt sind. Dieser Totalität sind alle gesellschaftlichen Erscheinungen untergeordnet. Die dialektisch-materialistische Auffassung vom Systemcharakter der gesellschaftlichen Verhältnisse schließt die Erkenntnis ein, daß sich auf jeder geschichtlichen Entwicklungsstufe das gesellschaftliche Leben in solchen gesellschaftlichen Systemen oder Gesellschaftsformationen vollzieht und daß die geschichtliche Entwicklung und Ablösung gesellschaftlicher Systeme verstanden werden kann.

Da die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse die ökonomische Struktur der Gesellschaft bildet, „die Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau erhebt, und welcher bestimmte Bewußtseinsformen entsprechen“,³⁶ besteht zwischen der sozialökonomischen Basis eines gesellschaftlichen Systems und dessen politischen und juristischen Institutionen ebenfalls eine dialektische Wechselwirkung, in der den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen das Primat zukommt. Diese theoretisch und methodologisch außerordentlich bedeutsamen Erkenntnisse des dialektischen und historischen Materialismus sind wesentliche Grundlagen der marxistisch-leninistischen Theorie des politischen Systems, des Rechtssystems usw. Die marxistisch-leninistische Auffassung vom politischen System hat, ausgehend von der Lehre von den gesellschaftlichen Systemen oder Gesellschaftsformationen, Wesen, Funktion und Mechanismus des politischen Systems im Imperialismus und Wesen, Funktion und Mechanismus des politischen Systems im Sozialismus sowie deren prinzipielle Gegensätzlichkeit herausgearbeitet.

In der marxistisch-leninistischen Theorie wird nach dem allgemeinen Begriff die politische Organisation (System) der Gesellschaft als [108] „das System der staatlichen und gesellschaftspolitischen Organisationen sowie der gesellschaftlichen Bewegungen der herrschenden Klasse und ihrer Verbündeten“ definiert. „Ihre Funktionen und die ihnen entsprechenden strukturellen Einheiten werden von der herrschenden Klasse bestimmt.“³⁷ Die entscheidende Rolle im politischen System der Gesellschaft spielen die Staatsorgane als Instrumente der Diktatur der herrschenden Klasse. Dieser allgemeine Begriff der politischen Organisation der Gesellschaft reicht aber nicht aus, um die wesensmäßigen Unterschiede der politischen Organisation in der sozialistischen Gesellschaft herauszuarbeiten. Die marxistisch-leninistische Theorie hat daher einen Begriff der politischen Organisation der antagonistischen Klassengesellschaft und einen Begriff der politischen Organisation der sozialistischen Gesellschaft entwickelt. Das politische System des Imperialismus wird danach als die Gesamtheit der Elemente und Beziehungen, die den politischen Überbau des Kapitalismus in seiner imperialistischen Phase kennzeichnen und die darauf ausgerichtet sind, „das gesamte gesellschaftliche Leben den Profit- und Machtinteressen der staatsmonopolistischen Oligarchie unterzuordnen“, definiert.³⁸ Im Gegensatz zu den politischen Systemen der Ausbeutergesellschaft verkörpert das politische System des Sozialismus einen historisch völlig neuen Typ des politischen Systems. Sein Klassencharakter besteht in der Verwirklichung der führenden Rolle der Arbeiterklasse. Von der marxistisch-leninistischen Theorie wird folgende Charakterisierung des politischen Systems des Sozialismus gegeben: „Die sozialistische politische Organisation der Gesellschaft besteht aus vielschichtigen Elementen – aus dem

³⁵ Vgl. dazu und im folgenden Stichwort: gesellschaftliches System, in: Philosophisches Wörterbuch, hrsg. von G. Klaus und M. Buhr, 12. Aufl., Bd. 1, Leipzig 1976, S. 479.

³⁶ Autorenkollektiv, Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie des Staates und des Rechts, 1. Aufl., Bd. 1: Grundlegende Institute und Begriffe, Berlin 1974, S. 218.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Autorenkollektiv, Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie, Lehrbuch, 1. Aufl., Berlin 1975, S. 124.

Staat, aus der führenden marxistisch-leninistischen Partei, aus den Gewerkschaften und anderen Vereinigungen der Werktätigen, die aktiv am politischen Leben der Gesellschaft teilnehmen. Diese Elemente, die im Rahmen großer Zeitabschnitte betrachtet werden, erstrecken sich auf das gleiche Ziel, ordnen sich den allgemeinen Prinzipien und Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des politischen Überbaus unter (Erweiterung der Demokratie, Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung der Gesellschaft und des Staates u. a.).

Die Wissenschaft unterscheidet den sozialistischen Typ der politischen Organisation der Gesellschaft und die verschiedenartigen Formen (Varianten) dieser politischen Organisation in einzelnen Ländern, die den sozialistischen Entwicklungsweg gehen. Außerdem werden je nach den verschiedenen Entwicklungsstufen der Gesellschaft in jedem Land bestimmte Entwicklungsstadien der politischen Organisation unterschieden.³⁹ In gleicher Weise hat die marxistisch-leninistische Theorie auch eine dialektisch-materialistische Begriffsbestimmung des Rechtssystems entwickelt.

Diese Bemerkungen unterstreichen die Bedeutung, die der Marxismus-Leninismus dem Erfassen der Systemzusammenhänge in den gesellschaftlichen, politischen und juristischen Verhältnissen beimißt. Sie zeigen, daß sich die marxistisch-leninistische Erforschung der Prozesse und Erscheinungen eines politischen Systems besonders von folgenden Erkenntnissen leiten läßt: Erstens davon, daß ein gesetzmäßiger Zusammenhang zwischen den materiellen gesellschaftlichen Verhältnissen und dem politischen System besteht, wobei ersteren das Primat zukommt. Zweitens davon, daß die Funktionen und Strukturen eines politischen Systems von den Interessen der herrschenden Klasse und der Gesamtheit der Wechselbeziehungen aller Klassen einer gegebenen Gesellschaft in ihrer dynamischen Bewegung bestimmt werden, deren Analyse daher ein unverzichtbarer Bestandteil jeder marxistisch-leninistischen Analyse der Vorgänge in einem politischen System ist. Und drittens davon, daß das politische System einer gegebenen Gesellschaft zugleich in Wechselbeziehungen zu dem einer anderen Gesellschaft steht, wobei der Charakter dieser Beziehungen entscheidend durch das Wesen der jeweiligen Gesellschaftsformation geprägt wird.

Wie die marxistisch-leninistische Gesellschaftstheorie nutzt auch die marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie mit Erfolg bestimmte Ergebnisse und Instrumentarien der allgemeinen, besonders von der Mathematik und Kybernetik ausgearbeiteten Systemtheorie.⁴⁰ Sie beachtet dabei jedoch, daß systemtheoretische Verfahren und Methoden der quantitativen Analyse wegen ihres allgemeinen, abstrakten und formalen Charakters niemals die dialektisch-materialistische Erforschung der Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte der gesellschaftlichen, politisch-staatlichen und juristischen Entwicklung *ersetzen* können, niemals *an deren Stelle* treten dürfen, sondern nur auf deren Grundlage sinnvoll anwendbar sind. Eine quantitative Analyse allein, die vom Wesen des politischen Systems, der staatlichen Organisation oder des Rechtssystems abstrahiert, muß in jedem Fall zu falschen Ergebnissen kommen, da sie die reale Dialektik der politisch-staatlichen und juristischen Entwicklung nicht erfassen kann. Die allgemeine Systemtheorie kann als Hilfsmittel einer wissenschaftlichen Theorie der Gesellschaft, der Politik, des Staates und des Rechts in den durch ihren Gegenstand gezogenen Grenzen dazu beitragen, objektive Gesetzmäßigkeiten und Zusammenhänge präziser zu erfassen und zu beherrschen. Von einer wissenschaftlichen Gesell-[110]schafts- und Staatstheorie losgelöst oder gar im Gegensatz zu ihr stehend angewandt kann dagegen mit den Ergebnissen, Verfahren und Methoden der allgemeinen Systemtheorie Mißbrauch zugunsten fortschrittsfeindlicher Zwecke getrieben werden.

In Eastons Theorie des politischen Systems ist die Dialektik der politischen Prozesse voll und ganz durch abstrakte, formale und damit inhaltsleere Auffassungen über politische Systemmechanismen, -funktionen und -strukturen ersetzt. Die Resultate der allgemeinen Systemtheorie als der Theorie der

³⁹ Autorenkollektiv, Marxistisch-leninistische allgemeine Theorie des Staates und des Rechts, Bd. 1, S. 221; vgl. auch B. N. Topornin.

⁴⁰ Zur Bedeutung der Kybernetik für die marxistisch-leninistische Rechtswissenschaft und die sozialistische Rechtspraxis vgl. D. A. Kerimow, Kybernetik und Recht, in: Staat und Recht, Berlin, H. 6/1975, S. 894; zur kritischen Auseinandersetzung mit der Anwendung der Kybernetik in der bürgerlichen Rechtswissenschaft und imperialistischen Rechtspraxis vgl. D. Joseph, Rechts-kybernetik und Systemstabilisierungsversuche des Imperialismus, in: Staat und Recht, Berlin, H. 2/1975, S. 300 ff.

Beziehungen zwischen den Elementen eines Systems, der Relationen zwischen der Struktur und den Funktionen von Systemen und der Beziehungen zwischen den Teilsystemen und Gesamtsystemen⁴¹ werden uneingeschränkt auf die politischen Systeme übertragen, ohne nach der historisch-gesellschaftlichen Bedingtheit des politischen Systems, seines Wesens und seines Mechanismus, seiner Funktion und seiner Struktur zu fragen. Im besonderen verwendet Easton Ergebnisse der Informationstheorie (Nachrichtentheorie) als mathematischer Theorie und Teilgebiet der Kybernetik, die sich mit den Gesetzmäßigkeiten der Übermittlung und Verarbeitung von Informationen beschäftigt.⁴² Um die Deutung eines politischen Systems nach ausschließlich System- und informationstheoretischen Verfahren und Methoden zu begründen, geht Easton von folgenden „Fundamentalthesen“ („basic principles“) aus: Erstens sei der Forschungsgegenstand „Politisches System“ unabhängig von Raum und Zeit und der gegebenen gesellschaftlichen Ordnungsform zu untersuchen. „In politics“, so Easton, „it seeks to illuminate the functioning of political systems in their entity.“⁴³ Er sei insbesondere nicht mit den Vorgängen im sozialen Bereich in Zusammenhang zu bringen.⁴⁴ Zweitens sei das politische System analog zu biologischen Systemen als ein „anpassungsfähiger, selbstregulierender und selbsttransformierender“ Mechanismus⁴⁵, der nur aus sich selbst zu verstehen sei, zu behandeln. Und drittens sei wiederum in Analogie zu den in der Natur vorkommenden Systemen der Zweck jedes politischen Systems die Erhaltung seiner Lebens- und Funktionsfähigkeit.⁴⁶ Alle im folgenden zu behandelnden Variablen eines politischen Systems und deren Beziehungen zueinander seien allein unter dieser einen, bereits eingangs erwähnten zentralen Fragestellung zu untersuchen: Wie kann jede einzelne Funktion und Struktur, wie kann der gesamte Mechanismus eines politischen Systems in seiner Wechselbeziehung zum Überleben dieses Systems beitragen? Dabei ist es recht aufschlußreich, daß er nicht die Erhaltung einer bereits gegebenen Stabilität, sondern die Stabilisierung permanent [111] instabiler Elemente des politischen Systems als den Bezugspunkt aller Überlegungen ansieht. „How can any political System ever persist whether the world be one of stability or of change?“⁴⁷, fragt Easton und sucht die Antwort durch die allgemeine System- und Informationstheorie zu geben. Eastons „causal theory“ des politischen Systems kann in folgendem Modell dargestellt werden (vgl. Abb. 1):

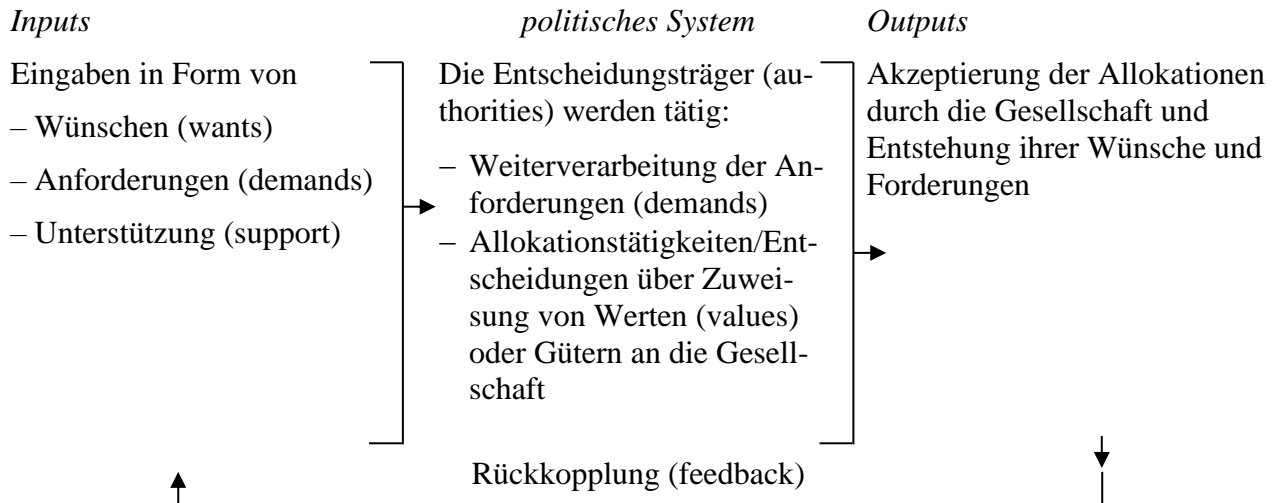


Abb. 1: Eastons „causal theory“ des politischen Systems

Nach der Auffassung Eastons laufen die Prozesse in diesem Modell nach den Regeln eines Kreisverkehrs ab, in dem ständig Eingaben entstehen, von den Entscheidungsträgern verarbeitet und in

⁴¹ Vgl. Stichwort: Systemtheorie, in: Wörterbuch der Kybernetik, hrsg. von G. Klaus, 3. Aufl., Berlin 1969, S. 637 f.

⁴² Vgl. Stichwort: Informationstheorie, in: Wörterbuch der Kybernetik, S. 278.

⁴³ D. Easton, A Systems Analysis ..., S. 8. „In der Politik versucht es, das Funktionieren politischer Systeme in ihrer Einheit zu beleuchten“

⁴⁴ D. Easton, The Political System, S. 60 und 105 f.

⁴⁵ D. Easton, A Framework ..., S. 25.

⁴⁶ D. Easton, A Systems Analysis ..., S. 15.

⁴⁷ Ebenda. „Wie kann ein politisches System jemals bestehen bleiben, ob es sich um eine Welt der Stabilität oder des Wandels handelt?“

Entscheidungen umgesetzt sowie an die Adressaten weitergegeben werden, deren Wünsche und Forderungen wieder zu neuen Eingaben führen usw. Im Zentrum dieses „Kreisverkehrs“ befinden sich die Entscheidungsträger als das zugleich wesentlichste Element des politischen Systems.

Beschäftigen wir uns näher mit den Hauptelementen des Eastonschen „political system“. Von der allgemeinen Systemtheorie ausgehend verwendet Easton für die einzelnen Teile des politischen Systems den Begriff Variable. Als essentielle Variable bezeichnet er die Allokationstätigkeiten und die Akzeptierung der Allokationen durch die Gesellschaft, als nichtessentielle Variable nennt er die „wants“ und „demands“, den „support“ und die Weiterverarbeitung der „demands“. Diese 6 Variablen eines politischen Systems teilt er ein in die Variablen des Input-Bereichs, in die des Umsetzungs- bzw. Entscheidungsbereichs und in die des Output-Bereichs. Ein innerer Widerspruch des Eastonschen Begriffsapparates besteht darin, daß Easton bestimmte Variable des Input- und Output-Bereichs (so die „demands“ und die Allokationstätigkeiten) einmal zum politischen System und einmal zur Umwelt gehörend betrachtet. Auf diesen Widerspruch soll hier lediglich hingewiesen werden; er bleibt bei unseren weiteren Ausführungen außer Betracht.

Den input-Bereich faßt Easton als den Bereich der Einwirkung der Umwelt auf das politische System. Bereits hier wird die wissenschaftliche Unhaltbarkeit einer ausschließlich kybernetischen Theorie politischer Systeme deutlich. Easton versteht unter den „wants“ Erwartungen, Motivationen und Interessen aller Art. Als solche sind sie noch nicht politischer Natur. Politischen Charakter erhalten sie erst, wenn sie in Forderungen an die Entscheidungsträger des politischen Systems umschlagen. Easton bezeichnet diesen Vorgang mit den Worten „The want has become politicized“.⁴⁸

Indem er die „demands“ als politisierte „wants“ deklariert, sagt er aber nichts über den Charakter dieser Forderungen aus. Die Politisierung sieht Easton allein darin, daß sich die Forderungen an das politische System, in Sonderheit an die Entscheidungsträger richten. Diese Forderungen gehen nach dem kybernetischen, informationstheoretischen Modell Eastons in der Gestalt von Informationen (Nachrichten) in das politische System ein. Mit anderen Worten: Der ganze aufwendige Begriffsapparat, den Easton zur Modellierung der Beziehungen zwischen dem Input- und dem Entscheidungsbereich verwendet, führt im Ergebnis zu einer einzigen Aussage. Sie lautet schlicht und einfach: Die Entscheidungsträger des politischen Systems erhalten Informationen. Das kann aber von niemandem ernsthaft als eine wissenschaftliche (wir sprechen hier von den Gesellschaftswissenschaften) Erkenntnis über das politische System ausgegeben werden. Die Mindestanforderung, die an eine gesellschaftswissenschaftliche Aussage zu stellen ist, wäre, daß sie Angaben über den gesellschaftlichen, das heißt sozialen Charakter der Informationen zu geben imstande ist. Das würde bedeuten, die materiellen Interessen, die den [113] Forderungen zugrunde liegen, sowie die materiellen Träger dieser Forderungen aufzudecken.

In der antagonistischen Klassengesellschaft sind die Interessen der Klassen und Schichten, die in Forderungen an das politische System und mehr noch in der Stellung zum politischen System ihren Ausdruck finden, unterschiedlicher, gegensätzlicher Art. Diese Gegensätzlichkeit der Interessen resultiert aus der Gegensätzlichkeit der materiellen Existenzbedingungen der Klassen und Schichten. In der kapitalistischen Klassengesellschaft ist es das Grundinteresse der Bourgeoisie als Träger der ökonomischen und politischen Macht, die Existenz des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln und des Systems der Ausbeutung zu erhalten. Die Hauptforderung, die die Bourgeoisie an das politische System ihrer Klassenherrschaft stellt, ist die, die materiellen Bedingungen ihrer Existenz mit allen Mitteln zu erhalten und die möglichst ungestörte Profiterzielung zu gewährleisten. Im Gegensatz dazu nimmt in der kapitalistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse eine völlig andere Stellung zum politischen System ein, das ihr prinzipiell feindlich gegenübersteht. Der bewußt geführte, revolutionäre Kampf der Arbeiterklasse ist auf die Beseitigung des politischen Systems der Bourgeoisie als einer entscheidenden Voraussetzung der Überwindung der kapitalistischen Klassenherrschaft gerichtet. Zugleich führt die Arbeiterklasse den Kampf um die Gewährleistung demokratischer und sozialer Rechte, der die Bourgeoisie unter dem Einfluß der inneren und äußeren Faktoren des Klassenkampfes zu Zugeständnissen zwingen kann.

⁴⁸ Ebenda, S. 80. „Der Mangel ist politisiert worden“

Es handelt sich bei den Forderungen, die an das politische System gerichtet werden, um die materiell bedingten Interessen von Klassen oder Schichten, deren objektiv bedingte Lage in der Gesellschaft und folglich deren Stellung zum politischen System unterschiedlicher und gegensätzlicher Natur ist. Es ist weiter zu beachten, daß sich jedes materiell bedingte Interesse nur über das Bewußtsein der Menschen in Forderungen umsetzt. Bei den Informationen, die zwischen Menschen ausgetauscht werden, handelt es sich daher stets um Bewußtseinsvorgänge, deren Wesen nicht durch die physikalischen oder kybernetischen Gesetzmäßigkeiten der Nachrichtenübermittlung und -verarbeitung erklärt werden kann. Von einem Hinweis auf die wesensmäßigen Eigenschaften der Informationen und Informationsprozesse im sozialen Bereich ist in Eastons Theorie des politischen Systems nicht die geringste Spur zu finden. Er überträgt vielmehr ohne jede Einschränkung die allgemeinen kybernetischen Aussagen über den Informationsaustausch auf das politische System. Dement-[114]sprechend erscheint in seinem Modell das politische System als hochorganisierter Automat der Informationsverarbeitung, der gleich einem Computer Informationen aufnimmt, speichert, verarbeitet und wieder abgibt.

Wie der Input-Bereich werden auch der Entscheidungs- und Output-Bereich ausschließlich unter allgemeinen systemtheoretischen und kybernetischen Gesichtspunkten gefaßt. Die Weiterverarbeitung der „demands“ im politischen System erfolgt nach Easton durch die „authorities“, die Entscheidungsträger. Auch hier ist wieder die Banalität der Aussage auffallend: Easton sagt nicht mehr, als daß in einem politischen System Instanzen existieren, die Entscheidungen zu treffen haben. Um diese unbestreitbare Tatsache festzustellen, bedürfte es nicht einmal der allgemeinen systemtheoretischen und kybernetischen Begriffe. Die wissenschaftliche Fragestellung setzt dagegen doch erst dort ein, wo nach den Trägern dieser Entscheidung, den Motiven, die diese Entscheidung prägen, der Art und Weise ihres Zustandekommens und nach dem Charakter der Entscheidung selbst geforscht wird. Genau an diesem Punkt jedoch wird bei Easton die gesellschafts- und staatstheoretische Analyse wieder durch allgemeine systemtheoretische und kybernetische Aussagen ersetzt. Da die Funktion des politischen Systems in seiner Selbsterhaltung bestehe, sei es die alleinige Aufgabe der Entscheidungsträger, durch ihre Entscheidungen die Selbsterhaltung des politischen Systems zu gewährleisten.

Wir hatten bereits weiter oben darauf hingewiesen, daß der zentrale Bezugspunkt der Eastonschen Theorie die Erhaltung des politischen Systems ist. Erläuternd muß an dieser Stelle hinzugefügt werden, daß Easton die Erhaltung des politischen Systems in einem ganz bestimmten Sinne versteht. Er geht davon aus, daß das politische System *um seiner selbst willen* existiere und funktioniere. Analog biologischen Systemen sei die Funktion des politischen Systems auf seine Selbsterhaltung gerichtet.⁴⁹ Daraus folge, daß auch die Entscheidungen, die die Entscheidungsträger zu treffen hätten, allein unter dem Aspekt ihrer Wirkung auf die Selbsterhaltung des politischen Systems zu beurteilen seien.

Eastons Auffassung vom Funktionieren des politischen Systems um seiner selbst willen macht erneut die Sterilität rein systemtheoretischer und kybernetischer „Erklärungen“ gesellschaftlicher Erscheinungen deutlich. Die marxistische staatstheoretische Analyse stellt durchaus in Rechnung, daß dem bürokratischen Apparat des bürgerlichen Staates die Tendenz eigen ist, sich selbst Genüge zu tun und eine leere Geschäftigkeit nur zu dem Zweck zu betreiben, um den [115] Apparat am Leben zu halten und den Dienern des Staates einträgliche Posten zu sichern. Darauf hat bereits Karl Marx in seiner staatstheoretischen Schrift „Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte“ hingewiesen. Dennoch ist diese Tendenz, wie Marx ebenfalls nachwies, nur die eine und für die Existenz des bürgerlichen bürokratischen Staatsapparates nicht einmal entscheidende Seite. Denn der bürgerliche Staatsapparat entstand und existiert als unabdingbares Vehikel kapitalistischer Klassenherrschaft mit der Aufgabe, die Klasseninteressen der Bourgeoisie durchzusetzen. Die Bourgeoisie läßt daher die bürokratische Verselbständigung des von ihr beherrschten Staatsapparates im allgemeinen auch nur so lange und insoweit zu, wie die Durchsetzung ihrer Klasseninteressen nicht gefährdet wird. Um diese Frage geht es Easton aber gar nicht. Er behauptet, daß es die Funktion jedes politischen Systems sei, sich selbst zu erhalten, daß folglich jedes politische System nur aus seiner Eigenbewegung, nur aus sich selbst und nichts anderem, nur aus der Funktion seiner Selbsterhaltung zu erklären sei.

⁴⁹ Zu dieser Analogie vgl. W.-D. Narr, David Eastons Systemanalyse – Ein Königs- oder Holzweg einer allgemeinen Theorie des politischen Verhaltens, in: Politische Vierteljahresschrift, H. 3/1967, S. 428 und 440 ff.

Ist es schon absurd zu behaupten, politische Systeme existierten, funktionierten und bewegten sich um ihrer selbst willen, so wird es abenteuerlich, wenn darauf noch eine ganze Theorie aufgebaut wird.

Denn indem Easton das politische System als autonom betrachtet, dessen Funktion nur seine eigene Erhaltung sei, trennt er, der erklärt, der Systemauffassung in der politischen Wissenschaft zum Durchbruch verhelfen zu wollen, das politische System von seinen Beziehungen zu anderen Systemen. Ein Bezug des politischen Systems zu anderen Systemen wird aus Eastons äußerst eingegengtem Blickwinkel nur insofern zugelassen, als davon die Selbsterhaltung des politischen Systems betroffen werde. Die realen Wechselbeziehungen zwischen dem politischen System und anderen Systemen bleiben dabei außerhalb der Fragestellung Eastons. So ist in Eastons Theorie kein Raum für die Darstellung der Beziehungen zwischen dem sozialökonomischen System einer Gesellschaft und ihrem politischen System. Zwar spricht Easton von einer Verbindung zwischen dem politischen System und der Umwelt (environment). Er klassifiziert auch die Umwelt in das „intra-societal environment“, womit er die innere gesellschaftliche Umwelt meint, und in das „extra-societal environment“,⁵⁰ unter dem er die internationale Umwelt versteht. Beide Umweltbereiche sind in seiner Theorie über die Inputs mit dem politischen System verbunden, jedoch ausschließlich in der Weise, daß vom „intra“- und „extra-societal environment“ Forderungen („demands“) an das politische System ausgehen, denen es um seiner selbst [116] willen, aus dem alleinigen Grund seiner Selbsterhaltung Rechnung tragen müsse. In Eastons abstrakt-formalem Modell wird aber nicht nur verschwiegen, um welche Art von Forderungen es sich hier handelt. Indem er die Forderungen selbst nur auf die Selbsterhaltung des politischen Systems bezieht, geht er völlig am Wesen der Beziehungen zwischen dem politischen System und seiner „inneren“ und „äußeren“ Umwelt vorbei. Eastons Modell negiert die Determiniertheit des politischen Systems durch das sozialökonomische System der Gesellschaft, die den Schlüssel für die Erhellung des sozialen Charakters des politischen Systems, seiner wesentlichen Funktionen und der entscheidenden Tendenzen seiner Bewegung liefert. Sein auf den Bezugspunkt der Selbsterhaltung des politischen Systems ausgerichtetes Modell schließt es auch aus, die Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen der aktiven Rückwirkung des politischen Systems auf die Bewegung des sozialökonomischen Systems zu erfassen. Es ist ebensowenig geeignet, die realen Beziehungen zwischen dem politischen System und anderen Systemen der „inneren“ Umwelt wie zum Beispiel dem kulturellen System einer Gesellschaft aufzudecken. Obwohl durch die Einführung der Begriffe „intra-“ und „extra-societal environment“ zunächst der Eindruck entstehen kann, daß es die Beziehungen zwischen dem politischen System und anderen gesellschaftlichen Bereichen erfassen soll, ist bei genauerer Prüfung festzustellen, daß das politische System zu seiner sozialen Umwelt isoliert wird. Die gleiche Feststellung gilt auch für Eastons Darstellung des Verhältnisses des politischen Systems zur „äußeren“ Umwelt. Sein Modell bleibt hier allenfalls bei der formalen Aussage stehen, daß aus dem Bereich der „äußeren“ Umwelt andere Systeme, darunter auch politische Systeme, in irgendeiner Weise in Gestalt der „demands“ auf das eigene politische System einwirken. Auch hier fehlt jeder Hinweis auf den Charakter dieser Beziehungen. Wie allgemein bekannt ist, werden unter den heutigen Bedingungen des Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, der nationalen Befreiungsbewegung und des Erstarkens der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern die internationalen Beziehungen durch das Aufeinandertreffen höchst unterschiedlicher und gegensätzlicher Klassenkräfte geprägt, die nicht ohne Einfluß auf die inneren Prozesse in den kapitalistischen Ländern sind. Eastons Modell abstrahiert von den realen ökonomischen, politischen und geistigen Vorgängen, indem es die Beziehungen zwischen der „äußeren“ Umwelt und dem politischen System auf eine völlig formalisierte Informationsübermittlung reduziert, die noch dazu auf die Selbsterhaltung des politischen Systems bezogen wird.

[117] Schließlich soll noch erwähnt werden, daß Eastons Theorie und das ihr entsprechende Modell auch im Hinblick auf das Erfassen der verschiedenen Elemente des politischen Systems selbst versagen. Das beginnt schon damit, daß Easton die Struktur des politischen Systems außerordentlich verengt auffaßt. Die Struktur ist der Funktion zugeordnet, und da die Funktion des politischen Systems im Treffen von Entscheidungen mit dem Ziel seiner Selbsterhaltung besteht, sind für Easton an der Struktur im

⁵⁰ Vgl. D. Easton, A Systems Analysis ..., S. 22. „innergesellschaftliches Umfeld“, „außergesellschaftliche Umfeld“

Grunde nur die Träger dieser Entscheidung, die „authorities“, relevant. Auf deren vermeintliche Rolle konzentriert Easton dann auch seine ganze Aufmerksamkeit. Die Entscheidungsträger werden, wie nicht anders zu erwarten, aus jedem sozialen Bezug herausgelöst. Ihre Legitimation ist die Selbsterhaltung des politischen Systems; *alles*, was diesem Ziel dient, ist von vornherein gerechtfertigt. Es wird weder gefragt, woher diese Elite kommt, noch welchen sozialen Kräften sie verpflichtet ist.

Mit der Reduktion auf eine sozial nicht bestimmbar Kaste von Entscheidungsträgern fällt für Easton die Kategorie Staat aus der strukturellen Definition des politischen Systems heraus. Die Kategorie Staat existiert in Eastons Theorie überhaupt nicht.⁵¹ Damit bleibt aber die sowohl in theoretischer wie methodologischer Hinsicht entscheidende Kategorie für die Analyse der Struktur des politischen Systems außerhalb der Betrachtung. Die zentrale Bedeutung dieser Kategorie ergibt sich aus der Rolle des Staates als Hauptinstrument der Macht der herrschenden Klasse sowie der Verflechtung des Staates mit allen anderen Elementen des politischen Systems. So ist das politische System des Imperialismus in seiner strukturellen wie funktionellen Beschaffenheit erst dann allseitig zu erklären, wenn die Wechselbeziehungen zwischen dem Staat, den Monopolverbänden, den systemtragenden Parteien und anderen Bestandteilen des politischen Systems erfaßt werden. Es sei nur auf die gerade für das politische System der USA kennzeichnenden Beziehungen zwischen dem militärisch-industriellen Komplex und dem Staatsapparat und deren Auswirkungen auf die Politik der USA-Regierung verwiesen. Der grundsätzliche Mangel der ausschließlich an allgemeinen systemtheoretischen, informationstheoretischen und kybernetischen Begriffen orientierten Analyse des politischen Systems besteht, wie sich hier mit aller Deutlichkeit zeigt, darin, daß gerade bei den entscheidenden Problemen von den wesentlichen Zusammenhängen abstrahiert wird. Dieser grundlegende Mangel kann sich jedoch für jene von Vorteil erweisen, die sowohl die realen Klassen- und Herrschaftsverhältnisse zu verdecken als auch verstärkt Elemente der Steuerung und Rege-[118]lung der Klassenbeziehungen mit dem Ziel der Stabilisierung staatsmonopolistischen Herrschaft einzuführen trachten.

Wir wollen diesen Teil unserer kritischen Auseinandersetzung mit Easton nicht abschließen, ohne folgenden wesentlichen Punkt erwähnt zu haben. Die Stellung einer politischen Theorie im Geschichtsprozeß wird nicht zuletzt daran gemessen, welche Rolle sie den Volksmassen im gesellschaftlichen Geschehen einräumt. Dieses Kriterium muß heute um so mehr bei der Einschätzung einer politischen Theorie herangezogen werden, als der Einfluß der Volksmassen auf den Verlauf der historischen Prozesse außerordentlich gewachsen ist und im Vergleich zu früheren Perioden der Geschichte ungleich tiefer und breiter wirkt. Lenin bezeichnete einst „die Teilnahme an den Angelegenheiten des Staates, die Leitung des Staates, die Bestimmung der Formen, Aufgaben und Inhalte der Tätigkeit des Staates“ als die Kernfrage der Politik.⁵²

Der prinzipielle Unterschied zwischen den politischen Gegebenheiten in der antagonistischen Klassengesellschaft und der sozialistischen Gesellschaft besteht gerade darin, daß die Volksmassen, die in der Ausbeutergesellschaft von der Teilnahme an der Leitung des Staates ausgeschlossen sind, in der sozialistischen Gesellschaft in den vielfältigsten Formen an der Leitung des Staates und der Wirtschaft mitwirken. Der Aufbau des Sozialismus und Kommunismus ist das bewußte Werk der von der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei geführten Volksmassen. Die sozialistischen Machtverhältnisse und die sozialistische Demokratie ermöglichen und bedingen die immer umfassendere Einbeziehung der Volksmassen in die staatliche Leitungstätigkeit. Die aktive Rolle der Volksmassen unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei bei der Gestaltung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft steht daher auch im Mittelpunkt der marxistisch-leninistischen Gesellschafts- und Staatstheorie.

⁵¹ In der bürgerlichen Politikwissenschaft ist allgemein die Tendenz verbreitet, die Kategorie Staat durch die Kategorie politisches System zu ersetzen. Vgl. dazu K. v. Beyme, Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung, München 1972, der die Kategorie Staat als „nichtoperationalisierbare Leerformel“ bezeichnet (S. 328) und meint: „Der Begriff des politischen Systems, wie er vor allem von den funktionellen Theorieansätzen herausgearbeitet wurde, ist in der Lage, die älteren Grundbegriffe Staat und Macht ihres ontologischen Substanzcharakters zu entkleiden und in einem neuen Denkkonzept mitzufassen.“ (S. 177).

⁵² W. I. Lenin, Sammelband XXI, 1933, S. 14.

Im Gegensatz dazu „begründen“ die bürgerlichen Lehren über die Gesellschaft und den Staat letztlich stets die Fernhaltung der Volksmassen von der Leitung des Staates, indem sie sie so oder so zu bloßen Objekten der Politik degradieren. Eastons Theorie macht dabei keine Ausnahme. In seinem kybernetischen Regelkreis des Ablaufs politischer Vorgänge stehen die Volksmassen ganz am Rande, nehmen sie die Rolle von Statisten, von passiven Adressaten und Objekten der politischen Entscheidungen ein. Mit der Ausrichtung aller politischen Entscheidungen auf die Selbsterhaltung des politischen Systems werden die Interessen der Volksmassen eo ipso aus dem [119] politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß ausgeklammert und, soweit sie zur Kenntnis genommen werden müssen, als „Störfaktoren“ möglichst rasch wieder ausgeschaltet. Der Begriff der autonomen Entscheidungsträger, der „authorities“, schließt erst recht jeden Gedanken einer Teilnahme der Volksmassen an der Leitung des Staates und der Gestaltung der Politik aus.

4. Bürgerliche Systemtheorie in der Krise

Eastons Regelkreisschema liegt jedoch nicht die Annahme zugrunde, daß der Kreislauf: Inputs in das politische System – Verarbeitung der Inputs zu Entscheidungen durch die politischen Entscheidungsträger – Outputs aus dem politischen System – Feedback loop als Information, wie die Outputs von der Umwelt aufgenommen wurden und ob aus ihnen neue Inputs entstehen, harmonisch und konfliktlos ablaufe.

Easton geht vielmehr davon aus, daß dieser Kreislauf ständigen Belastungen ausgesetzt ist, die unter bestimmten Bedingungen bis zum Zusammenbruch des politischen Systems führen können. Tiefgreifende Erschütterungen des politischen Systems bis hin zu seiner Funktionsunfähigkeit werden nicht nur nicht ausgeschlossen, sondern als latente Möglichkeit, die beim Vorhandensein bestimmter Bedingungen jederzeit zur Wirklichkeit werden können, angesehen. Die Aufgabe wird gerade dahin gehend formuliert, zu verhindern, daß es zu solchen Erschütterungen kommt.

Eastons Theorie des politischen Systems liefert damit ein weiteres Beispiel, daß die Zeiten längst dahin sind, da die bürgerlichen Theoretiker von der Unerschütterlichkeit der politischen Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft überzeugt waren. Heute wird die Szenerie bürgerlichen politikwissenschaftlichen Denkens eindeutig von der Vorstellung permanenter Instabilität und Krisenhaftigkeit, ja selbst des Verfalls und des möglichen Zusammenbruchs der politischen Mechanismen des Kapitalismus beherrscht. Wurden die Erscheinungen der Labilität vor nicht allzulanger Zeit noch als lediglich vorübergehend und relativ kurzfristig überwindbar betrachtet, so mehren sich heute die Stimmen bürgerlicher Politikwissenschaftler, die die Instabilität politischer Herrschaft als längerfristige Erscheinung, wenn nicht sogar als Dauererscheinung ansehen. Man spricht bereits von einem „Zustand latenten Instabilität“.⁵³ Der Tenor der zahlreichen Versuche einer neuen Standortbestimmung der bürger-[120]lichen Politikwissenschaft lautet daher: beständig sind nicht mehr die politischen Institutionen und Mechanismen, dauerhaft ist allein ihre Krise. Der Herausgeber der eine solche Standortbestimmung bezweckenden Publikation umriß die veränderte Situation mit der Feststellung, daß heute eine andere politikwissenschaftliche Systemanalyse als die „aus der Krisenperspektive“ schon kaum noch denkbar sei.⁵⁴

Selbstverständlich reflektieren diese Bekenntnisse Veränderungen in der Herrschaftssituation selbst. Die sichtbare Zunahme der Labilität des politischen Systems des Imperialismus, die vielfachen Zeichen dafür, daß dessen politischer Mechanismus nicht mehr in der gewohnten Weise funktioniert, sind ein wesentliches Merkmal der Vertiefung der allgemeinen Krise des Kapitalismus in der Gegenwart. Sie sind der konzentrierte Ausdruck jener vielfachen Schwierigkeiten, mit denen der Kapitalismus heute in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens konfrontiert ist. In der zunehmenden Labilität der politischen Herrschaft der Monopole finden die tiefen Krisenprozesse in der Ökonomik des Kapitalismus, in der Lebensweise und Moral der bürgerlichen Gesellschaft, in der Ideologie der herrschenden imperialistischen Bourgeoisie ihren Niederschlag. Der Zusammenhang zwischen der Krise des kapitalistischen Gesellschaftssystems und der Krise der Politik wie der politischen Institutionen des Kapitalismus kann selbst von bürgerlichen Theoretikern nicht in Abrede gestellt werden.

⁵³ Vgl. M. Jänicke, Die Analyse des politischen Systems aus der Krisenperspektive, in: Politische Systemkrisen, hrsg. von M. Jänicke, Köln 1973, S. 15.

⁵⁴ S. C. Flanagan, Das politische System und die systemische Krise, in: Politische Systemkrisen, S. 105.

So gelangte der französische Politikwissenschaftler Maurice Duverger zu der Schlußfolgerung, daß die „Krise der politischen Institutionen“ des Kapitalismus „eine Folge der Krise von Gesellschaft und Wirtschaft“ sowie der Tatsache sei, daß „der Sozialismus seinen Druck verstärkt“. Es sei nicht zu bestreiten, „daß die Beziehungen zwischen der Krise der Gesellschaft und der Krise der politischen Institutionen komplexer Natur sind.“⁵⁵

Die veränderte Situation veranlaßt nicht wenige bürgerliche Theoretiker zu Modifikationen in der ideologischen Verteidigung des kapitalistischen Systems. Eine dieser Modifikationen besteht in der These von der *Möglichkeit* der Kontrolle und Steuerung der Krisenprozesse unter bestimmten Voraussetzungen. Es wird schon nicht mehr geleugnet, daß die politischen Institutionen und Mechanismen von tiefgehenden Krisenerscheinungen befallen sind. Die „funktionalistische Krisentheorie“ sehe „Krisen als entwicklungsbedingte Herausforderung an das politische System an“, heißt es in entsprechenden Stellungnahmen bürgerlicher Theoretiker.⁵⁶ Es wird jedoch zugleich [121] behauptet, daß diese krisenhafte Entwicklung unter bestimmten Bedingungen zu kontrollieren und zu steuern sei. Man weiß also, daß der Kreislauf des Patienten stark geschwächt ist, man ahnt vielleicht auch, daß das Leiden unheilbar ist, aber man hofft, den weiteren Verlauf der Krankheit durch „neuartige“ Medikamente unter Kontrolle halten zu können.

Bleiben wir bei diesem Bild, so können wir fortfahren, daß Medikamente dieser Art gerade von bürgerlichen politischen Systemtheoretikern verabreicht werden. Das „Neuartige“ besteht in den Versuchen, mit dem Ziel der Stabilisierung des politischen Herrschaftssystems des staatsmonopolistischen Kapitalismus im verstärkten Maße Elemente der Kontrolle und Steuerung politischer Prozesse einzuführen.

Haben die von den bürgerlichen politischen Systemtheoretikern verschriebenen Medikamente der „Systemsteuerung“ und „-kontrolle“ die Krise des Kapitalismus und seiner politischen Institutionen beheben oder auch nur zum Stillstand bringen können? Die Realität in den Ländern des Kapitalismus, der tatsächliche und nicht der von den bürgerlichen Ideologen prophezeite Verlauf der Entwicklung beantworten diese Frage eindeutig. Das kapitalistische System ist von einer seiner tiefsten und umfassendsten ökonomischen Krise ergriffen, die die geradezu euphorischen Proklamationen bürgerlicher Politiker und Ideologen, jenes System sei mit Hilfe der Regulierung der Wirtschaft fähig, die Wirtschaftskrisen und grundlegenden ökonomischen Widersprüche zu überwinden, auf drastische Weise widerlegt hat. Die Realität wachsender Klassengegensätze und Klassenkämpfe gerade in den führenden kapitalistischen Ländern hat nicht weniger eindeutig alle Erklärungen widerlegt, es werde mit Hilfe gesellschaftspolitischer Steuerungsmechanismen gelingen, die kapitalistische Gesellschaft in eine Gesellschaft der Klassenharmonie zu verwandeln. Mag das „politische Krisenmanagement“ den über die Schalthebel der politischen Macht Verfügenden auch noch begrenzte Handhaben der Einflußnahmen geben, den fortschreitenden Prozeß der Krise der Ökonomie, Politik und Ideologie des Kapitalismus kann es nicht aufhalten und schon gar nicht mehr rückgängig machen.

Dieser Prozeß reflektiert sich folgerichtig auch in der bürgerlichen politischen Systemtheorie. Noch vor einem Jahrzehnt, auf dem Höhepunkt staatsmonopolistischer Regulierungseuphorie, sah der damalige Präsident der „American Political Science Association“, Gabriel A. Almond, in der Anwendung der Systemtheorie einen „neuen Weg“ zur Lösung der Probleme der Gesellschaft und zugleich einen „Aus-[122]weg“ aus der Stagnation der Politologie in den USA.⁵⁷ Heute muß er einräumen, daß weder die Probleme der Gesellschaft gelöst, noch die Politologie aus ihrer Sackgasse geführt werden konnten.⁵⁸ Letzteres ist jedoch nur die gesetzmäßige Folge der Orientierung der bürgerlichen Politikwissenschaft auf die Stützung eines Gesellschaftssystems, das geschichtlich zum Untergang verurteilt ist und dem mit der Existenz des Sozialismus bereits die reale, ständig weiter an Einfluß gewinnende historische Alternative gegenübersteht.

⁵⁵ M. Duverger, Demokratie in technischen Zeitalter, München 1973, S. 141 f.

⁵⁶ M. Jänicke, a. a. O., S. 24.

⁵⁷ G. A. Almond, Political Theory and Political Science, in: American Political Science Review, H. 4/1966, S. 869.

⁵⁸ Vgl. K.-H. Röder/M. Schmidt, Politische Theorie und gesellschaftliche Praxis. Zu den Ergebnissen des X. Weltkongresses der IPSA, in: Einheit, H. 12/ 1976, S. 1369 ff.